Nr. 206

10. September 1992

INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Trotz seiner relativ guten Verbreitung wollen wir den neuen Text der RAF abdrucken, da wir ihn für die Diskussion, auch in dieser Zeitschrift, wichtig finden.
Wir finden gut, daß die RAF einmal über sich erzählt und von dem, was sie die letzten Jahre politisch bewegt hat. Dies wurde schon von vielen Leuten und seit langem ersehnt; und manches wird nach diesem Text besser verständlich.
Politisch fällt an diesem, wie an den anderen aktuellen Texten der Raf auf, daß sie an der Stelle, an der sie sich früher in der Metropole nur auf eng umgrenzte politische Schichten bezog, nun die Anknüpfung an gesellschaftliche Konflikte von unten sucht.
Neben dem, was wir ohnehin als Eingemachtes kennen (Hafen, Mainzerstraße, ...) werden hier Organisierung in Alltagskonflikten, die aktuellen Antirassismus-Geschichten, Klassenkämpfe, Internationalismus u. a. mehr benannt.Nach Frauen-Kämpfen suchten wir leider vergeblich
Davon mal abgesehen, fanden wir ziemlich gut, daß hier Konsequenzen gezogen wurden aus der ewigen Selbstisolierungs-Diskussion in der Linken. Zwischen Selbstbejammerung auf der einen und '5%-Kultur' auf der anderen Seite gab es keine Infragestellung der eigenen Politik. Daß sich die RAF nun an der Debatte um diese Themen beteiligt, von der Autonomie innerhalb dieser Kämpfe ausgeht und sich als ein Teil darin versteht, finden wir einen wichtigen Schritt.
Sicherlich wäre nicht schlecht gewesen, wenn zu dem einen oder anderen Punkt etwas mehr an 'Eigenem' von den SchreiberInnen gekommen wäre. Damit wäre die politische Bestimmung vielleicht klarer erkennbar und die Diskussion würde erleichtert. Aber andererseits finden wir es an diesem Text gerade gut, daß die alte Rolle der Orientierungsstifterin verweigert wird und das Augenmerk auf eine "militante Debatte" innerhalb selbstorganisierter gesellschaftlicher Kämpfe gelenkt wird.-Dabei stieß uns ein wenig auf, daß diese neue Offenheit stellenweise zu einer Kriterienlosigkeit zu zerfließen droht. Nicht, daß wir uns nicht auch gerne von teilweise so unsinnigen FRagen verabschieden möchten, wie "ob die xy-Kämpfe (außerhalb der radikalen Linken) nun politisch oder nur reformistisch sind?". Deshalb finden wir das Attribut "von unten", das in den Texten zur Zeit sehr häufig verwendet wird auch ganz gut. Aber "von unten" bezeichnet eben auch ganz konkrete Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, wie vor allem der dreifachen Unterdrückung. Und das gerät häufiger ins Abseits, wenn von **den** Menschen, "radikal für das Leben" und ähnlichem die Rede ist.
Das gleiche trifft in noch stärkerem Maße für den Natur-Begriff zu, wenn beispielsweise "menschen - und naturverachtende Technologien" in einem Atemzug genannt werden. Dabei geht das "oben und unten" wieder verloren. Da scheint es doch, als sollte aus einer alten Not eine neue Tugend gemacht und ja niemandem auf die Füße getreten werden.

aus Platzmangel haben wir einige Texte auf nächste Woche verschoben.

Inhalt:

Ordnerliste auf Seite 21

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Wir haben am 23.8. während des Pogroms in Rostock den von Rechtsradikalen genutzten Jugendclub "MAX" in Rostock-Lichtenhagen abgefackelt.
Der Club befand sich 200 m neben dem ehemaligen AusländerInnenwohnheim entfernt. Trotz der Anwesenheit von Hunderten von Neofaschisten, des rassistischen Mobs und etlicher Bullen war die Durchführung der Aktion problemlos, da wir in dem Gewühl nicht auffielen.
Wir verfolgten damit folgende Ziele: 1. Vergeltung zu nehmen für die Pogrome, 2. den Faschisten einen ihrer Treffs zu nehmen, 3. allen AntifaschistInnen aufzuzeigen, daß sie auch dannn handeln können, wenn die Kräfte von Faschos, Mob und Bullen stärker sind als die unsrigen. Die Aktion war nur ein kleines Mosaiksteinchen dessen, was notwendig ist. Wir sehen weder für uns noch für alle anderen AntifaschistInnen einen Grund, sich deshalb auf die eigenen Schultern zu klopfen.
Kommando für Amadeu Antonio.

Samstag den 29.8.1992 in Rostock - Lichtenhagen:
Seit Stunden warten wir auf die Ankunft unserer GenossInnen und FreundInnen.Wir schauen uns ein wenig um , um vielleicht das ein oder andere bekannte Gesicht zu entdecken.Entdecken (?) tun wir dabei auch 4 junge Männer, die sich anscheinend recht gut amüsieren.Zufällig schnappen wir einige Gesprächsfetzen ihres "lustigen" Gesprächs auf: so z.B. über "linke Zecken", das Aussehen von ausländischen Demo-TeilnhmerInnen etc.
Stutzig geworden, fragen wir einige RostockerInnen, ob sie die Typen vielleicht kennen.Und sie da, sie kannten: Unsere 4 jungen Männer waren allesamt stadtbekannt Faschos.Wie Gunar Reuter, der in der Mitgliedsliste der DA vom April '91 (s. INTERIM nr.178) Stelle 260 aufgeführt ist!
Inzwischen kamen auch die berliner Busse an und es ents_tand ein wenig Hektik, die sich unsere'Freunde' zu nutzen machen wollten, in dem sie unter die Demo - TeilnehmerInnen tauchten.
Da wir die Anwesenheit von Faschos als Provokation empfinden, halfen wir Ihnen beim Verlassen tatkräftig nach : DREI von ihnen wurden von uns VERPRÜGELT , darunter auch G.R..
Einige 'linke Zecken' und lustig-aussehende AusländerInnen.

VOLKSSPORT

FASCHISTENZENTRUM ABGEBRANNT -SCHLAGT DIE FASCHISTEN, WO IHR SIE TREFFT !

wir haben in der nacht zum 3.september den stützpunkt der neonazis in ahrensfelde mit mehreren litern benzin zerstört. dieser stützpunkt, genannt wurzel, wurde direkt vom berliner senat mit mehreren millionen dm aufgebaut und durch einen als jugendbetreuer arbeitenden olizisten abgesichert. trotzdem war es uns möglich, den faschisten diesen schweren schlag zu versetzen. obwohl die meterhohen stichflammen nicht die reichsfahne am mast erreichten, können wir erfreut feststellen, daß dieser faschistentreff zerstört ist. von dort können sie jetzt keine rassistischen straßenfeste mehr organisieren, bei denen sie in sa-uniform auftreten und dabei noch vom jugendsenator krüger und bausenator nagel beglückwunscht werden, jetzt fehlt ihnen erstmal die basis, von der aus sie andersaussehende und -denkende terrorisieren konnten.
wie die ereignisse in rostock, zeigt auch dieser treffpunkt die enge verknüpfung der staatlichen stellen mit den faschisten auf. doch trotz dieser engen verbindung von staat und neonazis, gilt es sich nicht demoralisieren zu lassen. gerade nach rostock ist es notwendig, das feuer, das in den flüchtlingsheimen brennt, in ihre treffpunkt zu tragen, sie anzugreifen und nicht zur ruhe kommen zu lassen. ihre zur zeit laufende offensive kann durch kontinuierliche angriffe gebrochen werden und kann durch koordinierte militärische aktionen in eine unserer offensiven umgeleitet werden. es hat keinen sinn mehr, nur dort hinzufahren, wo die faschisten gerade zuschlugen. laßt uns ihre strukturen aufdecken und zerstören, vorallem dort, wo sie gut organisiert sind, in brandenburg und berlin.
wenn wir diese faschistische offensive nicht stoppen können, dann werden weiterhin ausländer/innen für die menschenfeindliche politik der treuhand und der bonner parteien verantwortlich gemacht und umgebracht.
jede/r antifaschist/in muß sich heute entscheiden, konsequent gegen die faschisten vorzugehen , denn morgen schon kann es zu spät sein. wir rufen deshalb alle auf sich einzureihen, egal ob durch die beteiligung an konkreten aktionen oder durch die unterstützung der militanten. die form des antifaschistischen kampfes ist vielschichtig.

ORGANISIERT EUCH - LEISTET WIDERSTAND !!
DIE TREFFPUNKTE UND ZENTREN DER NEONAZIS ANGREIFEN !!
DIE HETZE GEGEN FLÜCHTLINGE UND AUSLÄNDER/INNEN STOPPEN - DIE DRÄHTZIEHER ENTLARVEN !!
FRIEDE DEN FLÜCHTLINGSHEIMEN - KRIEG DEN SCHULDIGEN FÜR WOHNUNGSNOT UND ARBEITSLOSIGKEIT
HINTER DEM FASCHISMUS STEHT DAS KAPITAL !!

FÜR DEN KOMMUNISMUS !!!!!

Rote Antifaschistische Fraktion

VOLKSSPORT

RASSISTEN ANGREIFEN !

Wir haben in den Morgenstunden des 25.8.92 die Scheiben der Vorderfront der Gaststätte "Tannenhof" in Lentföhrden (nördlich von Hamburg) eingeschmissen und dazu die Parole "Rassisten angreifen/ Wg. Rostock" gesprüht.
Die BesitzerInnen des Tannenhofes, die Familie Katzer, sind aktive Mitglieder der DVU/NPD in Schleswig-Holstein. So fanden in den letzten Jahren regelmäßig Parteitage oder Wahlkampfveranstaltungen mit Faschisten wie Martin Mußgnug, Gerhard Frey oder dem britischen Revisionisten David Irving statt.
Bereits Anfang der 80er Jahre geriet der Tannenhof bundesweit in die Schlagzeilen, als sich Michael Kühnen und die damalige ANS-NA dort mit der Polizei eine Saalschlacht lieferte.
Der Tannenhof stellt bis zum heutigen Tage einen wichtigen Bestandteil der faschistischen Infrastruktur in SH dar.
Unsere Aktion verstehen wir als eine spontane und hoffentlich nicht einzige Antwort auf den rassistischen Terror der vorherigen Tage in Rostock, der seinen vorläufigen, erschreckenden Höhepunkt mit dem Anzünden des Flüchtlingsheimes fand.
Es geht uns mit dieser Aktion darum, die eigene Ohnmacht gegenüber dem sich verstärkenden, rassistischen Terror in der BRD zu durchbrechen, Verantwortliche zu benennen und direkt anzugreifen.
Zu einer Zeit, wo in der bundesdeutschen Gesellschaft sich ein rassistischer Konsens etabliert, der von der zunehmenden Verschärfung von Sondergesetzen gegenüber AusländerInnen, der öffentlichen Hetze gegenüber Flüchtlingen bishin zu offenem Terror von Neonazis und diese sie unterstützenden, rassistischen AktivbürgerInnen reicht, wird Widerstand auf allen Ebenen immer nötiger.
Wir haben bewußt einen faschistischen Treffpunkt für unsere Aktion ausgewählt, um dem zunehmenden Erstarken der Faschisten und ihrem zunehmenden Terror, der durch die Ereignisse in Rostock eine erneute Dynamik erfährt, militant Grenzen zu setzen und sie zurückzudrängen. Dabei allein darf es aber nicht bleiben. Jetzt gilt es vielmehr für uns als Rest-Linke, Antworten auf die sozialen Probleme der Menschen zu geben, sich und anderen die verschiedenen Formen des Rassismus zu verdeutlichen und die jeweiligen Ursachen zu bekämpfen. War es doch bisher so, daß sich unsere Politik lediglich auf zugespitzte soziale Konflikte und mittlerweile fast nur noch auf die eigenen Szeneviertel konzentrierte, zumeist den Ereignissen hinterherhinkte, wie auch in diesem Fall (Feuerwehrpolitik) und zudem nur in Form einer Anti-Politik wahrnehmbar war. So gilt es endlich, davon wegzukommen, vielmehr positive Inhalte zu entwickeln und zu vermitteln, sich dabei einer Theorie zu bedienen und die eigene Geschi chte zu reflektieren, aus ihr zu lernen , sich weiterzuentwickeln.
Die Perspektive unserer Politik besteht darin, wieder eine Anziehungskraft auszustrahlen und darüber den Faschisten den Boden zu entziehen im Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen.
Gerade in dem Zusammenwirken von inhaltlicher Vermittlung und direkten Angriffen entsteht eine Stärke, die Veränderungen durchsetzen kann auf dem Weg zur Revolution ... by any means necessary.

eine Revolutionäre Frischzelle

Die Bullenpräsenz bei den Faschisten war von Anfang an bis Ende des Aufmarsches --- wohl eher symbolisch. Es gab in Rudolstadt auch keine Vorkontrollen. Ausländische Kennzeichen, außer zwei bis drei aus den USA wurden nicht gesehen; Jedoch Busse aus Magdeburg (MD-AL 173; Busunternehmen [BU] "Mundstock"), Köln (K-EW 878, BU "Weinzierl"), Cottbus (CB-CW 55 und 104, BU "Leo"), München (BU "Ideal"), Vilsbiburg (BU "Maier"), Bielefeld (BU "Leonhardt und Koch"), FRI (?) (BU "Bruns Exklusiv"), Leipzig (L-CA 1401, BU "Meyer Reisen"), Berlin (BU "Holiday Reisen International") und aus anderen Städten wie Hamburg.

VOLKSSPORT

POLIZEIREPORT

Berliner Zeitung
Donnerstag, 27. August 1992

BRÄNDE: Unbekannte setzten gestern früh gegen drei Uhr den Kabelbaum eines Schaufelbaggers an der Heidelberger Straße in Treptow in Brand und versuchten, eine daneben stehende Walze auf ähnliche Weise zu zerstören.

Tja, Baufirma Kemmer, jetzt hat es also nen Schaufelbagger und ne Walze von Dir erwischt. Und das auf ner Baustelle der Siemenstochter WSSB in Treptow. Wie kannst Du aber auch so naiv sein und glauben Du könntest einfach so bei Schweinefirmen wie eben Siemens oder Schering und Springer arbeiten, ohne das Dir wer dafür auf die Finger klopft? Was bildest Du Dir eigentlich ein das Du an der Oberbaum mitmichst ohne auf die AnwohnerInnen zu Höhren? Achso, wegen der Profite und alles andere Interesiert Dich nicht. Siehste Kemmer, deshalb haben wir Dich Dienstag auf Mitwoch dort besucht. Selber Schuld Kemmer und bis dann,

Autonome Bauarbeiter

[illegible]brücke
[illegible] Stadtringlücke

WIR HABEN AM 26. AUGUST, NACHTS 2 TAXIS VON DIETRICH WINKELMANN ABGEFACKELT. D. WINKELMANN IST KREIS- UND ORTSVORSITZER DER REPUBLIKANER VON BAD VILBEL. 2 WEITERE TAXIS VOR SEINEM HAUS IN DER DANZIGER STR. 73 HABEN WIR MIT "ROSTOCK" BESPRÜHT. DIE AKTION IST EIN AUSDRUCK DER WUT ÜBER DIE POGROME IN ROSTOCK UND SOLL ZEIGEN, DASS DIE BRANDSTIFTER ANGREIFBAR SIND. WIR HOFFEN, DASS DAS SCHWEIN NUN ENDLICH PLEITE IST.

FIGHT BACK

Text zur Farbaktion am 3.9.92 auf die weiße Hauswand von Verkehrssenator Haase Hohenzollernstr. 14b 1/49

HAASE

die Oberbaumbrücke bleibt für den Autoverkehr zu !!!
gib deine, von den Autokonzernen gesponsorten, Schmiergelder an den öffentlichen Nahverkehr, damit dieser endlich zum Nulltarif fährt.

Autonome Gruppe

[illegible].8.92

IN DER NACHT VOM SONNTAG AUF MONTAG HABEN WIR, AUTONOME ANTIFASCHISTINNEN, DIE LANDESGESCHÄFTSSTELLEN DER CDU UND DER SPD IN KIEL ENTGLAST.
ANLASS FÜR DIESE AKTION WAR UNSRE WUT ÜBER DIE PROGROME VOR DEM ZENTRALEN AUFNAHMELAGER FÜR ASYLBEWERBERINNEN IN ROSTOCK. WIE SCHON IN HOYERSWERDA GREIFSWALD UND MANNHEIM WIRD AUCH IN ROSTOCK DAS AUFNAHMELAGER DURCH EINE MISCHUNG ORGANISIERTEN FASCHISTINNEN UND DUMPFEN JUBELDEUTSCHEN ANGRIFFEN. SOLCHE PROGROME SIND AUCH DAS ERGEBNIS EINER SEIT JAHREN BETRIEBEN HETZE VON DEN MEDIEN UND DEN POLITISCHEN PARTEIEN GEGEN FLÜCHTLINGE UND AUSLÄNDERINNEN. RASSISMUS WIRD GESCHÜRT UND BENUTZT UM VON DEN FOLGEN EINER ASOZIALEN UND KAPITALORIENTIERTEN POLITIK ABZULENKEN. DAGEGEN SETZEN WIR UNSERE KRAFT UND UNSEREN WIDERSTAND.

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!
DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN!
FIGHT THE POWER!

AUTONOME ANTIFASCHISTINNEN

Wildcat

Berlin, 7.9.92

Vorsicht Telefoninterviews!!!

Rund um die Ereignisse in Rostock wurde mindestens zweimal versucht, Leuten, die an der Organisation von Gegenaktionen beteiligt waren, per Telefon Informationen zu entlocken. Dabei gaben sich die Anrufer als Leute von "Wildcat" bzw. "Wildcat Karlsruhe" aus. Die Angerufenen waren in beiden Fällen mißtrauisch und haben uns informiert.
Zu den vereinbarten persönlichen Treffen sind die Anrufer dann nicht erschienen.
Wir möchten betonen, daß die Anrufer nichts mit uns zu tun haben. Wir machen keine solchen "Telefoninterviews"!
Bitte seid vorsichtig! Meldet Euch bei uns, wenn Ihr einen solchen Anruf kriegt.

P.S. Wir sind tatsächlich gerade dabei, eine neue Nummer der Wildcat zusammenzustellen. Wer noch Diskussionsbeiträge zu den Angriffen in Rostock und anderswo hat: laßt sie uns bitte zukommen!

Wildcat, Sisina Verlag, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36, Tel. 612 1848

FRAUENAKTION GEGEN MITTELALTERSPEKTAKEL

Hintergrund

Vor kurzem fand für mehrere Wochen auf dem Potsdamer Platz das "Mittelalterspektakel" statt, eine Art Jahrmarkt mit Kommerzständen und theaterartigen Darbietungen von Klischees über "mittelalterliches Leben", u.a. Hexenverbrennungen und Folterszenen (Eintritt 15 DM). Inszeniert wurde es von "Spektakulatius", ein Zusammenschluß von KünstlerInnen, die als ihre Motivation angaben, Geschichte mit diesem Spektakel sinnlich erfahrbar machen zu wollen. "Das Ganze ist ein deftiger Spaß." (Regisseur Sven-Erik Hitzer von Spektakulatius). Schon durch die Werbung, z.B. die Plakate, wird aber eher eine Erwartung nach Sensation und Nervenkitzel, nach Volksfest, als nach Erfahrungen von Geschichte erzeugt. (Lotos Promotion, ein "junges Unternehmen für Kultur und Kommunikation" - Lotos Promotion, Kommandanturstr. 7, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/17958 - hat die Organisation und Werbung dafür betrieben.) Die DarstellerInnen knüpfen an diese Erwartungshaltung an, wenn sie das Publikum in ihre Darbietung einbeziehen. Ein Inquisitionsgericht tritt auf und beschuldigt eine Frau der Hexerei. Das Publikum entscheidet nun mit, ob die Frau als Hexe auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden soll. Auf dies Weise wird eine Art Pogromstimmung erzeugt, in der viele schreien "verbrennt sie!". Die ganze Stimmung auf dem Spektakel ist aggressiv und für einzelne Frauen regelrecht bedrohlich. Die Schauspielerin wird an einen Pfahl gebunden und um sie herum Stroh angezündet. - Verbrennungen werden wahrlich sinnlich erfahrbar - und akzeptabel?! Die Übertragbarkeit der Aggressionen auf andere wurde auch bei der Protestaktion deutlich.

Zur Aktion

Ca. 50 Frauen und Lesben blockierten am Mittwoch, den 12.8.92 für 1/4 Std. den Eingang des Mittelalterspektakels. Das Haupttor wurde mit einer Kette zugeschlossen. Die Frauen und Lesben in der ersten Kette der Blockade trugen ein Transpi (Aufschrift: Hexenverbrennung ist Frauenmassenmord). Über Mega wurde ein Redebeitrag gehalten. Es wurden lautstark Parolen gerufen, mit Trillerpfeifen und anderen Lärminstrumenten Krach gemacht. Wir hatten uns entschieden, zu dieser Art von Aktion Presse einzuladen, die erschien und berichtete. Mitarbeiter des Spektakels und ein Teil der BesucherInnen beschimpften und bedrohten die blockierenden Frauen. "Ihr seid Hexen, verbrennt sie". Ein Mitarbeiter fing an, die am Tor angebrachte Kette durchzusägen. Dabei bedrohte er die Frauen und Lesben, die am nächsten am Tor standen, sehr aggressiv. Da wir zahlenmäßig im Vergleich zu den mehreren Hundert ZuschauerInnen und den MitarbeiterInnen des Spektakels extrem wenige waren, gingen wir geschlossen und Parolen rufend vom Platz, kurz bevor der Typ mit der Kettensäge das Schloß durchgesägt hatte. Nach der Aktion gab es mit den MitarbeiterInnen des Spektakels zum Teil recht heftige und hitzige Diskussionen, die durch ein paar lästige Bullen behindert wurden. Wir beendeten die Diskussionen und gingen geschlossen, um Übergriffe zu vermeiden.
In einem Interview zeigte sich die Schauspielerin, die die Hexe spielt, zwar schockiert darüber wie schnell das Publikum bereit ist mitzuspielen und mitzujubeln "verbrennt sie". Die MitarbeiterInnen versuchten sich in der Diskussion aber damit zu rechtfertigen, daß ihre Aufführung lediglich ein Versuch sei, Geschichte aufklärerisch und kritisch darzustellen. Dieser Versuch ist allerdings kläglich gescheitert. Tatsächlich ist das Mittelalterspektakel eine kommerzielle Volksbelustigung, die die Erzeugung einer Pogromstimmung bewußt in Kauf nimmt. Solche Spektakel können nicht durch dramaturgische Veränderungen verbessert werden, sondern müssen

VERHINDERT, BEHINDERT, SABOTIERT & BOYKOTTIERT WERDEN.

KAMPF DEM SEXISMUS AN JEDEM ORT!

VERHINDERT JEDEN ANSATZ VON POGROMSTIMMUNG!

Und jetzt noch ein paar nachbereitende Sätze:

Ein Problem war, daß wir erst so spät auf die Ankündigungen des Spektakels reagiert haben und daher erst kurzfristig eine Aktion vorbereiten und mobilisieren konnten. Deswegen kamen leider auch nur wenige Frauen und Lesben.
Für den Verlauf der Blockade hat es sich gezeigt, das es gut war, daß sich Frauen den

Veranstaltungsort vorher angeschaut hatten und gut vorbereitet waren. Es ist außerdem vorher genau festgelegt worden, welche Frauen und Lesben die erste und letzte Kette machen. Dadurch ist es uns gelungen, die Blockade schnell zustande kommen zu lassen.

Der nächste Veranstaltungsort ist Gera!

Redebeitrag:

Wir blockieren dieses Mittelalterspektakel, auf dem Hevenverbrennungen und andere Folterungen auf sensationslüsterne Art und Weise dargestellt werden. Wir - Frauen und Lesben - wollen dieser frauenverachtenden Volksbelustigung nicht tatenlos zusehen. Unter dem liberalen Deckmantel, hier würde nur gezeigt, was im Mittelalter tatsächlich passiert sei, wird hier gezielt eine Pogromstimmung erzeugt gegen Frauen, die nicht ins angepaßte Rollenklischee passen. Männer werden ermutigt, ihrem Frauenhaß und ihrer Frauenverachtung freien Lauf zu lassen. Bei dem heute herrschenden Rassismus kann diese aufgeheizte Stimmung sich leicht gegen Menschen anderer Nationalitäten oder Hautfarbe richten. Millionen von Frauen - die Dunkelziffer liegt bei 9 Millionen - wurden von Anfang des 14. Jahrhunderts bis weit in die Neuzeit hinein verfolgt und ermordet. Dadurch wurden Frauen aus Handwerk, Bildung und Frauenheilkunde vertrieben. Das Wissen um Verhütung und Sexualität wurde den Frauen gewaltsam entrissen. Frauen können heute immer noch nicht selbst über ihren Körper und ihre Sexualität bestimmen. Das zeigt sich an der heute herrschenden Bevölkerungspoltik. Ob durch den § 218 oder Zwangssterilisation, Frauen wird das Recht genommen, selbst zu entscheiden, ob sie Kinder wollen oder nicht. In Hannover haben Frauen und Lesben dieses gleiche Mittelaterspektakel gestürmt, in Nordrhein-Westfalen führten die Frauenproteste zur Absetzung einer ähnlichen Darstellung über Hexenverbrennungen. Wir fordern: Keine weiteren Vorstellungen dieses frauenverachtenden Mittelalterspektakels hier und anderswo.

V. DEUTSCHE WALDLAUFMEISTERSCHAFTEN

FÜR JUSTIZBEDIENSTETE

am 13. September 1992 in Berlin

Ausrichter:
Senatsverwaltung für Justiz

Austragungsstätte:
Volkspark Rehberge

Meldegebühr:
10,– DM pro Starter

Meldungen/Meldeschluß
Petra Goy-Beyer
Senatsverwaltung für Justiz
– Aus- und Fortbildungsreferat –
Drontheimer Straße 28-38
1000 Berlin 65

„Deutsche Waldlaufmeisterschaften" auf beigefügtem Meldeformular (zweifach) ***bis zum 10. August 1992*** (Tagesstempel der Post)

Die Meldung kann sofort auf beigefügtem Meldeformular mit Einzahlung der Meldegebühr auf das *Postscheckkonto Bln W: 1825 26-104*
Gerd Weise
BLZ 100 100 10
Stichwort:
„Deutsche Waldlaufmeisterschaften" abgegeben werden.
(Ein Anspruch auf Rückerstattung der Gebühr bei Nichtantreten besteht nicht.)

Austragungsbestimmungen:
Es werden Einzel- und Mannschaftswettbewerbe durchgeführt (drei Läufer einer JVA bilden eine Mannschaft).
In den Seniorenklassen erfolgt Einzelwertung bis AK 60 (nach DLO).
Eine Mannschaftswertung erfolgt nur, wenn in den ausgeschriebenen Wertungsklassen jeweils drei (3) Teilnehmer antreten.

Strecke:
Rundkurs auf Waldwegen am Volkspark Rehberge (10 km)/3 Runden

Unterkunft:
Siehe beigefügte Zimmernachweise
– bitte selbst buchen –

Information:
Gerd Weise
JVA Düppel
Tel.: 8 01 50 24 (dienstl.)

Start:
Sonntag, den 13. September 1992
9.00 Uhr (alle Klassen)
(Die Wiese neben der Rodelbahn in den Rehbergen)

Umkleidung:
Stadion Rehberge

Startkartenausgabe:
ab 7.30 Uhr am Veranstaltungstag.
Die Ausgabe befindet sich in der Nähe von Start und Ziel

Meldestelle:
Stadion Rehberge

Auszeichnungen:
Alle Teilnehmer, die den Wettkampf beenden, erhalten eine Erinnerungsurkunde.
Platz 1-3 Medaillen

Siegerehrung:
Sportrestaurant Rehberge
Transvaalstraße in den Rehbergen
1000 Berlin 65

Frühstücksbüfett wird bereitgestellt.

HINWEIS:
Für die Berliner Teilnehmer findet eine separate „MEISTERSCHAFTSWERTUNG" statt!
Angehörige von Vollzugsbediensteten starten außer Konkurrenz

Trainingsvorbereitung:
12. September 1992 um 17.00 Uhr
im Stadion Rehberge
(vor dem Umkleidegebäude)

Redebeitrag einer Gruppe im Frauenbündnis gegen das Ausländergesetz gehalten in Berlin Mo,24.8. und Rostock Sa, 29.8.

Die Medien stellen das Progrom in Rostock als verständliche Reaktion überforderter Bürger dar. Aber nicht nur der Bürgern, die auf das Campieren von Flüchtlingen in ihren Parkanlagen mit haßerfüllter Gewalttätigkeit reagieren, wird Verständnis entgegengebracht. Es wird in den Medien auch die Einsicht vertreten, daß die Stadtverwaltung mit den Flüchtlingen überfordert sei. Weil die Stadtverwaltung überfordert ist, wird den Bürgern auf einmal das Recht zugestanden, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Scheinheilig wird sich von der Gewalt distanziert aber die Beweggründe werden akzeptiert und jeder Politiker nimmt sie sich als Willen des Volkes zu Herzen.

Natürlich! Weil es gegen Flüchtlinge, gegen unerwünschte Ausländer geht!

Hätte sich der Protest gegen ein Atomkraftwerk, einen Autobahnbau oder den Abbau von Kita-Plätzen gewendet, so wären die Bürger und Bürgerinnen nicht mit soviel Verständnis bedacht worden!

Diese Heuchelei ist unglaublich!

Da sagt der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern:'Es ist eine Schande, daß die Polizei wegen des Flüchtlingsproblems gegen deutsche Bürger vorgehen muß' Wie wär's, wenn sie das mal sagen würden, wenn es um Protest gegen Mietwucher, Stellenabbau, Gewalt gegen Frauen geht? Oder wenn die deutsche Polizei Leute niederknüppelt, die sich gegen rassistische und faschistische Gewalt wehren.

Warum ist beim sogenannten Flüchtlingsproblem alles anders als sonst? Die Stadtverwaltung hat nicht versagt, - sie macht Politik mit der Situation! Denn die, in den letzten Tagen angegriffene Zentrale Sammelstelle ist der einzige Ort, wo Asylbewerber und -bewerberinnen Antrag auf Einreise und Asyl stellen können, für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Arbeitszeiten sind von 8 - 12 Uhr und danach die Sintflut. Es gab keine Überlegungen der Stadt, unter welchen Bedingungen die dann noch Wartenden unterkommen könnten. Damit wurde erst der Konflikt geschaffen, der die Asylbewerber-und bewerberinnen als 'sozial unverträglich' abstempelt. Dahinter steckt Strategie, denn eine ähnliche, sogar noch offensichtlichere Form dieser Politik existiert in Eisenhüttenstadt. Dort ist die ZAST, Zentrale Aufnahmestelle, die einzigste in dem Bundesland Brandenburg. Dort fängt der Bundesgrenzschutz, die über die polnische Grenze kommenden Flüchtlinge nicht mehr direkt an der Grenze ab, sondern ist dazu übergegangen, die Zentrale Aufnahmestelle hermetisch abzuriegeln und jedem ankommenden Flüchtling aufzulauern. Ihnen werden die Papiere abgenommen, diese für asyl-unzureichend erklärt und die Flüchtlinge werden sofort wieder abgeschoben. Flüchtlinge dort berichteten, daß ihnen alle Sachen abgenommen wurden, sie wurden verprügelt und beschimpft, sie konnten durch keine Dolmetscher ihr Anliegen vorbringen und es konnten kaum welche in die ZAST reinkommen, geschweige denn ganze Familien.Die wenigen, die es schaffen einen Asylantrag zu stellen, werden in einem Sammellager unter miesesten Bedingungen untergebracht: ein Raum mit vielen Menschen, ohne Versorgung und ohne den minimalsten hygienischen Standard. Der Burndesgrenzschutz und die verantwortlichen Politiker sprechen von der Erprobung neuer technischer Mittel, (die sie der Presse noch rechtzeitig mitteilen werden),und einem großen erfolg: Die Flüchtlingszahlen sind innerhalb von wenigen Tagen zurückgegangen.

Ein ganz anderes Beispiel: Rangsdorf. Dort sind auf einem Gelände mit mehreren kleinen Häusern z.Zt. ca. 120 Flüchtlinge untergebracht. Ein Teil der damaligen TU-Besetzer und Besetzerinnen und neu hinzukommende Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern, haben es geschafft sich auf diesem Gelände Bedingungen zu schaffen, unter denen sie gemeinsam leben können.Sie renovierten diese Häuser, sie setzten durch, daß alle ihre Kinder zur Schule gehen können und vieles mehr.

Diese Häuser unterstehen der Treuhand, das Grundstück gehört mehreren Westberlinern, die nun Anspruch darauf erheben, um dort ein Naherholungsgebiet aufzubauen. Dies hat die Stadtverwaltung gebilligt und den Flüchtlingen die Räumung angedroht. Als Ersatz sollen sie mit Bussen in ein 200-Seelen- Dorf gebracht werdeb, wo die nächste Bushaltestelle 5 km und die nächste Schule 15 km weit entfernt ist.

Die Flüchtlinge weigern sich und haben den ersten Räumungsversuch am letzten Montag, dank ihrer Entschlossenheit, erfolgreich verhindert.

Die Räumungsdrohung besteht aber weiterhin und die Flüchtlinge wünschen sich Unterstützung um ihre Interessen durchzusetzen.

Deshalb komme alle beim nächsten Räumungsversuch (Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben) nach Rangsdorf!

KEINE RÄUMUNG DER FLÜCHTLINGE IN RANGSDORF!

Wenn sich jetzt die Regierenden und Vertreter der bürgerlichen Parteien in Erschrecken über die Ereignisse der letzten Tage ergehen, dann ist das widerliche Heuchelei. Mit dem Gerede über die 'Asylantenschwemme' und dem Hochstilisieren des Asylgesetzes zum Wahlkampfthema Nr. 1, wurde ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das Progrome wie in Rostock, Hoyerswerda oder Mannheim, geradezu heraufbeschwört.
Dem erzürnten Bürger wird auf die Schulter geklopft und nach alter deutscher Manier werden die Tätern zu Opfern: nicht die Flüchtlinge werden vor rassistischer und faschistischer Gewalt in Schutz genommen, sondern die armen Deutschen gilt es vor den Flüchtlingen zu schützen. So geht die Saaat auf, die mit dem Gerede von der 'Asylantenflut' ausgestreut wird und kann eingefahren werden mit dem landesweiten Schrei nach schärferen Gesetzen gegen Flüchtlinge und nicht-europäische Ausländer.

Das Ziel der Verschärfung der Asylgesetzgebung ist es, im Rahmen des vereinheitlichten Europas die Grenzen zu nicht EG-Ländern dicht zu machen, neue Mauern hochzuziehen.
Die EG-Länder verfügen mittlerweile über ein breitgefächertes Repertoir um ihr Bollwerk EUROPA zu errichten. Ob die sogenannte 'Harmonisierung des Asylrechts' oder die Militarisierung der Grenzenxx EG-Außengrenzen. Sie ziehen alle Register um die Menschen, nicht nachxEuropa in die EG xxxxx durchkommen zu lassen, die aus dem Elend fliehen, das die Industrienationnen selbst maßgeblich verursachen.

Das Elend von Hunger, Verfolgung und Krieg wird auf die ärmsten Länder abgewälzt. So nahm Pakistan z.B. 1989 über 3 Mio Flüchtlinge auf, mehr als die BRD,USA,Canada unf Frankreich zusammen. Die BRD, die sich angeblich kaum noch retten kann vor lauter Flüchtlingen, belegte unter den 20 führenden Aufnahmeländern für Flüchtlinge den letzten Platz.
Und die BRD will sich noch weiter abschotten: Ein wichtiger schritt in diese Richtung ist neben dem neuen Ausländergesetz das neue Asylverfahrensgesetz.Innerhalb weniger Wochen soll über die Asylanträge entschieden werden. Es ist den Asylsuchenden innerhalb dieser kurzen Zeit fast unmöglich, sich durch eine Anwältin oder einen Anwalt unterstützen zu lassen. Da kaum Dolmetscher und Dolmetscherinnen zur Verfügung stehen, können sie sich nicht über ihre Rechte informieren und sind so der behördlichen Willkür völlig ausgeliefert. Schon wegen dieser Bedingungen werden die meisten Asylanträge nicht angenommen. Von den wenigen Anträgen, die überhaupt angenommen werden, werden auch noch die meisten abgelehnt. Im letzten Jahr wurden bereits 93% aller Anträge abgelehnt auf Asyl abgelehnt. Die Gründe für eine Ablehnung werden von niemand in Frage gestellt, stattdessen wird die hohe Ablehnungsrate dazu benutzt mit dem Gerede von 'Scheinasylanten' Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen.

Für die praktikable und rentable Durchführung der Abschottung gegen Flüchtlinge garantieren die Sammellager. Die Flüchtlinge werden zusammengepfercht in große Lager, die sie nicht verlassen dürfen. Alle Behörden, die an der Abwicklung des Asylverfahrens beteiligt sind, sind im Lager untergebracht. Die Flüchtlinge leben kaserniert und isoliert. Die Asylverfahren werden vollends einer bürokratischen Maschinerie übergeben, die von außen kaum zu kontrollieren ist. und in die es durch die Schnelligkeit der Verfahren kein Eingreifen mehr geben soll. Eine Organisieren der Flüchtlinge untereinander ist auf Grund der hohen Fluktuation fast unmöglich.

Daran wie die Wirklichkeit tatsächlich ist und wie die Herrschenden sie uns verkaufen, wird auch noch mal überdeutlich, wie sehr ihnen daran gelegen ist, hier in der BRD ein rassistisches gesellschaftliches Klima zu erzeugen. Überfälle auf Ausländerwohnheime Morde und Angriffe auf Immigranten und Immigrantinnen, Progromstimmung wie jetzt in Rostock und anderswo werden nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern in die politische Strategie mit eingebaut. Dazu gehört auch die Verharmlosung der Organisierung neofaschistischer Gruppen. Ein Paradebeispiel dafür wiexxxxtx bietet z.Zt. der Prozeß in Eberswalde. Bei dem Prozeß geht es um den Tod von Antonio Amadeu, der bei einem Angriff von 50 Faschisten auf eine Disco in Eberswalde ermordet wurde. Laut Richter handelt es sich hier jedoch nicht um organisierte Neofaschisten, sondern um 'fehlgeleitete Jugendliche'.

Auch die zigfachen Beispiele für das zurückhaltende bzw nicht-Eingreifen der Polizei bei Faschistenaufmärschen oder angriffen macht ein gemeinsames Interesse der Staatgewalt mit den Faschisten klar.
Der Kampf um die Köpfe und die Herzen der Menschen ist aber noch nicht verloren!Wir dürfen ihn nicht aufgeben auch wenn uns diexrassistischenxx das rassistische Gekeifere h unendlich anekelt!

FÜR EINE STARKE BREITE GEGENÖFFENTLICHKEIT
FÜR DIE ANERKENNUNG SEXISTISCHER VERFOLGUNG ALS asylgrund
GEGEN DAS ASYLVERFAHRENSGESETZ
KEINE SAMMELLAGER
GEGEN DAS RASSISTISCHE AUSLÄNDERGESETZ
KEIN FUßBREIT DEM FASCHISMUS

Bericht über das Wochenende 22.8.92 - 23.8.92 in der Hansestadt Rostock (HRO).
Quellen: eigene Beobachtungen, zugetragene Informationen - überprüfte und nicht überprüfte, Presseberichte vom 24.8.92 regional (Berlin) wie bundesweit.

Deutschland 1992 !

In der Nacht von Samstag auf Sonntag und der Nacht von Sonntag auf Montag lieferten sich ca. 500 rechtsradikale Jugendliche, Hooligans, Skinhead und Neofaschisten unter anfeuernden Rufen von zeitweilig bis zu 2000 BürgerInnenInnen eine Schlacht mit der Polizei vor einem Flüchtlingsheim in Rostock-Lichtenhagen.
Das Heim ist die zentrale Sammelstelle für Flüchtline des Landes Mecklenburg-Vorpommern (MV). Die Flüchtlinge werden von dort über MV weiter verteilt, täglich kommen ca. 80 Neue. Da sie nur kurze Zeit bleiben sollen, besteht für sie keinerlei Möglichkeit soziale Kontakte zu knüpfen.
Seit etwa zwei bis drei Wochen werden die Flüchtlinge von der Stadt Rostock aus nicht weiterverteilt, daß Land MV schickt aber täglich neue. Somit blieb den Flüchtlingen, sie kommen größtenteils aus Rumänien, nur die Möglichkeit vor dem überfüllten Heim zu campieren, was in kürzester Zeit zu katastrophalen hygienischen Zuständen geführt hat.
Ende letzter Woche dann wurde über die lokale "Ostseezeitung" (OSZ) von der Bürgerinitiative dazu aufgerufen das "Asylproblem .. selber in die Hand zu nehmen". Erste Angiffe auf das Heim gab es bereits um den 20.8. herum. Für Samstag wurde über die OSZ zu einer Demonstration "Gegen das deutsche Ausländergesetz / Asylgesetz" aufgerufen. Es beteiligten sich an die 500 Personen, von denen im Anschluß an die Demonstration ca. 100 versuchten das Heim zu stürmen. Dies wurde zunächst jedoch durch militante Gegenwehr der Flüchlinge und HeimbewohnerInnen erfolgreich verhindert. Die Polizei, lt. eigenen Angaben mit 100 Beamten vor Ort, hielt sich zurück und ließ Augenzeugen zufolge die Situation gezielt eskalieren. Bis zum Samstagabend versammelten sich dann 1500 - 2000 BürgerInnen, unter ihnen wurden etliche TeilnehmerInnen einer DVU-Veranstaltung vor ca. 8 Wochen wiedererkannt, und feuerten einem Mob von 400 - 500 Skinheads, Hooligans und Neofaschisten an. Jeder geworfene Molotowcoktail, jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder verprügelte Polizist wurde mit frenetischem Beifall bedacht. Erst in den fühen Morgenstunden des Sonntag gelang es der Polizei die Angreifer vom Heim zu verdrängen, was wohl eher der Erschöpfung des Mobs zuzuschreiben ist, als dem konsequenten Durchgreifen der Beamten.

Am Sonntag herrschte eine fast identische Situation. Trotz der in der Nacht herbeigebrachten Verstärkung für die Rostocker Polizei begannen bereits in den Mittagsstunden an die 100 Jugendliche mit erneuten Angriffen auf das Heim. Bis zum Abend entwickelte sich das ganze zu einem volksfestähnlichen Spektakel, an dem nur noch ein Karussel, eine Pommesbude und ein Zuckerwattestand fehlten. Im Alter zwischen 10 und 70 Jahren war fast ganz Lichtenhagen auf den Beinen, um zu gaffen oder um die Angreifer zu unterstützen. Da wurden in unmittelbarer Nähe vor den Polizeiketten kistenweise Molotowcoktails abgefüllt, oder aus PKWs herbeigeholt.

Der Einsatzleiter der Rostocker Polizei, Woite, erklärte am Telefon "das ist Bürgerkrieg" und stellte seinen Beamten frei, den Dienst zu quittieren. Etliche Polizisten wurden in den letzten zwei Nächten verletzt, einer davon hat schwere innere Verletzungen und schwebt immer noch in Lebensgefahr.
Es war den politisch Verantwortlichen nicht möglich, genügend Beamte zum Schutz des Heimes aus anderen Bundesländern anzufordern, oder sie wollten es nicht - wofür vieles spricht. Im Gegensatz dazu war die Polizei vor etwa 8 Wochen durchaus in der Lage mit einem 500 Beamten starken Polizeiaufgebot, unterstützt aus Norddeutschland, eine Veranstaltung der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) massiv zu schützen.

Rostocker AntifaschistInnen mobilisierten im laufe des Sonntag mittag in alle norddeutschen Städte, HH/HL/B/KI.
Im Laufe des Sonntag abend gab es dann mehrere Versuche gegen den BürgerInnen- und Faschistenmob anzugehen, welche aber scheiterten, da es den Leuten unmöglich schien, mit 150 AntifaschistInnen gegen 2000 aufgeputschte BürgerInnen einzugreifen.
Gegen 01.00 Uhr ist dann erneut ein Konvoi von ca. 200 Personen aus der Rostocker Innenstadt nach HRO-Lichtenhagen gefahren. Ein Teil der Leute hat eine Kundgebung abgehalten, ein anderer Teil hat auf andere Art und Weise versucht zu intervenieren.
Zwischenzeitlich wurde per Hubschrauber Bundesgrenzschutz aus HH und NdS nach HRO-Lichtenhagen geflogen. Diese Verstärkung hatte dann nichts besseres zu tun, als 120 AntifaschistInnen festzunehmen. Sie wurden bei der Kundgebung verhaftet, zum Teil an den geparkten Autos erwartet oder auf dem Rückweg in die Innenstadt aus den Autos geholt.
Alle sind lt. HRO-Ermittlungsausschuß ED-behandelt worden. Es wird ihnen u.a. Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Die Zahl von 150 festgenommenen "Krawallmachern" ergibt sich aus 30 festgenommenen Rechten und 120 (!) AntifaschistInnen.

Vom MV-Innenminister, Lothar Kupfer, war zu den Vorfällen am Wochenende zu hören, daß er die Rechten gut verstehen könnte, außerdem sei es längst beschlossene Sache, daß das Heim zum 1.9.92 geschlossen wird. Dann machte er sich die Meinung des Pöbels zu eigen, indem er es ebenfalls "unmöglich" fand, "das deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen".
Der Innenstaatssekretär des Landes MV hatte vollstes Verständnis für den Pöbel: "Den Bewohnern ist in letzter Zeit viel zugemutet worden" (Stimmt, 300 ausländische Menschen zwischen 10.000 Deutschen ist auch eine wahre Zumutung!)

Als Lösung der sogenannten Ausländerfeindlichkeit wird heute von fast allen Parteien hysterisch eine Verschärfung des Asylgesetzes und die Änderung des Artikel 16 GG gefordert.

Da für den heutigen Montagabend mit weiteren Angriffen auf das Heim gerechnet wird, Anwohner aus Lichtenhagen kündigten dies im Fernsehen an, wird weiter von antifaschistischer Seite nach HRO mobilisiert.

Dienstag, 25.8.1992, Stand 10.00 Uhr

Im Laufe des Montag wurde "das Heim geräumt", soll heißen die Flüchtlinge wurden in Sicherheit gebracht und auf vier bis fünf andere Lager in MV verteilt. Von halboffizieller Seite, Wachschutz des Heimes, hieß es, das Heim sei leer. Dies erwies sich im laufe des Montagabend als falsch.
Gegen 21.00 Uhr griffen einige hundert Rechte, angestachelt durch ältere AnwohnerInnen, erneut das Haus an und setzten vier Wohnungen im Erdgeschoß in Brand. Die Polizei zog sich daraufhin zurück und überließ das Haus den Flammen, bzw. dem rechten Pöbel. Die Feuerwehr ließ sich nicht blicken.
Laut RTL-Bericht von 23.50 Uhr agierten rund 800 (!) Rechte unter den Anfeuerungsrufen von 3000 (!) Anwohnern und Schaulustigen.
Einem TV-Team vom ZDF gelang es, in das Haus zu gelangen, und sie mußten feststellen, daß sich noch 115 Menschen aus Vietnam im Haus befanden. Als sie über Funktelefon versuchten, die Polizei und Feuerwehr in HRO zu erreichen war nur "Kein Anschluß unter dieser Nummer" zu hören. Eine Verbindung war nur über HH und B herzustellen. Sie flüchteten mit den VietnamesInnen auf das Dach des Hauses und wurden erst in den Morgenstunden gerettet.

In der Presse vom 25.8.92 ist zu lesen, daß der Hamburger Neofaschist Christian Worch am Sonntag mit seinem Opel Omega am Ort des Geschens war und über Funk oder Funktelefon Anweisungen an agierende Neonazis gegeben hat. Es wurden PKW von Rechten aus HH und HL auf den Parkplätzen in dem Wohngebiet gesehen.

Von Antifaschistischer Seite wird für den kommenden Samstag zu einer Großdemonstration in HRO-Lichtenhagen mobilisiert. Da dürfte dann, wie vor 11 Monaten in Hoyerswerda, mit mehreren 1000 Polizeibeamten zu rechnen sein

Redebeitrag auf der antirassistischen Demo in Lichtanhagen am 29.8.

"Die lustigen Zuschauer, die finde ich am schlimmsten"

Tinh aus Lichtenhagen u. aus Vietnam, 25.8.92 während des Pogroms

In der Glotze steht **Rudolf Seiters** neben **Helmut Kohl** und reibt sich die Hände.

Lothar Ku-Klux-Klan, der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, reibt sich die Hände.

Peter Magdanz in Schlips und Parka stellt sich vor die noch rauchenden Wohnzellen, labert und macht politisch seinen Schnitt.

Und wenn ein paar Politiker wegen des Pogroms in Lichtenhagen ihre Posten räumen müssen, dann haben sie schon vorher über die Höhe der Abfindung verhandelt. Wahrscheinlich Ende Mai. Seit Ende Mai 92 hat die **Konferenz der Innenminister** der BRD mit **Seiters** aus Bonn über die Zuspitzung in Lichtenhagen gesprochen. Der Angriff, das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen war vorprogrammiert, von den Politikern an der Macht.

Und ihr? Und die, die mitgemacht haben? Oder zugeguckt, im Sonntagskleid, im Sonntagsanzug, die kleinen Kinder an der Hand?

Viele in Lichtenhagen denken, sie haben einen Sieg errungen. Einen Heil-Sieg. Und in Wirklichkeit? Was ist mit den Mieten? Und den 60, nein 50% Lohn im Vergleich zum Westen? Und der Arbeitslosigkeit? Und den Frauen, die zurück an den Herd sind? Und den Kindern, die ausflippen zuhause, unter der Fuchtel, niemand hälts mehr aus in den 2-Raum- oder 3-Raum-Wohnungen ...

40 Jahre waren in der BRD, in Westdeutschland, die Neonazis unter der Kontrolle der Polizei. Die Geheimdienste haben V-Leute reingeschickt, die Organisationen im Griff gehalten und die Neonazis waren sowieso fast bedeutungslos. Die Altnazis saßen ja selber in der Regierung. Und heute? **Seiters**, **Seite** und wie sie alle heißen: Für sie haben die Neonazis jetzt mit einem Mal eine Bedeutung. Die holen die Kartoffeln für sie aus dem Feuer. Nützliche, gefährliche Idioten. Die sorgen dafür, daß die berüchtigte Hackordnung blüht und gedeiht:

- Oben ein **Chef**,
- dann der **Vorarbeiter**,
- dann der **Facharbeiter**,
- die **Ungelernte**, eine **Frau** natürlich, und
- darunter die berühmten "**Kurzzeitbeschäftigten**".
- Dann, erst dann die Leute "in **Fortbildung**" und "in **Umschulung**" , oder in **ABM**,
- und auf der Straße die **Arbeitslosen**, die **Vietnamesen**, die jahrelang neben euch im Werk gearbeitet haben,
- und auf dem Rasen schließlich, ohne Klo, ohne Knete, die **Roma und Sinti**. Direkt neben dem Supermarkt.

Daß da was abgeht, ist keine Frage. Fragt sich nur zwischen wem: Nach unten treten! Nach unten ist es am leichtesten.

Viele von euch haben nach unten getrenten, haben mitgemacht, mit gebranntschatzt und mit geklatscht. Viele von euch waren da für das Grobe, und die herrschenden Politiker sitzen im Trockenen und reiben sich die Hände. Auch die **Treuhand** profitiert davon. Und die neuen **Werftenbesitzer**. Ihr habt - einige von euch haben - nicht Wohnungen eurer Chefs und der Politiker angezündet, die für eure Misere verantwortlich sind. Ihr habt nicht **deren** Besitz verschrottet, sondern die Habseligkeiten eurer vietnamesischen Nachbarn.

Habt ihr euch geirrt? Nein. Wer Wohnungen von Flüchtlingen anzündet, der irrt sich nicht. Wer die Ärmsten angreift, der irrt sich nicht: Der wird schließlich - da sind wir sicher - der wird schließlich selbst angegriffen.

Ihr habt die Neonazis mit ihren mobilen Telefonen gesehen, sie waren hier, vor euren Häusern. Die waren organisiert, ihr nicht. Die haben eiskalt mit euch kalkuliert, und mit den Herrschenden. Heute sind die Neonazis in der Bundesrepublik von Nutzen - für die Herrschenden! Nur deswegen konnten sie in Lichtenhagen so viele Tage wüten und dieses unsägliche Unheil anrichten.

Der Vietnamese Tinh sagt, als unter ihm die Wohnungen angesteckt sind und "Zugabe" gerufen wird: "Wir wollen mit der deutschen Bevölkerung leben und hier bleiben. Aber wenn die Rechtsextremisten angreifen und wir eines Tages hier heraus müssen, dann suchen die Rechtsextremisten die nächste Stelle. Wir Ausländer sind die erste Stelle, dann kommen schon die Frauen und Kinder, oder auch die Behinderten. Die ein bißchen anders aussehen oder die ihnen geistig und körperlich unterlegen sind."

Es liegt an uns, an allen, ob das Spiel aufgeht. Das Spiel der Hackordnung und der abgebrannten **Nachbar**-Wohnungen. Die Hackordnung der folgenden Morde. Die Hackordnung derer, die befehlen, aber andere die blutigen Taten ausführen lassen. Die Hackordnung, durch die eure Löhne, eure Mieten nicht besser werden. Die Hackordnung, die ihr Mitläufer, ihr Mittäter verlieren werdet, gegen die Frauen in den Familien, gegen die Kinder, die ihr einzwängt, gegen uns: Ob wir nun aus Rostock oder Stralsund kommen, aus Berlin oder aus Istanbul, ob wir einen deutschen Paß haben oder nicht, ob wir Lichtenhagener oder Dunkelhagener sind.

Ohnmacht statt antifaschistischer Aktion in Rostock

Diesen Artikel haben wir am Samstag geschrieben, als viele von Euch in Rostock waren, um gegen die tagelangen Pogrome zu demonstrieren. Wir haben uns ein wenig Abstand gegönnt, und wollten doch recht schnell über unsere Erlebnisse und (Ohnmachts-)Gefühle berichten. Erfahrungen, die wir sammeln mußten, sind noch gegenwärtig und Emotionen, die jetzt noch da sind, möchten wir nicht im später folgenden "analytischen" Betrachten der rassistischen Angriffe untergehen lassen.

Wir fragen uns heute, wo die Antifa in den Tagen vom 22. bis 27. August 1992 gesteckt hat.
An der bundesweiten "Stoppt die Pogrome"-Demo haben bestimmt mehrere tausend Leute teilgenommen. Diese Demo kommt viel zu spät !!

LENBURGER

um Rostocker

Rassistische Überfälle, Brandanschläge auf Flüchtlingswohnheime, Präsenz von organisierten Nazis auf der Straße gehören zum Alltag in Deutschland, August 92, genauso wie der Schreibtischtäter auf dem sog. Ausländeramt, bei der Sozi, wie der Nachbar, der sich von "Scheinasylanten" belästigt fühlt. Rassismus wird von der (weißen) deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen, akzeptiert, getragen. So ist es nicht verwunderlich, daß mensch in der Montagszeitung allenfalls unter der Rubrik "In Kürze" erfährt, daß am Wochenende wieder in einem Dutzend Städte rassistische Ausschreitungen stattgefunden haben. Die Eskalation rassistischer Gewalt ist so weit vorangeschritten, daß selbst unabhängige Antifas die Vorfälle in "wichtiger"/"unwichtiger" selektieren. Es brennt im ganzen Land. Aber es ist für uns unverständlich, daß selbst bei solch permanenter Berichterstattung in den Medien (z.B.ARD-Tagesthemen-Extra) - Rostock, innenpolitisches Thema Nr.1 -, es für den Großteil der antifaschistischen Szene nicht möglich war zu handeln. Lähmende Fernsehbetroffenheit statt Widerstand?
Spätestens seit der Nacht auf den Dienstag haben "wir" uns für unser Nicht-Verhalten zu verantworten. Wärmste Grüße an die Menschen, die in ihren Städten spontan Protestaktionen gestartet haben! Doch die konkrete Situation vor Ort hätte ein massives antifaschistisches Eingreifen erfordert, "wir" hätten die Pogrome aktiv stoppen müssen! Es ist ein unglaubliches Glück, daß die eingeschlossenen VietnamesInnen, Antifas und Reporter aus dem brennenden Haus noch rausgekommen sind. Der versuchte Massenmord an über 100 Menschen hätte verhindert werden müssen - durch eine antifaschistische Aktion!

ug. 199
ostock: 2 27

ofahrer,
icht! Die
Schützen
erwegs
icht Seiten 8/9

tobte in ... eschwer- ... ie unser Land je gesehen ... Aus einer Gruppe von rund 1000 Schaulustigen heraus versuchten 150 offenbar gut organisierte Neonazis, die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber in Rostock zu stürmen. Molotow-Cocktails flogen, Streifenwagen brannten aus, 12 Polizisten wurden verletzt, einer ist noch in Lebensgefahr. Seiten 4/5

Unsere Gruppe ist am Sonntagabend im JAZ eingetroffen, und wir mußten feststellen, daß nicht nur wir völlig überstürzt losgefahren waren. Während der Fahrt hatten wir versucht herauszufinden, was unsere persönlichen Beweggründe waren, nach Rostock zu fahren. Unvorbereitet, fremde Stadt, Informationschaos. Dieses Gespräch hatten andere Gruppen wohl eher nicht geführt, denn von den ca. 250 Leuten, die aus dem gesamten Bundesgebiet kamen,z.T. spontan nach den Tagesthemen losgefahren waren, sind viele am Montagmorgen zurück.Nicht nur der Wochenbeginn war daran schuld, häufiger ein totales Ohnmachtsgefühl - 5000 rassistische "Schaulustige" und Nazis, dagegen eine Protestdemo von ca.150 Leuten, Angst, Unsicherheit, Wut.Die Begegnung mit Bullen, die sich offen zum Pogrom bekennen und über 40 GenossInnen einfahren, die UnterstützerInnen vor dem Knast mit Wasserwerfer und Hundestaffel empfangen. Hektik im JAZ (1000 liebe Grüße!) und stressige Plena - was können wir unternehmen? Als wir um 5.00h durch Lichtenhagen fahren, herrscht Ruhe, gegen 5.30h gehen viele bereits zur Arbeit, so wie jeden Werktag. Normalzustand.

Ungehindert zündeten Rechtsradikale das Wohnheim an, die Flammen schlugen bis in den vierten Stock.

Die Stimmung im JAZ ist mies. Alle Anwesenden fühlen sich der Situation gegenüber ziemlich wehrlos. Mehr, als mit den Flüchtlingen Kontakt aufzunehmen, kleine Besorgungen zu erledigen, Gefangene zu unterstützen, vereinzelte Faschogrüppchen anzugreifen, ist nicht machbar. Allein der Versuch, abends an der Kreuzung vor dem Flüchtlingswohnheim zu stehen, ist lebensgefährlich. Dienstag abend schließlich rechneten wir mit einem Nazi-Angriff aufs JAZ - mindestens eine Fascho-Fahrwache versuchte ständig, uns zu beobachten. Auch das Gerücht, die Rostocker Hools würden sich nach dem Spiel gegen Braunschweig zu uns in Bewegung setzen, sorgte für Panik, es wurden Barris gebaut, die Straße wurde entpflastert. BGS und Bullen entschlossen sich dann, das JAZ zu belagern...
Mit einer breiteren Unterstützung hätten wir sowohl die militanten AngreiferInnen von Lichtenhagen (zu Beginn der Pogrome waren noch nicht soviele organisierte Nazis dabei) als auch die Menge der sog.Schaulustigen, die durch ihr Auftreten die Angriffe als Ausdruck des "Volksverständnisses" in Sachen Rassismus legitimierten und die AngreiferInnen gegenüber Gegenreaktionen schützten, vertreiben können.Im Konsens der "nationalen Existenzfrage"(Engholm), nach der die Opfer der rassistischen Propaganda und Ausschreitungen deren eigentliche Ursache sind, wurden die Pogrome "verurteilt" als der demokr.Gesellschaft unwürdig und dem Ansehen der Republik schädlich. Die HERRschenden gebrauchen die Krawalle, um die "Lösung des Asylantenproblems" voranzutreiben. Dagegen haben wir nicht mobil gemacht; übrig bleibt die Frage nach unseren Ansprüchen.

Die Szene fährt nach Passau, Leipzig, Wunsiedel mit dem Vorsatz, "Faschoaufmärsche zu verhindern", gibt sich gekonnt militant (wir haben die Schnauze voll von hochgerüsteten Antifa-Mackern, die in der Kneipe mit ihren "Heldentaten" prahlen, auf VVen den Ton angeben oder sogar offen sexistisch auftreten, sich selbst von jeglicher Teilhabe an patriarchaler Gewalt freisprechen etc.)- und Rostock? Anhand des Nicht-Verhaltens gegenüber den Pogromen läßt sich die Frage nach der Bereitschaft, bzw. der Ernsthaftigkeit solcher Aussagen stellen. Wenn die Antifaszene in der Lage ist, bereit ist, eine militante Auseinandersetzung gegen eine große Anzahl organisierter Nazis zu führen, wie in Passau, Leipzig, Wunsiedel "angekündigt", warum ist sie dann in Rostock nicht aufgetreten? Wir sind uns bewußt, welche gewaltätigen Folgen ein Zusammenstoß mit der angeheizten Menge gehabt hätte. Eine solche Konfrontation hat es in der Geschichte der BRD noch nie gegeben. Einer solchen Konfrontation (aber) wird sich die antifaschistische Linke nicht entziehen können, es sei denn, sie erklärt den Widerstand als gescheitert.

Können antif.Aktionen nur am Wochenende laufen und inwiefern beziehen wir die Angegriffenen eigentlich in unsere Überlegungen und Kämpfe ein? Wie eng umspannt ist eigentlich der Begriff der Solidarität?

"Natürlich bleibt uns heute nichts anderes mehr übrig, als den Weg zu den Flüchtlingslagern auf der Landkarte zu suchen, natürlich ist es richtig, die bürgerlichen Zeitungen aufzuschlagen, um darüber zumindest mitzubekommen, wo überall rassistische Überfälle und Angriffe gemacht wurden. Es ist auch richtig, daß es jetzt egal ist, ob wir Flüchtlinge erst als Opfer oder Handelnde wahrgenommen haben, wenn es heute um den Schutz ihres Lebens geht.

Doch wenn die Brandanschläge auf Flüchtlingslager und die Überfälle auf MigrantInnen wieder in die Dunkelziffern abgedrängt sind, die Scheinwerfer abgebaut sind und damit wieder Normalität signalisiert wird, wird sich für uns die Frage stellen, was sich wirklich in unserem Verhältnis zu Flüchtlingen und MigrantInnen verändert hat. Oder, ob nicht gerade in dieser Art von autonomer Politik Kampagnenopfer geradezu vorprogrammiert sind..."
(Doitsch-Prüfung, l.u.p.u.s. Nov.91)

eine gemischte Antifa-Gruppe

Radikale demolieren Zeitungs-Redaktion

Etwa ein Dutzend Vermummte – offenbar aus der autonomen Szene – hat gestern mittag die Redaktion der „Norddeutschen Neuesten Nachrichten" in Rostock überfallen. Die Unbekannten versprühten in den Redaktionsräumen Schaum aus Feuerlöschern, rissen Bilder von den Wänden, schütteten Müllsäcke aus, zerstörten Computer und weitere Kommunikationstechnik.

In einem zurückgelassenen Schreiben wurde als Motiv für den Überfall die „zynische" Berichterstattung über die Krawalle in Lichtenhagen genannt. Nach zehn Minuten verschwanden die Attentäter wieder, Personen kamen bei dem Überfall nicht zu Schaden.

Rechts STAAT

friedlich in die katastrophe - eine ungenaue analyse der rostock-demo

wir schreiben hier - ohne viel abstand - zu unseren erfahrungen mit der rostock-demo. wir sind wütend. wütend auf demoleitung, wütend auch auf die vielen genossInnen, die sich wie die schafe durch diese plattenbausiedlung haben führen lassen. wir betrachten den friedlichen verlauf dieser demo keinesfalls als erfolg, sondern als deeskalation am denkbar falschesten ort und zum denkbar falschesten zeitpunkt. das ging mit dem warten auf hamburger genossInen los: statt, wie vorgeschlagen, durch die besetzung von kreuzungen und der eisenbahnlinie druck auf die bullen, die die kontrollen durchziehen wollten, auszuüben, wird zunächst beschlossen, geduldig zu warten und dann geht's doch ohne die hamburgerInnen los.

zwischenzeitlich vernehmen wir unbehaglich die kundgebungsbeiträge: da wird zu den lichtenhagenerInnen gesprochen, sie sollten jetzt, da die flüchtlinge weg sind, sich einmal umsehen, ob ihre probleme damit erledigt wären: arbeitslosigkeit und soziale probleme wären jetzt immer noch da usw. die richtung des kampfes wird vorgeschlagen, wie gehabt: brennt denen in bonn ihre hütten nieder, nicht denen, die noch unter euch stehen. wieso wird dieser unsinn perpetuiert. es ist doch längst klar, daß, falls dieser mob sich zur attacke auf bonn entschließt, er dies in einem "marsch auf bonn" inszeniert und es gewiß nicht unter den fittichen linksradikaler theorie und praxis tut, sondern allemal als ausdruck destruktiver unzufriedenheit und in allianz mit den faschistischen schlägern und dem schönhuber-clan daherkommen wird.

es geht nicht mehr um überzeugung, es geht auch nicht um die paar gerechten, die in lichtenhagen wohnen mögen und aus angst und ohnmacht die jalousien runtergelassen haben, als flüchtlinge beinahe verbrannt wurden (und sie haben, darauf ist zu wetten, den fernseher eingeschaltet um das grauen - medial aufbereitet - dennoch zu konsumieren). es geht um den trennungsstrich. der bruchteil von antirassistischen lichtenhagenerInnen hat gefälligst von sich aus diesen strich zu überschreiten. das ist zumindest zu verlangen und die blöde anbiederei durch eine linke, die mit der stärksten antifaschistischen demonstration seit jahren nichts anderes weiß als weinerlich eine "politische", d.h. keinesfalls militante, ausdrucksform zu finden, ist alles andere als vertrauensbildend gegenüber jenen flüchtlingen, denen wortreich die solidarität versprochen wird.

lichtenhagen hätte nicht "brennen" sollen. nicht die wohnungen der bürger, nicht ihre autos. aber zumindest jener kiosk "happi, happi bei appi", der ja nichts anderes war, als die logistische basis des mobs, dem bekanntlich das bier und der schnaps als ideologische mobilisierung und reproduktion genügen, wäre lohnendes angriffsobjekt gewesen. zumindest der niedergang des "spar"-marktes hätte der lebensqualität der lichtenhagenerInnen doch etwas genommen und somit den ausgleich geschaffen für die steigerung des lebensgefühles nach dem vertreiben der flüchtlinge. stattdessen ein artiges ende, ein gerührtes "dankeschön" wg. friedfertigkeit und in den nächsten nachrichten die forderung der politikerInnen nach einem sondereinsatzkommando gegen linken (und rechten) straßenterror. zumindest hätten wir diese forderung, die sicher schon seit wochen sendefähig in den schreibtischen lag, begründen können.

rostock ist eine niederlage, ein versäumnis und der effekt, den eine militante demo auf die faschos und auf potentiellen mob hätte haben können, ist zumindest zu bedenken und nicht als rechnung, die nicht aufgeht, zu diskreditieren. das insistieren der demoleitung auf die gewaltfreiheit war eine phänomenale selbstentwaffnung, die als konsequenz auch die letztendliche ermunterung der faschistischen banden haben kann. sie haben ja die bullen nach rostock erst mal nicht mehr zu fürchten. da wäre noch die antifa geblieben. die aber hat sich selbst ihre zähne gezogen. und sage jetzt niemand: die bullen hätten uns niedergemacht. wenn überhaupt irgendwo in den letzten monaten und jahren dann in rostock-lichtenhagen hätten sie den kürzeren gezogen und das wußten sowohl die bullen als auch alle, die diese demo gesehen haben.

welche gründe brauchen wir eigentlich noch, um militanz wiederzuentdecken? der angriff in rostock ist nur noch steigerbar im wirklichen verbrennen von flüchtlingen. wie werden wir dann reagieren? mit friedlichen sit-ins auf hauptverkehrsstraßen, mit flugblättern, die "wut & trauer" bekunden? und werden wir dann wieder das gute alte repressionslied anstimmen, das auch die festnahme von 80 autonomen am wochenanfang begleitete, die nach rostock zur friedlichen demo gekommen waren und dann stundenlang bei wasser und brot gehalten wurden und ihrer bürgerlichen rechte verlustig gingen, worüber lauter gejammert wurde als über den brandanschlag der faschos auf die vietnamesInnen? wir sind keine leute, die schnell mit dem baseballschläger zur hand sind, wir haben angst und gehen auch lieber sprayen als "kämpfen". aber es gibt schließlich grenzen: die angriffe in rostock war so eine grenze. auf uns selbst zurück fällt also die in rostock gerufene parole: "wenn flüchtlingsheime brennen und hier sich nichts bewegt, dann ist das faschistische kontinuität!"

ein antifaschistischer zusammenhang aus berlin

Aufeinander zugehen ...

In dem Pogrom vor dem brennenden Flüchtlingswohnheim in Rostock-Lichtenhagen haben Rassisten und Nazis eine schwarze Messe gefeiert. Die sofort einsetzenden Reaktionen kreisten um Begriffe wie Polizeiversagen, neofaschistische Offensive, soziale Probleme und "Asylmißbrauch". Wo derart vielseitige und vielschichtige Diskurse möglich sind, steht zu vermuten, daß ein Symbol gestiftet worden ist: Ein Symbol schreibt sich in die gesellschaftliche Wirklichkeit ein und wirkt mit einer derartigen Stärke, die weder sofort vergessen, noch überboten werden kann.
Ein Symbol zeichnet sich dadurch aus, daß es verschiedene Anschlüsse besitzt. Angesichts dieser Lage sollte überlegt werden, wie die Geschehnisse gedeutet werden

Mit dem kalten Blick...

Die Bilder von Rostock sind von so einer assoziativen Kraft, daß sie Erinnerungen an die Reichskristallnacht wecken, Faschismusfurcht transportieren und den Bürgerkrieg näherrücken. Doch wir leben weder in der Weimarer Republik noch werden wir in absehbarer Zeit eine nationalsozialistische Regierung haben. Die historische Situation ist vorbildlos.
Ein Teil der Bevölkerung dieses auf unabsehbare Zeit für die perspektivlose Elendsverwaltung vorgesehenen Bezirkes hat sich durch die Explosion des Rassismus für fast zwei Wochen aus der Randlage in das Zentrum der Aufmerksamkeit dieser Gesellschaft katapultiert. Da wo sonst Leere und Langeweile grassierten, wurden staatlicherseits für Nazis und Rassisten Bullen tagelang als Schießbudenfiguren aufgestellt; eine von oben unterstützte Dynamisierung rassistischer Reflexe, um die Bevölkerung dazu zu animieren in ihnen fremd gewordenen Verhältnissen auf Menschenjagd zu gehen.
In dem von oben mit abstrakten Zahlenkolonnen inzenierten Diskurs über das "Ausländerproblem" wird zwischenzeitlich seitens des bürgerlichen Rechtstaates nicht nur das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit im öffentlichen Raum für die am meisten Beherrschten außer Kraft gesetzt. In ihm können auch tatsächliche Opfer des deutschen Einigungsprozesses ihren faktischen sozialen Ausschluß von den produzierten Reichtümern dieser Gesellschaft für Momente in Formen rebellierender Selbstunterwerfung rückgängig machen. Der ihnen gegenüber zwischenzeitlich erhobene Vorwurf der "Schande" (Kohl oder BILD-Zeitung) ist nur eine andere Umschreibung dafür, sie erneut in das imaginäre Kollektiv einer deutschen Volksgemeinschaft einzugemeinden. Denn "Schande" kann nur machen, wem bestätigt wird, daß er zur "Familie" gehört.
Zugleich stehen die Bilder von Rostock-Lichtenhagen aber auch als Symbol für das Scheitern des deutschen Einigungsprozesses.
Der große Erfolg, der von Kohl auf der Klaviatur des nationalen Diskurses von deutscher Gemeinschaft und Gemeinsamkeit durchgepowerten Eingung der Deutschländer wird nun von den Geistern die er rief, aufgefressen. Die Pogrome von Rostock machen die Tiefe des Bruches deutlich: Der beschworenen und gewollten Gemeinsamkeit der Deutschen entspricht keine Realität: es mangelt an "nationaler Solidarität" und schlimmer noch; das Nationale motiviert nicht zur Gestaltung der Gesellschaft, setzt keine produktiven Motivationen frei, ganz im Gegenteil: Die Destruktivkräfte werden mobilisiert, schwarze Messen werden gefeiert, gerade um dem Nationalen seine vitalen Kräfte zurückzugewinnen. Kohl und die politische Klasse haben sich in eine zwischenzeitlich paradoxe Situation hineinmanövriert: Je stärker die deutsche Einheit beschworen wird, je mehr auf Gemeinschaft und Gemeinsamkeit gesetzt wird, umso mehr werden Spaltung und Polarisierung in der Republik sichtbar.
Hinter den rassistischen Verhaltensweisen drückt sich gleichsam hinter dem Rücken der Subjekte ein Unbehagen an den eigenen Lebens- und Arbeits-(losigkeits)-verhältnissen aus.
Alle sozialen Normen, Wertvorstellungen und gesellschaftlichen Regulative, die sich in zwei Generationen in der alten DDR herausgebildet haben, wurden mit der deutschen Einheit schlagartig entwertet. Damit hat sich eine Situation ergeben, die der klassischen europäischen Kolonialisierung des 19. Jahrhunderts nicht unähnlich ist, mit dem Unterscheid, daß es eine unterschwellige, also geglaubte Gemeinsamkeit des Deutschseins gibt. Real war aber in den letzten drei Jahren zu sehen, daß die gesamte politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Elite der alten DDR durch die zweite Reihe der BRD-Elite ersetzt wurde. Die kleineren Kollektive der volkseigenen Wirtschaftsorganisationen wurden von den BRD-Konzernen in einem rasanten Modernisierungsprozess niederkonkurriert, womit eine dem BRD-Mittelstand vergleichbare Zwischenschicht liquidiert wurde. Mit bundesdeutschen Kapital wurden halbwegs konkurrenzfähige Firmen entweder für eine Mark gekauft oder mittels der Treuhand zu Gunsten der Westfirmen liquidert, die nur noch ihre Kapatzitäten hochzufahren brauchten: Das beste Geschäft für die BRD-Kapitalisten seit dem Wirtschaftswunder in den 50er Jahren. Das in manchen Orten der Ex-DDR fast der Hälfte der EinwohnerInen durch die wieder aufgetauchten West-Besitzer der Rausschmiß aus den Häusern droht, die sie glaubten redlich erworben zu haben, rundet das ganze dann nur noch ab.
Die Menschen in der Ex-DDR beginnen zwischenzeitlich zu ahnen, daß sich die von Kohl und dam Kapital erweckten Illusionen eines blühenden Kapitalismus auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht erfüllen werden. Mittlerweile existiert für sie die immer drängendere Notwendigkeit, das in dieser, für weite Regionen in der Ex-DDR zwischenzeitlich aussichtslosen Situation des ökonomischen Zusammenbruchs etwas passieren muß. Der Widerspruch zwischen den vom Kapitalismus geweckten und zugleich verweigerten Ansprüchen und der deprimierenden Realität schafft bei den Subjekten auf dem Gebiet der Ex-DDR eine Dynamik, die zur Entladung drängt und es beispielsweise auch in den Pogromen in seiner barbarischen Variante tut.

Was tun in der BRD-DDR ? Vorher und Mittendrin!

Es reicht nicht mehr aus das Zusammenspiel von staatlichen Institutionen durch Zuwarten und der Faschisten durch das Hineinstoßen in das machtpolitisch gelassene Loch zu "entlarven", um so mehr oder weniger die "Verschwörung" zu konstatieren mit der in Rostock die Pogrome inszeniert wurden. Selbstverständlich existiert in diesem Land diese Tradition, für die in der alten BRD Strauß stand. Dennoch sollte gesehen werden, daß die Situation von oben nicht mehr vollständig kontrolliert wird, daß es einen dynamischen politischen Prozeß gibt, in dem die Rechte aktuell zwar die Hegemonie besitzt, jedoch weder die Kraft noch die Konzepte hat, um diesen Prozeß durchzustehen. In Rostock-Lichtenhagen ist auch sichtbar geworden, daß die staatlichen Institutionen gerade nicht mehr über die Allmacht verfügen, die in sie hineinphantasiert wird.
Deshalb stellt sich für uns die Frage wie wir in diese Dynamik hineinkommen, um sie gegen die Verhältnisse umzudrehen.
Noch in der alten BRD waren wir als Linksradikale mit einer Situation konfrontiert, die durch starke staatliche Institutionen und eine weitgehend passive konsumorientierte Bevökerung gekennzeichnet war. In der Folge konnten wir uns wesentlich daran orientieren durch bisweilen militante Aktionen die satte und funktionierende Statik der BRD zu erschüttern. Die Distanz zur Bevölkerung war immer schon gesetzt, die Binnenwirkung von Demonstrationen war wichtig und der Scherbeneffekt nach außen. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stehen wir aber vor einer komplett veränderten Situation: Keine satte Bevölkerung, keine funktionierenden Institutionen. Teile der Bevölkerung kommen auf die Straße, hören und sehen auch auf unsere Demonstrationen, oft wird die direkte Kommunikation gesucht.(so z.B. bei dem mehrstündigen Halt des Nordkonvois in Bad Doberan) Die Bedingungen waren noch niemals so günstig dafür direkt auf die Leute zuzugehen und mit ihnen zu reden: Wir können ihnen unsere Vorschläge machen und hören, was die Leute dazu zu sagen haben. Und wir können eine Reihe von politischen Erfahrungen aus der alten BRD mitteilen: Die Bedingungen für den Erfolg von Haus- und Instandbesetzungen; die Wirksamkeit, die direkte Aktionen haben können, Vorschläge wie man/frau Wohngenossenschaften und kleine funktionierende Kollektive gründet. Wir können ihnen sagen, wo die Fallen sind, in die man dabei nicht gehen sollte. Wir haben Vorschläge zur Dezentralisierung der Wirtschaft und politischer Macht; Vorschläge, die Wut gegen die zu richten, die dafür verantwortlich sind. Wir können ihnen sagen, daß wir wissen, daß wir grenzenlos viele sind auf dieser Welt und das wir unterschiedlich leben wollen; daß wir um die Macht und Magie der sozialen Autonomie wissen, die eigenständig ist und sich in Netzwerken mit anderen assoziert. Und wir wissen um die Leidenschaften der Menschen, die Lust am Leben erzeugt. Das können wir geltend machen, wenn wir zugleich sehen wieviel Angst und Destruktion der derzeitige soziale Enteignungsprozeß bei den Menschen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR auslöst und sie sich deshalb nach alten Sicherheiten sehnen, die nie wieder kommen werden.

Zum Schluß noch zwei Vorschläge...

1. Wir müssen raus aus der Gegenidentifikation zu dem von oben betriebenen spaltenden Rassimsusdiskurs. Bezogen auf unser Verhältnis zu weiten Teilen der DDR-Bevölkerung macht er unsere Distanzen zum Gegenstand sich festschreibender Konfliktlinien. Was soll für die Einwohner nicht nur von Rostock-Lichtenhagen nach dem: "Schämt euch, schämt euch!" passieren ? Bedenken wir, das es sich bei dem Rassismus um ein Phänomen handelt, daß auch seine erklärten Gegner in seinen Bann ziehen kann. Pflanzen wir gegen die unendlich komplizierten Verstrickungen des Anti-

HELFT DEM JAZ IN ROSTOCK

Für viele hat sich "Rostock" mit der Demo am Sonnabend erst einmal erledigt.Nachdem die Faschisten für knapp eine Woche alles in Atem hielten, sind nun die antifaschistischen BündnispartnerInnen in ihre Städte zurückgekehrt. Die RostockerInnen sind wieder alleine. Es ist fragwürdig inwieweit unsere Demonstration in den Köpfen der BürgerInnen wirklich etwas bewegt hat, denn bereits am Sonntagmorgen erhielten die Haushalte in Lichtenhagen Postwurfsendungen mit Parolen wie "Deutschland den Deutschen" und "Rostock bleibt ausländerfeindlich". Unterschrieben war das Ganze von einem Aktionsbündnis für ein ausländerfreies Rostock.

Für alle,die sich über die Demo hinaus mit der faschistischen Problematik beschäftigen wollten,galt vorige Woche das Jugendalternativzentrum JAZ als Anlaufpunkt. Neben den ca. 8 besetzten Häusern, ist das JAZ einer der wenigen Treffpunkte für überwiegend Jugendliche, die aktiv antifaschistische Arbeit machen.Dabei werden sie aber kaum unterstützt. Die Idee des JAZ gibt es schon länger, sie scheiterte aber immer wieder an Raumproblemen. Vor einem Jahr erhielten die Projekte Frauenhaus, Frauentechnikzentrum und JAZ einen ehemaligen Kindergarten zur Nutzung. Im JAZ selbst gibt es verschiedene Gruppen wie Totalverweigerer, Behindertentheater, Cafe ,Vokü (jeden Tag) u.s.w. Die Arbeit des JAZ läuft über ABM's, [illegible] und privates Engagement.

In der letzten Woche ging der Ansturm über die Kapazitäten des JAZ hinaus. So mußten die Klos mehrmals ausgepumpt werden, und es stehen Telefonrechnungen an, die nicht bezahlt werden können. Es wäre deshalb super wenn ihr euch knetemäßig solidarisieren könntet.Außerdem sollen auch weiter Leute nach Rostock fahren, da noch genug Faschos in der Stadt sind , besonders Kids ,die jetzt Auftrieb bekommen haben.

JAZ e.V.
Bankleitzahl 200 300 00
Kontonummer 19515833
West- und Vereinsbank Rostock

Solidarität heißt Widerstand

Rassismusdiskurses die richtigen Fragen in die Köpfe der Leute. Machen wir in den notwendigen Konfrontationen gegen Rassisten/Faschisten klar, daß auch wenn der letzte Mensch mit nicht deutschen Paß aus dem Bezirk vertrieben worden ist, danach niemand in besseren Wohnungen leben, eine sinnerfüllende Arbeit verrichten oder gar neue soziale Beziehungen leben wird.
Wenn es stimmt, daß die die Köpfe vieler Leute in der EX-DDR, trotz rassistischer Reflexe, - die vermutlich dem Niveau entsprechen, was jeder von uns mit sich herumschleppt, wenn man einmal bewußte Szene-Sprachregelungen vergißt - offen und neugierig sind, dann liegt es auch an uns einen Prozeß einzuleiten, in dem - trotz der unterschiedlichen Erfahrungen in zwei verschiedenen Gesellschaftssystemen - darüber diskutiert wird, wie`s gemeinsam weitergehen kann. Denn so wie`s gerade von oben läuft, bleibt es nicht. Das hat Rostock unmißverständlich klar gemacht. Daraus kann doch für uns nur folgen: Auf die von unten um uns herum zu- und auf die von oben losgehen.
2. Bringen wir gemeinsam mit anderen die Einheitsfeier in Schwerin am 3. Oktober zum Absturz. Allerorten ist in der Ex-DDR erfahrbar, daß keine "Einheit" existiert: Nicht zwischen Ost und West und zwischen oben und unten schon gar nicht.
Es war deutlich zu spüren daß wir mit unserer Demonstration in dem weitgehend "ausländerfrei" gemachten Bezirk Rostock-Lichtenhagen eine Woche zu spät gekommen sind. Damit war der insgesamt defensive Grundton dieser Demo unvermeidbar. Sie konnte in diesem Bezirk in dieser Situation wenig mehr sein, als eine notwendige Erinnerung an die Humanität. Angesichts der aktuell barbarischen Situation ist es jedoch mehr als notwendig zum politischen Angriff zu kommen: Am 3. Oktober werden wir in Schwerin die Möglichkeit besitzen, die Richtigen zu treffen. Setzen wir gegen das Symbol des brennenden Flüchtlingswohnheims in Rostock-Lichtenhagen eine geflutete Bonzenfeier in Schwerin !

Soziale Selbstorganisation und Massenautonomie gegen Ko(h)lonialisierung und Barbarei !

Max und Moritz

---

presseerklärung:

keine gnade für faschistInnen !

am 19.8.1992 kam es in eberswalde während und nach einer kundgebung und demonstration unter dem motto 'rassismus tötet' zu militanten antifaschistischen aktionen.
erkannte faschisten wurden verprügelt und/oder deren autos beschädigt. die bullen nahmen dies zum anlaß massiv gegen antifaschist/inn/en vorzugehen - wogegen wir uns wehrten.
(die gleichen bullen übrigens, die beim mord an amadeu zusahen und nicht eingriffen!)

die medien versuchen nun "die zwei gesichter des antifaschistischen protests" (tagesspiegel)gegeneinander auszuspielen, indem sie uns auf die stufe der nazis - die wahllos terror gegen ausländer/innen, lesben, schwule, linke verbreiten - stellen:
" sie (autonome antifaschist/inn/en) sind kein deut besser als die rechtsradikalen schlägertrupps" (berliner zeitung).das ist das bild, welches der staat und die medien brauchen um sich in die"demokratische" mitte zu stellen, die es von links und rechts zu schützen gilt.
das der staat kein interesse an der bekämpfung des faschismus bzw. am schutz von flüchtlingen hat, ist für jede/n offensichtlich: waren es doch die parteien die die sogenannte "asyldebatte" mit kräftiger unterstützung der medien lancierten.seit mehr als zwei jahren reden sie nicht mehr von menschen die hierher fliehen sondern nur noch von "massen", "schwämmen", "betrügern" etc. die"uns"etwas wegnehmen, die konsequenz ist klar: "ausländer raus".
der staat und die medien tragen dann auch einen großen teil der verantwortung für die mehr als zwanzig morde in den letzten beiden jahren.
(so wie zuletzt am 7.juli 92 in der nähe von stuttgart, als der jugoslawische arbeiter sadri berisha von skinheads erschlagen wurde).

unser antifaschistischer kampf läßt sich deshalb auch nicht aufspalten in friedlich-militant, -er gehört zusammen!

"gegen die verschiedenen bestandteile und erscheinungsformen von faschistischen tendenzen in der gesellschaft, wie stimmungen in der bevölkerung, rechte parteien, neonazis, verfilzungen von faschistischen strukturen mit dem staatsapperat, faschistoides umfeld, rechte subkultur, schlägerbanden u.s.w. gibts, wenn wir uns die eigene geschichte und die erfahrungen in aller welt und unter den unterschiedlichsten bedingungen ansehen, eine gemeinsame erfahrung (...):
reiner verteidigungskampf und selbstschutz ist zu wenig.
(...), gegen faschismus und faschistoide tendenzen muß eine offensive politik der demoralisierung und wenn möglich politischen isolierung betrieben werden, die ein militantes vorgehen gegen organisierte neonazis und auch rechte schlägerbanden miteinschließt und auf keinem fall im widerspruch dazu steht."(radikal nr.144)
in diesem sinne:

hört auf zu jammern, es hat doch gerade erst angefangen!

einige autonome antifaschist/inn/en

p.s.:wir grüßen das'kommando böse friedhofsgeister' aufs schärfste!

Unvollständige Chronik
der rassistischen und faschistischen Morde in Deutschland :

17.11.1989 Göttingen: Nach einer Antifaschistischen Aktion wird **Conny Wissmann** von der Polizei in den Tod getrieben.

7. 1.1990 Berlin: **Mahmud Azhar** wird von einem rassistischen Deutschen niedergeschlagen.Er stirbt am 6. 3.1990.

Nov.1990 Eberswalde: Der Angolaner **Antonio Amadeo** wird von Nazis erschlagen.

17.11.1990 In Kempten (Allgäu) stirbt ein türkischer Mann nach einen Brandan - schlag.

17.11.1990 Berlin: Ein Äthiopier wird erstochen aufgefunden.

28.12.1990 Hachenburg(Westerwald): Der 17jährige **Nihael Yusufoglu** wird von einem Skinhead erstochen.

1. 1.1991 Rosdorf b. Göttingen: **Alexander Selchow** wird von zwei Neonazis erstochen.

23. 2.1991 Sachsen: Ein afghanischer Mann stirbt nach einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim wegen nicht erhaltener medizinischer Hilfe.

31. 3.1991 Dresden: Der mosambiquanische Arbeiter **Jorge Gomondai** wird in einer Straßenbahn zusammengeschlagen und aus der fahrenden Bahn geworfen. ER stirbt kurz darauf.

8. 5.1991 Gifhorn: Der 23jährige **Mathias Knabe** wird von zwanzig Skinheads angegriffen und vor ein fahrendes Auto gehetzt. Am 4. 3.1992 erliegt er seinen Verletzungen.

1. 6.1991 Leipzig:Ein 43jähriger Mann wird von Skinheads aus der fahrenden Straßenbahn geworfen.Der Mann stirbt an seinen Verletzungen.

4. 6.1991 Käsdorf (Niedersachsen): **Helmut Lega** wird von zwei Neonazis angegriffen und erstochen.

15. 6.1991 Friedrichshafen: Ein 34jähriger Angolaner wird von einem 'DVU -Anhänger' erstochen.

19. 9.1991 Saarlouis: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim stirbt **Samuel Yeboah** aus Ghana.

12.11.1991 Berlin: Nach einer Schlägerei mit rassistischen Deutschen stirbt der 19jährige **Mete Eksi**.

3.12.1991 Hohenselchow (Mecklenburg - Vorpommern):Ein 30jähriger Mann wird von Neonazis erschlagen.

5. 1.1992 Augsburg: Ein Nigerianer stirbt nach einer Auseinandersetzung vor einer Dikothek.

17. 3.1992 Rostock: Ein 19jähriger Mann aus Rumänien wird von 25 rassistischen Deutschen in einem Flüchtlingsheim bei Rostock erschlagen.

19. 3.1992 Flensburg: Ein 31jähriger obdachloser Mann wird von einem Skinhead zusammengeschlagen und in ein Hafenbecken geworfen.Dort ertrinkt der Mann.

26. 3.1992 Buxtehude: Zwei Skinheads erschlagen einen 53jährigen Mann.

24. 4.1992 Berlin: In Marzahn wird der Vietnamese **Nguyen Van Tu** auf offener Straße von einem Skinhead erstochen. Die zahlreich herumstehenden Deutschen sehen dabei tatenlos zu.

10. 5.1992 Magdeburg:60 Neonazis überfallen ein Gartenlokal. Der 23jährige **Thorsten L.** stirbt zwei Tage später an seinen schweren Verletzungen.

7. 7.1992 Kemnat- Ostfildern (b. Stuttgart): Sieben Skinheads erschlagen den jugoslawischen Arbeiter **Sadri Berisha** in einem Bauarbeiterwohnheim.

Dieses Flugblatt wurde von uns als Bürgerflugi für die Demo in Rostock geschrieben. Wir fordern zur Nachahmung und/oder Kritik auf!

Die Zeit der Entschuldigungen ist vorbei!

Stoppt die Pogrome!

Hier in Rostock-Lichtenhagen haben in dieser Woche mehrere hundert Leute die "Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber"(ZAST) und das danebenliegende Wohnheim für vietnamesische VertragsarbeiterInnen angegriffen. Dabei wurde der Tod von Flüchtlingen und ImmigrantInnen zumindest in Kauf genommen, wenn nicht sogar gewollt. Die Angreifer waren zum Teil organisierte Faschisten, aus verschiedenen Städten angereist und angeleitet von ihren Führern wie Christian Worch aus Hamburg. Der andere Teil waren "Kinder dieser Stadt", wie stolze Eltern der Presse mitteilten. Darum herum standen tausende von "ordentlichen" BürgerInnen, die die rassistischen und faschistischen Angreifer bejubelten und unterstützten. Die Polizei wollte anscheinend nicht ernsthaft eingreifen, sondern setzte Teile ihrer Kräfte dafür ein, AntifaschistInnen festzunehmen, die die bedrohten BewohnerInnen der angegriffenen Häuser unterstützen wollten. Obwohl die Angriffe auf die ZAST angekündigt worden waren, wurden die Sicherheitskräfte angeblich davon überrascht, daß sie stattfanden. Die PolitikerInnen fast aller Parteien verurteilten zwar nach der Vertreibung der Flüchtlinge und ImmigrantInnen die Anwendung von Gewalt, äußerten aber ihr Verständnis für den "Ausbruch" der Gewalt angesichts des "unkontrollierten Zustroms" von Flüchtlingen. Das überrascht nicht, denn die herrschende Politik macht Flüchtlinge und ImmigrantInnen wider besseren Wissens seit Jahren zu den Sündenböcken für die Probleme dieser Gesellschaft. Das entschuldigt aber nicht die Täter und GafferInnen des Pogroms der letzten Woche.

ES DARF KEIN VERSTÄNDNIS UND KEINE ENTSCHULDIGUNGEN FÜR RASSISTISCHE UND FASCHISTISCHE ANGRIFFE GEBEN!

Es gibt keine Legitimation dafür, Flüchtlinge und ImmigrantInnen von hier oder anderswo zu vertreiben. Diese Menschen haben ihre Heimat nicht freiwillig verlassen, sondern sind vor Krieg, Bürgerkrieg, politischer Verfolgung, Armut oder Not(großenteils von der Bundesrepublik mitverursacht!) geflohen. DAS IST IHR GUTES RECHT! Die Leute, die sich von den Flüchtlingen und ImmigrantInnen so gestört fühlen, weil diese ihnen angeblich die Wohnungen und Arbeitsplätze wegnehmen, haben allesamt ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen. WER DAFÜR SORGT, DAß FLÜCHTLINGE UND IMMIGRANTINNEN NICHT MEHR HIERHER KOMMEN DÜRFEN, SORGT AUCH DAFÜR, DAß SIE WOANDERS GETÖTET WERDEN ODER VERHUNGERN - was mit abgeschobenen Flüchtlingen passiert, wird nicht im Fernsehen gezeigt.

Was in Rostock-Lichtenhagen und früher bereits in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und anderen Orten in West- und Ostdeutschland geschehen ist, ist das Ergebnis von Rassismus, von dumpfem Haß gegen Unschuldige und von dem politischen Kalkül, die Betroffenen von sozialen und ökonomischen Problemen gegeneinander auszuspielen. Dabei weiß jeder Mensch, daß es im Grunde genommen kein Problem sein müßte, wenn in Lichtenhagen 300 Flüchtlinge leben. Das Problem wird geschaffen - nicht von den Flüchtlingen, sondern von den Behörden: Die Flüchtlinge werden von den Behörden gezwungen, in oder gar vor der "Zentralen Aufnahmestelle" zu leben und dort abzuwarten, welcher Aufenthaltsort ihnen zugewiesen wird. Es ist eine menschenunwürdige Situation, wie in Lichtenhagen vor verschlossenen Türen zu stehen, draußen campieren zu müssen, die Toiletten nicht benutzen zu dürfen und in die Büsche scheißen zu müssen. Aber warum wurde den Opfern dieser Verhältnisse, den Flüchtlingen, nicht geholfen, erträglichere Lebensbedingungen zu schaffen? Statt dessen wurden sie angegriffen. Aber jeder Mensch weiß, daß keines der in den neuen Bundesländern existierenden sozialen und ökonomischen Probleme gelöst sein wird, wenn die hier lebenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen vertrieben werden, weil sie für das Entstehen dieser Probleme nicht verantwortlich sind.

WER WIRKLICH ETWAS VERÄNDERN WILL, SOLLTE SICH IN GRUPPEN ORGANISIEREN UND GEGEN DIE MIßSTÄNDE UND DIE FÜR DIE MIßSTÄNDE VERANTWORTLICHEN VORGEHEN - AM BESTEN GEMEINSAM MIT FLÜCHTLINGEN UND IMMIGRANTINNEN!

Es hilft nichts, gegen Sündenböcke vorzugehen. Jede und jeder weiß, wer die Verantwortlichen für die sozialen Mißstände sind: die großen Unternehmen, die Treuhand, die Hausbesitzer, die PolitikerInnen. Es ist nicht einfach, sich erfolgreich zu wehren, aber es gibt viele Möglichkeiten, etwas für wirkliche Veränderungen zu tun:
- Gegen Wohnungsnot und zu hohe Mieten gab und gibt es Hausbesetzungen und Mietstreiks. Die Wohnungsnot kann nur durch die Enteignung der Hausbesitzer beseitigt werden.
- Gegen Betriebsstillegungen kann mensch versuchen, durch Selbstorganisation, Streik und Betriebsbesetzungen den Betrieb selbst in die Hand zu nehmen.
- Im Kapitalismus wird es immer viele Arbeitslose geben, ob nun viele ImmigrantInnen und Flüchtlinge unter uns leben oder nicht. Deshalb ist es nötig, gegen den Arbeitszwang und für bessere soziale Sicherung der Arbeitslosen zu kämpfen.

DIE ZEIT DER ENTSCHULDIGUNGEN IST VORBEI!

Die sozialen und ökonomischen Probleme der in Rostock-Lichtenhagen und anderswo lebenden Menschen rechtfertigen in keiner Weise, gegen Menschen, die "unerwünschten" Minderheiten angehören, vorzugehen. Wer Beifall klatscht, dabei steht oder auch nur wegschaut, macht sich mitschuldig an der Ausbreitung eines politischen Klimas, das von Rassismus, Gewalt und Dummheit bestimmt wird, und in dem Faschisten die Leitung von Pogromen in die Hand nehmen können. Sich darauf zu berufen, als ehemaliger DDR-Bürger oder ehemalige DDR-Bürgerin besonderen Problemen ausgesetzt zu sein, ist ebenfalls keine Entschuldigung dafür, rassistischen Pogromen auch nur zuzusehen.

JEDE UND JEDER MUß SICH ENTSCHEIDEN, AUF WELCHER SEITE SIE ODER ER STEHEN WILL - AUF DER DER FASCHISTEN, RASSISTEN, DER OFFIZIELLEN POLITIK UND DES BRUTALEN NATIONALISMUS, ODER AUF DER SEITE DERER, DIE SICH ZU MENSCHEN WIE MENSCHEN VERHALTEN. DAZWISCHEN GIBT ES NICHTS.

Stoppt die rassistischen Pogrome!

Schließt Euch zusammen gegen Rassismus und Faschismus!

Solidarität mit den Flüchtlingen!

Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!

ANTIRASSISTISCHE GRUPPEN

DIE GARDINEN VON ROSTOCK

Dieser Text beschreibt unsere Situation im Knast in Rostock.

Die Festnahmesituation: 3 Autos mit AntifaschistInnen unterschiedlicher Herkunft aus Berlin und Umgebung befand sich in der Nacht von Dienstag/Mittwoch auf dem Nachhauseweg nach Berlin. Unsere Aufgabe, ausländische Menschen in den Rostocker Betongehettos Lichtenhagen, Lüttenklein und Schmarl vor Rassisten zu schützen sahen wir für die Nacht als erfüllt an, da es ruhig war. Auf dem Rostocker Südring war die Straße blockiert für uns, unklar von wem, da alles dunkel war. Wir wendeten, sahen aber, daß Bullen unsere Verfolgung aufnahmen. Wir fuhren sofort an den Straßenrand, da auch vor uns plötzlich Bullenfahrzeuge auftauchten. Die Bullen, ein SEK aus Güstrow gingen gegen unsere Gruppe brutal vor. Alle bekamen brutale Plastikfesseln, die Autos wurden durchsucht, wobei einige unbedeutende Gegenstände (Gas, Knüppel usw.) sichergestellt wurden. Kurze Zeit später wurde noch ein Auto mit Hamburger AntifaschistInnen in der selben Sperre hochgenommen. Eine Frau wurde brutal mißhandelt und schwer im Gesicht verletzt. Ein neuer, anthrazitfarbener Scirocco mit Hamburger Faschisten folgte kurz darauf. In ihm wurden unter anderem Mollies entdeckt. Der Chef des Faschogrüppchen hieß Marcus Nesemann, ca 25 Jahre alt, ist ca 1.85 groß sehr kräftig, trug eine helle Jeans, eine schwarze, teure, kurze Lederjacke, hatte kurze Haare und eine Baseballmütze mit San Francisco Giants- Aufdruck. Haare: sehr Kurz, vorne etwas länger, dunkelblond/braun, eine große Narbe auf dem Schädel und eine sehr auffällige unregelmäßige Narbe links im Gesicht vor allem neben dem Auge zur Backe runterziehend. Wir vemuten, daß es organisierte Faschisten waren. Liebe HamburgerInnen, es gibt Augenzeugen aus dem Heim, die Nesemann in der ersten Reihe beim ersten Angriff aufs Wohnheim bereits am Samstag sicher identifiziert haben. Dazu kam ein kleiner dicker Blonder, blond, sonst gleiches Design mit SF 49ers Kappe und ein blonder kleiner, schwächlich wirkender, (auffällig waren Rötungen der Haut rund um den Mund wie bei einer Hautkrankheit), eher unauffälig gekleideter Typ.
Danach wurden wir in die Gefangenensammelstelle(GESA) in der Ulmenstraße gebracht, zunächst in ein abgewracktes Gebäude, ehemaliger Kuhstall, später Waffenkammer. Die Zellen waren offen, die Handfesseln wurden uns, als die Hände blau genug waren abgenommen. Ein paar Antifaschisten aus Rostock kamen noch zu uns, so daß wir rund 20 waren. Faschisten kamen reichlich in der Nacht, insgesamt ca 35 aus unterschiedlichen Städten. (Rostock, Hamburg, Frankfurt Oder, Eberswalde, Düsseldorf ...) Bei den Meisten wurden schwere Waffen, z.B. ein ganzer Sack voll nagelneuer Baseballschläger beschlagnahmt. Am nächsten Morgen kamen wir alle in die alte Turnhalle um die Ecke.

Zu den Haftbedingungen: In den 48 Stunden erhielten wir 3 mal täglich eine alte, trockene Schrippe+ 1 Dose Cola. das Leitungswasser war so stark gechlort, daß es ungenießbar war. Sanitäre Anlagen bis auf ein Klo gab es keine. Hofgang gab es keinen. Frischluftzufuhr gab es nur übers Klo. Das Fenster wurde dann auf staatsanwaltliche Anweisung geschloßen, da wir Kontakt mit Anwälten und Presseleuten aufgenommen hatten. Wir entschloßen uns, es zu beseitigen. Die Verdächtigen sollten dann Handfesseln und Einzelhaft erhalten. Doch die paar Wasserschutzbullen sahen sich plötzlich einer Übermacht von entschloßenen AntifaschistInnen gegenüber, so daß sie davon Abstand nehmen mußten. In der Halle befanden sich immer eine etwa gleichgroße bis etwas größere Gruppe von Faschisten, die aber heterogen wirkte. Provokationen wurden beantwortet. Die Vorherrschaft erhielten wir, da uns ein Faschist auf unsere Nachfrage hin, nicht seine Zigaretten schenken wollte. Es zeigte sich, daß die Solidarität unter den Faschos sehr gering war. Telefonieren war anfangs ungehindert möglich, später gar nicht und dann nur sehr eingeschränkt mit Anwälten/Angehörigen. Das lag an Staatsanwalt Gottschalk aus Bremen O-Ton: "Ich war schon bei den Krawallen am Weserstadion 1980 in Bremen dabei, und weiß was Landfriedensbruch ist. Decken/Matrazen/Handtücher/Zahnbürsten usw. keine Spur. Nachts wurde es schweinekalt. Wegen der Faschisten hatten wir Nachtwachen eingerichtet.

Zur Stimmung unter uns: Sie war meist klasse, immer wieder gelang es uns, mit Dreistheit und Phantasie unsere Situation zu verbessern, Parolen auf die Wände zu malen, uns beim Essen mehrfach anzustellen, um unsere Ration zu vergrößern, die der Faschisten zu verkleinern, Spiele zu erfinden, zu bauen (Schach, Spielkarten), Fluchtpläne zu schmieden, die Verteidigung gegen Nazis zu organisieren. Die Nazis versuchten Verbrüderungen "Wir sitzen hier doch alle in einem Boot". darauf wurde von uns nicht eingegangen. Allerdings einigten wir uns auf eine Aufteilung der Halle, wobei wir gut abschnitten. Wir befürchteten nämlich die

Zufuhr von weiteren Faschisten, was sich auch bestätigte.(Außerdem waren uns bereits Handfesseln angedroht worden). Allerdings wurden immer genügend Nazis wieder freigelassen, wir blieben. Neu ankommenden Faschisten wurde deutlich gemacht, daß sie bei uns nichts zu suchen haben. Am Donnerstag war alles etwas aggressiver, das lag z.T. an uns, da klar wurde, daß wir schweren Landfriedensbruch kriegen würden, z.T. an den Faschisten. Beispiel 1: Tatjana Witt: Frankfurt Oder, klein häßlich, hinten Glatze vorne schwarze haare schien wohl soziale Anerkennung in der Faschistengruppe über Volksverhetzung erhalten zu wollen, bezeichnete uns als Juden, sang türkenfeindliche Lieder usw. Dem konnten wir Einhalt gebieten. Nach ihrer Freilassung begang sie offensichtlich den Fehlar am JAZ vorbeizugehen, wo sie erkannt wurde. Beispiel 2: Großmann, Dresden, besonderes Merkmal: unendliche Dummheit, eine kleine Glatze mit Bomberjacke, bezeichnete einen von uns, als er Mittwoch nacht in die Halle kam, als "linke Sau", wurde daraufhin kurz fixiert und von uns angesprochen: "Ey du bist Großmann, Dresden". Das verunsicherte ihn völlig. Er prahlte, daß er wegen Brandstiftung drin sei. Er wurde am Donnerstag früh freigelassen. Bereits um 18 Uhr wurde er wieder verhaftet. Die Bullen hatten ihn mit Baseballschläger und Steinen erwischt. Klar war, daß wir es nicht mehr lange aushalten würden zusammen mit den Faschos und Deppen. Es war klar, daß wir die Gruppe spalten würden nach dem Motto "alle die Großmann helfen wollen, sollen sich zu ihm gesellen". dazu kam es nicht mehr.

Die Vorwürfe der Justiz und deren Verhalten Faschisten/ Antifaschisten gegenüber:

Uns wurde, obwohl wir uns als Antifaschisten zu erkennen gegeben haben, schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen: wir hätten uns an den Ausschreitungen gegen das Asylbewerberwohnheim beteiligt. Die Perfidie des Vorwurfs liegt in der Gleichsetzung von uns mit den Faschisten, woraus logischerweise auch die räumliche Gleichsetzung mit den Faschisten folgte. Die 3 Leute aus Hamburg wurden in Untersuchungshaft gesteckt (sind mittlerweile frei). Wir sollten auch alle in U-Haft wegen schweren Landfriedensbruch. Ziemlich schnell wurde uns klar, hier sollen Erfolgsmeldungen mithilfe Verhafteter "Gewalttäter" produziert werden, damit die politischen Verantwortlichen für den 150- fach versuchten Mord Seiters, Seite und Kupfer, ihre Haut retten können. Dahinter steckte der in Fragen der Klassenjustiz bewährte Staatsanwalt Gottschalk. Von den etwa 30 Faschisten, die etwa parallel zu uns eingefahren waren, war zum Zeitpunkt unserer Freilassung/Verlegung außer Großmann nur noch einer übrig (Mike Sonneburg), der wegen versuchtem Mord am Bullen saß. Alle anderen Faschisten wurden immer wieder in atemberaubendem Tempo freigelassen, wobei die offensichtlich Organisierten (bei denen viel schweres Gerät beschlagnahmt wurde) im Durchschnitt noch schneller rauskamen als Betrunkene, Mitläufer und sonstige Deppen. Am Donnertag nachmittag hatten wir dann Kontakt mit unseren Anwälten., später gings zum Haftrichter. Wir machten keine Angaben, außer, daß wir uns als Antifaschisten bezeichneten. Er machte klar, daß wir alle drinbleiben würden, zunächst nicht in U-Haft sondern in Unterbringungsgewahrsam. Dann ist mensch nicht in haft, deshalb gibt es auch keine Rechte, wie z.B. Hofgang oder Duschen. das scheint ein altes DDR-gesetz analog des ASOG zu sein, gilt erst mal für eine Woche und kann dann wöchentlich auf bis zu sechs Wochen verlängert werden. O-Ton Haftrichter: "Sie bleiben zunächst solange in Haft, wie die Krawalle hier anhalten",d.h. im Endeffekt wir sind Geiseln der Faschisten, je mehr Randale sie machen, desto länger müßen wir im Knast bleiben. Darüber waren wir zunächst fassungslos. das legte sich dann allerdings, schließlich leben wir 1992 in Deutschland in einer Gesellschaft, die jegliche gesellschaftlichen Werte verloren hat. Ein Teil von uns kam Donnerstag abend frei, die Auswahl erschien willkürlich, bzw. es wurde spät, und der Haftrichter wollte Feierabend haben. Die verbleibenden 7 wurden am Freitag zunächst in einen normalen Knast in Bützow verlegt, später in einen Sonderknast zwischen Warnemünde und Lichtenhagen auf einem militärisch aussehenden Gelände zwischen Schrottplätzen und Hafenanlagen, es soll sich um ein Arbeitslager aus dem Faschismus handeln. Die bedingungen sollen dort noch schlechter sein.
Fortsetzung folgt nach Freilassung der anderen!

Ordner:
Wunsiedel
Antifa - KOblenz
Bolschewik Partizan
DDR-Analyse
Antifa (m)
Zeitschrift: Klasse gegen Klasse
- Texte internationaler kommunist. ArbeiterInnen

Wir Frauen "pesten" weiter...

Ein Kommentar zu der Gegendemo zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch am 15.8.92, der sich gleichermaßen auf andere Antifa-Aktionen übertragen läßt:
Uns stinkt das Auftreten und der sich ständig wiederholende Sexismus der Antifa-Typen!
Für viele FrauenLesben war ein eigener Bus und ein FrauenLesbenblock die notwendige Vorraussetzung, an dieser Aktion teilzunehmen. Daß allerdings der Berliner FrauenLesbenbus der einzige dieser Art war, und auch sonst die gemischten Busse überwiegend mit Typen besetzt waren, liegt bestimmt nicht daran, daß es nicht genügend FrauenLesben gibt, die solche Antifa-Aktionen für wichtig halten. Eher haben sie einfach keinen Bock mehr auf diese Typenveranstaltungen. Jahrelange Erfahrungen, die vom bloßen Nicht-Verhalten und Ignoranz über dumpfes Machoverhalten bis hin zum übelsten Sexismus reichen, haben sich auch in Wunsiedel mal wieder aufs Beste wiederholt: Schon bei der Abfahrt in Berlin war offensichtlich Alk der wichtigste Inhalt. Für getroffene Absprachen, wer säuft, fliegt raus, interessierte sich fast niemand; Frauen, die eingreifen wollten, wurden angepöbelt, was ebenso von allen anderen ignoriert wurde. Das Bild auf dem Parkplatz vor Plauen, wo sich der Ostkonvoi bilden sollte, war kein anderes. Dumpf militaristisch auftretende Typen stiegen in Horden aus den Bussen, es wimmelte von sprücheklopfenden, selbstherrlichen und sexistischen Typen, die glaubten, dadurch ihren Antifaschismus zu beweisen.
Während der Demo liefen ständig die üblichen Provos von Typen gegen den FrauenLesbenblock, die darin gipfelten, daß aus den Reihen des Lautischutzes hinter uns, statt des schon an sich fragwürdigen hirnlosen Spruchs "Ob Ost, ob West, nieder mit der Nazipest!", "Nieder mit der Frauenpest!" gerufen wurde. Süffisantes Grinsen der Umstehenden. Die Reihen wurden von uns rausgeschmissen.
Nicht nur, daß Typen meinen, offen sexistische Sprüche klopfen zu können, sondern, daß auch keiner der Anwesenden darauf reagierte, zeigt aufs Neue, daß die sonst so schlagkräftigen Typen Sexismus immer noch tolerieren und unterstützen.
Macht nur so weiter, bis ihr dafür von uns eine aufs Maul kriegt!
Auf der Rückfahrt von Teilen des Ostkonvois ging das Biersaufen schön weiter, obwohl geplant war, noch nach Rudolstadt zu fahren und mit Faschos auf den Raststätten zu rechnen war. Eine Frau ist dann auch aus einem gemischten Berliner Bus zu uns gewechselt, weil die Typen Sprüche wie: "Mit den Frauen ist eh nichts auf die Reihe zu kriegen. Die sollten lieber 'ne Kaffeebustour mieten und stricken.", "Mit Frauen ist kein Faschoklatschen..." etc. losließen. Die anderen glänzten durch Nichtreaktion!
Glaubt ihr ernsthaft, solche geballte Scheiße als Antifaschismus bezeichnen zu können?
Bravo, wenn das die Antifa ist!
Wenn Antifaschismus auf reinen Hau-Drauf-Aktionismus und einzig auf Konfrontation mit Faschos reduziert wird, verkommt er zur Spielwiese für profilierungssüchtige Antifamachos und ihre Rituale. Teil dieses Männlichkeitswahns sind der militärische

Einheitslook und die martialischen Gebärden, die sich von dem Auftreten der Faschos nicht in vielem unterscheiden. Wie schön, daß uns wenigstens die Aufnäher dabei helfen, die wackeren Antifaschisten zu erkennen! (Nicht zufällig war z.B. bei der Demo wegen des Mordes an Amadeu Antonio in Eberswalde BürgerInnen nicht klar, ob diese von Faschos oder von Antifas war.) Das Auftreten, besonders aggressiv und auf Einschüchterung nach außen aus, erscheint als purer Ersatz für Inhalte. Wer so auftritt, kann sich mit der Bedeutung von dem Kult militarisierter Aufmärsche im Faschismus nicht auseinandergesetzt haben. Mit politischen Einschätzungen und gründlichen Analysen gesellschaftlicher Bedingungen und Veränderungen hat all das dann nur noch wenig zu tun. "Zurückschlagen" ist mehr als nur den Knüppel schwingen!
Der Kampf gegen Faschismus beinhaltet neben notwendigen militanten Auseinandersetzungen auch andere politische Aktionsformen und Themen.
Wenn rassistische Sprüche fallen, dann sind die Reaktionen entschieden und eindeutig. Aber Sexismus gehört immer noch zur Normalität. Frauenunterdrückung ist neben Rassismus einer der Grundpfeiler faschistischer Ideologien. Der Kampf gegen sexistisches Verhalten muß genauso Bestandteil des antifaschistischen Widerstandes sein, wie der Kampf gegen andere Formen der Unterdrückung. Die gezeigte Ignoranz und der Sexismus linker Szenemänner steht im Widerspruch zu dem Ziel, Machtverhältnisse zu bekämpfen und reduziert dieses zu einem reinen Lippenbekenntnis. Die Auseinandersetzung mit und die Bedeutung von sexistischer Gewalt ist nicht -oder nur am Rande- Teil der Autonomen-/Antifa-Politik, unter dem Vorwand, der Kampf gegen andere Unterdrückungen sei dringlicher. Doch damit bleibt sie in dem Widerspruch stecken, Herrschaftsverhältnisse bekämpfen zu wollen und gleichzeitig die eigenen Machtverhältnisse zu ignorieren. Das eine geht nicht ohne das andere, d.h. eine Veränderung von Gesellschaft bedeutet nicht nur den Kampf nach außen, sondern auch die eigenen Positionen und Machtverhältnisse zu reflektieren und zu verändern. (An dieser Stelle möchten wir auf den in der Interim Nr.204 erschienenen Artikel der Radi-Frauen verweisen.)
Solange frau sich bei Antifa-Aktionen vor allem mit sexistischen Typen herumärgern muß, kann von gemeinsamen Aktionen nicht die Rede sein. Es ist einfach nur noch lächerlich, wenn sich Typen als einzig handlungsfähige Antifas fühlen, FrauenLesben in guter alter Tradition an Heim und Herd sehen möchten oder sie allenfalls als treusorgende Sanis auftauchen sollen.
Wir haben es satt, immer wieder Forderungen zu stellen und diese auch noch rechtfertigen zu müssen. Wie lange dauert es noch, bis ihr begreift, daß Antifaschismus nicht isoliert vom Kampf gegen Sexismus und anderen Unterdrückungsformen betrachtet werden kann? Es liegt auch in eurer Verantwortung, ob gemeinsames Handeln möglich ist!

ANTIFASCHISMUS HEIßT AUCH SEXISMUS BEKÄMPFEN!!!

SEXISTEN HABEN IN DER SZENE NICHTS ZU SUCHEN!!!

FÜR EINE STARKE UND PHANTASIEVOLLE FANTIFA!!!

einige Frauen aus dem FrauenLesbenbus, die noch nicht alle Hoffnung aufgegeben haben

26. 8. 1992

PRESSEERKLÄRUNG DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION, KOBLENZ

Mord am 24. 8. 1992 in Koblenz mit politischem Hintergrund!
Am Montag den 24. 8. 1992 kurz nach 20.00 Uhr schoß ein Nazi-Skinhead auf dem Zentralplatz in eine Gruppe von Punks, Obdachlosen und Drogenabhängigen, die sich dort regelmäßig treffen. Der Täter feuerte sein Magazin mit 15 Schuß leer, tötete einen 35-jährigen Mann und verletzte 6 weitere Personen, davon 4 schwer. 1 Person schwebt noch in Lebensgefahr.
Der Täter gehört seit längerem der rechtsextremen Szene in Koblenz an, so hat er mindestens enge Kontakte zur Schlägergruppe "Deutsche Front Coblenz" (DFC) und war als besonders gewalttätig und irrational handelnd bekannt. Er bedrohte schon Punks aus der eben erwähnten Gruppe mit einem Messer und stieß auch Morddrohungen gegen sie aus.
Vor den tödlichen Schüssen, aus nächster Nähe abgegeben, schrie er mehreren Zeugenaussagen zufolge:
"Jetzt seid ihr dran!" (Die Betonung lag auf "ihr").
Nach der Tat blieb er nicht am Tatort zurück sondern flüchtete und wurde erst weit nach Mitternach von der Polizei gestellt.
Wie aus diesen Fakten hervorgeht, kann dieses Blutbad nicht als Amoklauf eines unpolitischen Täters aufgefasst werden, wie Polizei und regionale Presse versuchen, es darzustellen, sondern muß wie wir zeigen werden, in einen politischen Zusammenhang gestellt werden.
Der Fakt, das diese Tat am Tage der schwersten rassistischen Progrome seit Bestehen der BRD erfolgte und der Ausruf des Mörders unmittelbar vor den Schüssen machen den Zusammenhang unübersehbar. Wie jetzt, so lagen auch den Progromen in Hoyerswerda und den darauffolgenden faschistischen und rassistischen Übergriffen ein und dieselbe faschistische Säuberungsideologie zugrunde. Dafür spricht auch, das in Koblenz Obdachlose, neben fremdländisch aussehenden Menschen, häufigstes Ziel faschistischer Attacken waren und sind.
Der Mord vom 24. 8. war also kein Amoklauf ohne politischen Hintergrund sondern aus den Umständen der Tat, wie den Äußerungen des Täters, den Kreis der Opfer und dem Tag der Tat läßt sich schließen, das es sich zwar wohl um einen Einzeltäter handelt doch ein politisches Motiv offensichtlich ist.
Um dies öffentlich zu machen und einer solchen menschenverachtenden Ideologie entgegenzuwirken, rufen wir für Samstag, den 5. 9. 1992 um 14.00 Uhr zu einer antifaschistischen Demonstration auf.
Kontakt: Antifaschistische Aktion, c/o ASTA/FH, am Finkenherd, 5400 Koblenz

... JAHRE UNTERDRÜCKUNG - 500 JAHRE WIDERSTAND - UND WAS LÄUFT AM 12. OKTOBER IN BERLIN???

uns sind die parolen zur anti-wwg-mobilisierung nach münchen anfang juli alle noch in den ohren. zwischenzeitlich scheinen die aktivitäten im sommer- bzw. ozonloch versickert zu sein.

dabei sollte von anfang an klar sein, daß die mobilisierung gegen den wwg in münchen nur **eine** etappe in der kampagne 1992 sein sollte.

am 12. oktober jährt sich zum 500ten male der umstand, daß europäische räuber und eroberer den amerikanischen kontinent unter ihre stiefel nahmen; mit den bekannten folgen : genozid an der indigena-bevölkerung, die versklavung von millionen afrikanerInnen, endlose raubzüge etc...

weniger bewußt ist die tatsache, daß vor 500 jahren der grundstein gelegt wurde für die aufteilung der welt in wenige durch ausbeutung reich gewordene metropolen und die masse der ausgebeuteten und unterdrückten menschen im trikont (den 3 kontinenten afrika, asien, amerika). das ist die grundlage der gar nicht so neuen weltordnung, die millionen menschen nur ein vegetieren am rande des hungertods diktiert.

wir wollen hier aus der erklärung der "berliner 1992-koordination" zitieren, die in der 4t en "kampagnenbeilage" agbedruckt war.
"für eine mobilisierung ist eine unabdingbare voraussetzung, daß immer bezugspunkte hier in berlin/BRD gefunden werden, an denen mensch ansetzen und die verschiedenen themen verdeutlichen kann. stichworte hierfür sind z.b.: großkonzerne, berlin. als "entwicklungspolitisches zentrum", institute an der Freien Universität, die früher rassenforschung betrieben und heute in der neokoloniali-schen tradition stehen etc. darüberhinaus wird in berlin 1992 die zentrale deutsch-nationale ausstellung zur "eroburung lateinamerikas" stehen. diese bietet zusätzliche ansatzpunkte für aktionen".

für uns sind diese sätze noch aktuell. daher ergreifen wir die initiative und laden alle m enschen, die sich noch oder wieder vorstellen können, aktionen um den 12. oktober zu initiieren oder sich daran zu beteiligen, zu einer **VOLLVERSAMMLUNG IN DEN MEHRING-HOF, GNEISENAUSTR. 2, BLAUER SALON AM 17.9.92 um 20 UHR:**

EINIGE ANTIIMPERIALISTINNEN

bericht über die kurdistan-delegation vom 10.8. - 21.8.

vom 10.8 - 21.8 reiste eine delegation nach türkisch-kurdistan, die initiative zu dieser delegation ging vom kurdischen studentInnenverband aus.

unmittelbarer anlaß war der 15. august, der 8 jahrestag des beginns des bewaffneten kampfes der pkk (kurdische arbeiterInnenpartei). erfahrungsgemäß ist gerade um diesen tag mit einer besonderen brutalität der türkischen militärs zu rechnen. durch eine möglichst große präsenz von internationalen besucherInnen sollten derartige vorkommnisse erschwert und eine authentische berichterstattung aus dem besetzten gebiet gewährleistet werden.
schon sofort nach ihrer ankunft machten die delegationsteilnehmerInnen "bekanntschaft" mit der türkischen polizei. ein beamter für pressefragen, wie er sich vorstellte,lud zu einem gespräch ein. dabei wurde deutlich, daß diverse zivilbeamte alle aktivitäten der gruppe, seit sie das flugzeug verließ, genau beobachtet hatte. in einer mischung aus vorgespielter liberalität und der versteckten drohung 'wir können euch jeder zeit ausweisen', war das ziel nur eins.; der gruppe klarzumachen, daß sie in kurdistan unerwünscht ist und so schnell wie möglich verschwinden möge.

das geplante umfangreiche gesprächs- und besuchsprogramm mußte deshalb drastisch gekürzt werden.
kurdische gesprächspartnerInnen hätten sich unter diesen umständen größten gefährdungen ausgesetzt, wenn sie mit der delegation kontakt aufgenommen hätte, ebenso gefährdet war die türkische dolmetscherin der delegation, der offen gedroht wurde daß für sie eine einfache abschiebung nicht in frage käme.
im wesentlichen beschränkten sich deshalb die gespräche auf den menschenrechtsverein in dyabakir und auf redakteure der zeitung"gündem", einem seit ca. 2 monaten bestehenden türkisch-kurdischen gemeinschaftsprojekt.
in ihren einschätzungen über die politische situation in türkisc kurdistan stimmten beide überein.
während die rechtssozialdemokratisch-konservative koalitionsregierung sich als "regierung der gläsernen gefängnisse" verkauft, publikumswirksam einen berüchtigten folterknast schließen läßt, findet in kurdistan gleichzeitig eine lateinamerikanisierung des staatlichen terrors statt.
todesschwadrone sind für die ermordung von über 170 menschen seit dem machtantritt der neuen regierung verantwortlich.
darunter sind 7 jornalisten, aktivistInnen der HEP (partei der arbeit des volkes), einer über eine mittlerweile aufgelöste listenverbindung mit den sozialdemokratInnen ins parlament gewählte partei, die sich für die interessen der kurdischen bevölkerung einsetzt.
während der anwesenheit der delegation bekam der chefredakteur von "gündem" eine morddrohung, weil er über die von der türkischen armee entvölkerten dörfer recherchierte.
auch hierbei handelt es sich um eine vermehrt angewandte form der repression. die bewohnerInnen ganzer dörfer müssen diese verlassen, während die häuser und ihre gesamte habe von den militärs in brand gesteckt werden. mittlerweile sind auf diese weise 400 dörfer ausradiert worden, weil sich die bevölkerung weigerte, als dorfschützer gegen die pkk zu kämpfen.
das starke interesse der verantwortlichen, die überreste dieser

dörfer geheim zu halten, bekam auch die delegation zu spüren. jede reiseroute, die auch nur entfernt einem dieser dörfer nahe kommt, wurde verweigert. schließlich machte der kontaktpolizist die aufschlußreiche bemerkung: "sie können natürlich überall hinreisen. aber weil hier kriegsgebiet ist, brauchen sie eine genehmigung. weil sie durch ihr bisheriges verhalten schon aufgefallen sind, bekommen sie diese genehmigung aber nicht."

nach einem 7tägigen aufenthalt in dyabakir, wurde klar, daß die militärs der delegation keinen schritt ins östliche kurdistan genehmigen würden. kurdische freundInnen bieten auch, umgehend abzureisen, da keinerlei sicherheitsgarantien übernommen werden können.
zwei tage früher als geplant in ankara, gelang der delegation noch , gespräche mit dem kurdischen wissenschaftler ismail besikci und einen hep-abgeordneten zu führen.

besikci ging vorallem auf das gespannte verhältnis zwischen den kurdischen organisationen im türkischen und im irakischen teil kurdistans ein. aktueller anlaß war der mehrtägige boykott den die pkk für warenlieferungen an irakisch-kurdistan ausrief und auch weitgehend durchsetzte. als begründung für diesen boykott diente neben der türkeifreundlichen haltung der verantwortlichen talabani und barzani, mehrere morde an einer jungen politisc hen kraft in irakisch-kurdistan, der pak, die ähnlich wie die pkk für eine nationalkonferenz aller von den verschiedenen ländern besetzten kurdischen bewegungen eintritt. in "günem" wurden planspiele des türkischen militärs veröffentlicht, die eine angliederung von irakisch-kurdistan als autonomer staat an die türkei vorsehen.
solche pläne korrespondieren mit in teilen der konservativen oligarchie gehegten vorstellungen der lösung der kurdischen frage unter ausschaltung der pkk. selbst der gegenwärtige türkische präsident özal wird immer wieder mit solchen plänen in zusammenhang gebracht. besikci meint, daß sie am verhalten der kurdischen basis sowohl in türkisch- als auch in irakisch-kurdistan scheitern werden.

der hep-abgeordnete nutzte den umstand, daß er eine deutsche delegation vor sich hatte, zu erklärung, daß nach jüngsten kämpfen von türkischen militärs gegen kurdische dörfer reste deutscher munition gefunden haben, die nach offizieller lesart in kurdistan nicht zum einsatz kommen darf. zur genaueren untersuchung wurden die funde nach deutschland gebracht.

in gesprächen mit redakteuren von "günem" machten diese noch einmal eindringlich auf die gefährdung dieser jungen zeitung aufmerksam und auf die wichtigkeit von internationaler unterstützung. daß die repression in der türkei nicht auf kurdistan beschränkt ist, wurde an den reißerischen pressemeldungen deutlic h, die ihre genugtuung über die ermordung von 5 jungen menschen in ihren wohungen in ankara zum ausdruck brachten. "terroristen", wie die offizielle sprachregelung lautet. das geschieht mindestens dreimal die woche, berichtete ein "günem"-redakteur. alle opfer der militärs ob in der türkei oder in kurdistan, sind offiziell terroristen.
daß z. b. die günem mitarbeiterInnen nicht auch darunter sind, ist u.a. die aufgabe dieser delegation und der nachträglichen be richterstattung darüber.

RAF-BRIEF

»Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche. Scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde saugen und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: HIC RHODUS; HIC SALTA.«

Karl Marx

Wir haben in unserem Brief vom 10. 4. gesagt, daß wir es als einen Fehler von uns sehen, daß wir in den letzten Jahren viel zu wenig von unserem Prozeß vermittelt haben. Daraufhin haben wir aus den verschiedensten Ecken knallharte Kritiken bekommen. Was wir angekündigt hätten, sei eine Nabelschau und hätte nichts mit der Beantwortung der anstehenden Fragen zu tun, die sich aus der politischen Situation ergeben. Es sei unsouverän, unpolitisches Gejammere, und außerdem würde uns wohl jeder Stolz fehlen, weil wir angekündigt hatten, daß wir auch über Fehler von uns reden werden. Davon werden wir uns nicht beirren lassen, wollen aber doch kurz darauf eingehen.

Wenn wir heute einen Schnitt in unserer Geschichte machen, dann auch dafür, daß wir unsere Erfahrungen reflektieren, um sie für uns und andere nutzbar zu machen. Alles andere wäre geschichtslos. Wir haben eine Geschichte von 22 Jahren Kampf, und es geht darum, soviel wie möglich aus den gemachten Erfahrungen aus allen Kämpfen in diesem Land zu lernen, um es in die Zukunft mitnehmen zu können. Deshalb werden wir selbstverständlich auch über Fehler reden, da, wo wir welche sehen, damit sie nicht in Zukunft wiederholt werden müssen. Unsere Identität und unser Stolz besteht nicht daraus, daß wir uns für unfehlbar halten würden, und wir denken auch nicht, Fehler würden die Legitimität revolutionären Kampfes in Frage stellen. Im Gegenteil: Wir haben einiges zu sagen, von dem wir denken, daß es für zukünftige Kämpfe eine Wichtigkeit hat.

Wir wollen eine offene Diskussion unter allen, die hier um Veränderungen kämpfen. Offen heißt, über alles zu reden, was einem wichtig erscheint, wobei es nicht darum geht, an jedem Punkt eine eigene glanzvolle Position einnehmen zu müssen. GenossInnen, die so an die Diskussion rangehen wollen, sollten sich dringend von dieser kleinbürgerlichen Haltung befreien – der Kleinbürger ist selbstgefällig. Die Erfahrung, daß diese Haltung nichts Gutes mit sich bringt, ist in den sozialistischen Staaten gemacht worden. Viele Befreiungsbewegungen mußten sich damit auseinandersetzen, und auch wir sind es leid. Es ist eine Haltung der vergangenen Epoche und sollte in die neue nicht mitgezogen werden. Es gibt hier viele, die die Texte von Befreiungsbewegungen aus dem Trikont verschlingen, wobei es den meisten völlig logisch und normal vorkommt, daß sie eine vorausgegangene Phase kritisieren und auch daraus dann die Bestimmungen für die nächste Phase ziehen. Aber wenn wir das machen, gibts gleich einen Aufschrei, das sei liquidatorisch.

Die Starrheit, an vermeintlichen Klarheiten festzuhalten, ist fast immer Ausdruck der Angst davor, sich Kritiken zu stellen, oft ist es auch der Versuch, eigene Unsicherheiten und Fragen vor anderen zu verstecken. Über unsere Erfahrungen nicht zu reden, würde bedeuten, alle Kriterien, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben und bisher nicht geschafft haben, in eine größere Auseinandersetzung hineinzutragen, über den Haufen zu werfen. Das ist nicht unsere Sache. Den Schnitt zu machen, ist für uns auch die Entscheidung für einen tiefgreifenden Diskussionsprozeß und nicht die Entscheidung dafür, uns aus den Auseinandersetzungen herauszuziehen.

Uns ist in den letzten Wochen immer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben, damit alle unseren Schritt verstehen können, in einer Situation, die sich insgesamt immer mehr zuspitzt. Wir haben mitbekommen, daß es GenossInnen gibt, die das so sehen, aber unser Schritt ist nicht nur die Konsequenz aus der international veränderten Situation, sonst hätten wir ihn spätestens 89 machen müssen. Unrealistisch ist auch die Vorstellung, unsere Bestimmung sei in den letzten Jahren einfach ›eine Konfrontationsform halten‹ gewesen. Das kann keine Guerillapolitik sein. Weder subjektiv ist das möglich noch ist es politisch möglich. Guerillapolitik ist ein permanenter Prozeß von Suche nach den richtigen Antworten in der sich ständig verändernden politischen Situation und Weiterentwicklung der eigenen Kräfte.

In unserem Diskussionsprozeß seit 89/90 in der Gruppe ist uns immer deutlicher geworden, daß wir Starrheiten, alte Rangehensweisen und Orientierungen aufbrechen und umwälzen müssen. Wir konnten allein aus alten Bestimmungen keine Antworten auf die neue Situation finden. Wir können jetzt nur aus der Diskussion und dem Prozeß von uns reden und nicht für unsere gefangenen GenossInnen. Diesen Text begreifen wir auch als einen Beitrag für die Diskussion mit ihnen. Allerdings haben gerade sie kaum die Möglichkeit, aus ihren Bedingungen heraus an dieser Diskussion teilzunehmen. Auch dafür muß ihre Freiheit erkämpft werden.

Zu unserer Geschichte in den 80er Jahren: Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor 84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der 80er, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum ›Front-Papier‹ geführt haben, nichts sagen können. Zum vollen Verständnis und zur Reflexion unserer Geschichte aus dieser Zeit – und für die gesamten 70er Jahre trifft das in noch größerem Maß zu – brauchen auch wir die Diskussion mit unseren gefangenen GenossInnen.

Für diejenigen von uns, die 84 und in der darauf folgenden Zeit zur Guerilla gekommen sind, waren natürlich diese ersten Jahre der 80er eine Zeit, in der wichtige Erfahrungen, Entscheidungen und Weichenstellungen im eigenen Leben gelaufen sind, aus denen dann die Entscheidung, selbst bewaffnet kämpfen zu wollen, gekommen ist. Es war die Zeit vieler Kämpfe an unterschiedlichsten Fragen: Anti-Nato-Bewegung; 81 der Hungerstreik der politischen Gefangenen, in dem Sigurd Debus ermordet worden ist; Kämpfe gegen AKWs; gegen die Startbahn West; Hausbesetzungen und natürlich die Massenmobilisierung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Wir haben selbst in manchen dieser Kämpfe dringesteckt und haben dabei dieselben Erfahrungen gemacht wie alle anderen auch: Wir kommen gegen diese Macht nicht durch.

In dieser Zeit waren hier an all diesen Kämpfen und Forderungen nicht nur Hunderttausende auf der Straße, es waren insgesamt Widersprüche von Millionen Menschen, und an keiner einzigen ihrer Forderungen hat sich die Macht bewegt – logisch, daß da die Kämpfe auch immer radikaler und militanter geführt wurden. Viele haben sich in diesen Jahren entschlossen, verschiedenste militante Initiativen gegen Brennpunkte der Vernichtungspolitik zu organisieren, das heißt zu dieser Zeit, hauptsächlich die US/Nato-Militärstrategie anzugreifen. Das sollte unseren Kämpfen eine neue Schärfe und Durchsetzungskraft geben. Es sprang einen jeden Tag an, daß dieser Staat hunderttausendfachen Protest einfach ignorieren will und gleichzeitig die Menschen, die ihre Forderungen auf die Straße tragen, immer brutaler und gewaltsamer attackiert. Daß es in den Kämpfen dieser Jahre nicht viel mehr Tote (Klaus Jürgen Rattay, Olaf Ritzmann) auf unserer Seite gab und nicht noch mehr Schwerverletzte, war reiner Zufall. Die Grausamkeit und Brutalität gegen die Gefangenen im Hungerstreik 81, die Knüppel- und Gaseinsätze von Polizei und paramilitärischen Einheiten haben deutlich gezeigt, daß der Staat Tote auf unserer Seite eingeplant hatte. Kohls Satz zur Stationierung der Mittelstreckenraketen: »Sie demonstrieren, wir regieren« hat die Haltung der Macht gegenüber allen, die was anderes wollten, auf den Punkt gebracht.

Diese Entwicklung hier hatte ihre Entsprechung in der internationalen Situation, also in der Auseinandersetzung zwischen Befreiungsbewegungen bzw. befreiten Ländern und dem Imperialismus. Es war die Zeit des koordinierten Rollback-Versuchs, die Mittelstreckenraketen sollten die Sowjetunion in Schach halten und totrüsten; Libanon-Bombardierung; Malvinenkrieg; die Zerstörung palästinensischer Flüchtlingslager – Sabra, Shatila, Tel Zaatar; gegen die Befreiungskämpfe wie in El Salvador; Low-intensity-Kriegsführung, die den Krieg weiter verlängern und das Volk ausbluten sollte; in den befreiten Ländern im südlichen Afrika: Contra-Kriege, die jede eigenständige Entwicklung unmöglich machen sollten und die zu unzähligen Kriegs- und Hungertoten geführt haben. Wir können die Entwicklung dieser Jahre hier nur kurz in Stichpunkten anreißen; in allem

hat sich gezeigt, daß der Imperialismus seinen Jahrhunderttraum, sich die ganze Menschheit zu unterwerfen, mit aller Gewalt, selbst unter Einsatz atomarer Waffen, durchsetzen wollte. Dafür wollte er seine Pläne und Projekte hier wie weltweit gegen massenhaften Widerstand durchpeitschen, und dafür sollte jeder Widerstand niedergemacht und ausgelöscht werden.

So wurde für uns wie für viele andere immer deutlicher, daß wir hier eine organisierte Kraft aufbauen müssen, die auch militante und militärische Mittel in der Hand hat. Aus allen Erfahrungen dieser Jahre war einfach klar, daß wir zu einer neuen Qualität unseres Kampfes kommen müssen, wenn wir uns gegen diese zu allem entschlossene Macht durchsetzen wollen – die Alternative wäre gewesen, zu kapitulieren und sich dieser Macht zu unterwerfen; das kam für uns nicht in Frage. Für immer mehr Leute hat sich der Vorschlag, den die RAF 82 mit dem ›Front-Konzept‹ in die Diskussion gebracht hatte – nämlich sich zusammen, also Guerilla, Militante, Widerstand, zu organisieren und daraus zu einer neuen Stärke zu kommen – mit den eigenen Erfahrungen und Konsequenzen daraus gedeckt. Für welche von uns hieß das 84, daß wir die Entscheidung, selbst in der Guerilla zu kämpfen, getroffen haben.

Die Überlegungen, daß wir unsere Kämpfe organisiert und auch militanter führen müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen, hatten damals sehr viele. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel am Hungerstreik der politischen Gefangenen 84/85. Daß damals Leute aus den verschiedensten Zusammenhängen massenhaft Brand- und Sprengstoffanschläge gemacht haben, um die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung mit durchzusetzen, war ganz konkret die Konsequenz aus den Kämpfen Anfang der 80er. Viele haben einfach gewußt, wenn die Forderung durchgesetzt werden soll, wenn verhindert werden soll, daß der Staat im Streik wieder Gefangene ermordet, dann müssen zu den vielfältigsten Initiativen von Demos bis Veranstaltungen auch Kämpfe auf höherem Konfrontationsniveau dazukommen.

Es ist immer wieder die Rede von der Gewaltspirale – für die natürlich immer die Kämpfe der linken und revolutionären Kräfte verantwortlich gemacht werden. An dem, was wir hier in Kurzfassung zur Entwicklung in den ersten Jahren der 80er gesagt haben, zeigt sich deutlich, daß es anders war. Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort von Menschen auf die herrschenden Verhältnisse; auf die Ignoranz der Macht gegenüber Forderungen und Kämpfen; auf das Durchziehen zerstörerischer Entwicklungen und Kriege gegen massenhaften Widerstand; auf Repression und Ausrottungsverhältnis gegenüber diesem Widerstand. Wenn du die Verhältnisse, die dich und andere nicht leben lassen, verändern willst, überlegst du dir, bewaffnet zu kämpfen, immer als letztes Mittel – nie als erstes. Du probierst vorher viel anderes aus, und du triffst die Entscheidung – weil es deine Lebensentscheidung ist – dann, wenn dir klargeworden oder besser klargemacht worden ist, daß eine bewaffnete Kraft gebraucht wird, weil ohne sie für alle kein Durchkommen ist.

»Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort der Menschen auf die herrschenden Verhältnisse«

Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe. Wir sind in dieser Zeit durch Verhaftungen mehrmals ganz oder fast zerschlagen worden, und es gab aus den Verhältnissen in diesem Land und aus den Widerstandsprozessen dagegen immer wieder GenossInnen, die den bewaffneten Kampf für die Umwälzung dieser Verhältnisse aufgegriffen und weitergeführt haben. Auch 1984 war so ein Jahr für uns. Im Sommer wurden sieben GenossInnen verhaftet, und der Staat feierte wieder einmal öffentlich unsere endgültige Zerschlagung. Für uns war es auch tatsächlich so, daß niemand von denen, die in den Jahren vorher die Politik der Guerilla mitentwickelt hatten, übriggeblieben war.

Wir haben 84 mit unserem Anlauf, zu einer gemeinsamen Offensive von westeuropäischen Guerilla-Gruppen zusammen mit militantem Widerstand hier zu kommen, in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. Einerseits war unsere Befürchtung die, von der gesamten imperialistischen Entwicklung überrollt zu werden, wenn wir nicht schnell zu dieser gemeinsamen Intervention kommen. Sie sollte hier in den Zentren der Macht die Kraft aufbauen, die zusammen mit den weltweiten Befreiungskämpfen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Auf der anderen Seite saßen uns natürlich auch unsere eigenen Erfahrungen im Genick. Wir hatten Angst davor, daß es der Staat schaffen könnte, uns einen weiteren Schlag zu versetzen, noch bevor wir endlich den ersten Schritt unserer Front-Vorstellung umgesetzt hatten.

Der Gedanke ›Front‹ ging davon aus, daß wir der rasanten Entwicklung und Eskalation, mit der der Imperialismus mit seinem Rollback-Versuch den Befreiungskampf weltweit endgültig niedermachen und austreten wollte, mit einer starken Kraft hier in seinen Machtzentren entgegentreten. Ein Durchkommen der Befreiungsbewegungen war nirgends absehbar. Statt dessen stieg die Zahl der Opfer immer weiter. Überall nahm die Zahl der Toten, Verletzten und entwurzelten Menschen zu, ohne daß ein Ende dieser Kriege in Sicht war – im Gegenteil, die Low-intensity-Kriegsstrategie, mit der der Imperialismus die Kriege gerade in dieser Phase eskalierte, sollte die Völker zermürben und von ihren Hoffnungen auf ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung abbringen, dadurch daß ihnen mit nicht-endendem Krieg gedroht wurde. Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront.

Die Auswirkung der internationalen Zuspitzung und imperialistischen Strategien hier in der Metropole war, daß sich in dieser Zeit die Lebensverhältnisse für immer mehr Menschen verschärft haben. Die Zahl derer, die das Kapital für seine Profite nicht mehr brauchte, nahm ständig zu, weil einerseits die gesamte Produktion immer mehr auf Militärproduktion ausgerichtet wurde und natürlich auch in allen anderen Bereichen so umstrukturiert wurde, daß hunderttausende Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind. Es war die Zeit, als die 2/3-Gesellschaft hier angefangen wurde durchzusetzen, also die Macht allen klargemacht hat, daß sie 1/3 der Leute auch hier nicht mehr braucht, daß sie überflüssig geworden sind – und daß sie sich auch so fühlen sollen. Wegen der Ausrichtung der imperialistischen Politik auf das Rollback, also auf Krieg, haben sich die reichen Staaten Westeuropas – an ihrer Spitze die BRD und Frankreich – v.a. an der High-Tech- und Rüstungsindustrie zusammengeschlossen. Daran sollte die Formierung aller westeuropäischen Staaten zu einem einheitlich politisch handelnden Block laufen, der zur gleichwertigen Macht neben den USA und Japan aufsteigen sollte.

Diese Frage haben wir in unserer ersten gemeinsamen Offensive zusammen mit unseren GenossInnen von Action Directe und militanten Gruppen hier in den Mittelpunkt gestellt, denn vom schnellen und reibungslosen Ablauf dieser Formierung hing ab, ob die westeuropäische Staatengemeinschaft ihre spezifischen Aufgaben im Krieg gegen den weltweiten Befreiungskampf erfüllen konnte. Wir haben damals unsere zentrale Aufgabe darin gesehen, uns mit allen revolutionären Kräften in Westeuropa, mit denen das möglich war, gegen diese Entwicklung zu organisieren. Für uns war das eins: auf die internationale Strategie und (auf) die Verschärfung im eigenen Land durch unsere Angriffe gegen strategische Pfeiler der imperialistischen Politik zu zielen.

Wir haben damals in dem Bewußtsein gehandelt, daß wir hier und westeuropaweit sehr wenige sind, und haben das genommen, als wärs Naturgesetz. Davon ausgehend, also von eigenen schwachen Kräften, haben wir überlegt, wie wir zu einer möglichst scharfen Wirkung kommen. In dieser Zeit der ständigen weltweiten Eskalation von Krieg und

»Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen moralisch legitim«

Zerstörung haben wir nicht wirklich am Aufbau einer relevanten Kraft gegen diese Entwicklung überlegt, sondern vielmehr daran, wie wir die schon existierenden und mehr oder weniger isoliert und zersplittert agierenden revolutionären Kräfte zusammenfassen können.

Wir sind mit unseren ersten Schritten in der Umsetzung der Front-Vorstellung schon mitten in den Strudel des historischen Umbruchs reingekommen. Und auch wenn uns das damals so noch nicht bewußt war, hat jede/r gespürt, daß es ein Rennen gegen die Zeit war. Auch daher kam unser Denken, daß, wenn wir jetzt nicht schnell handeln, es danach zu spät ist, daß es dann möglicherweise der Imperialismus schon geschafft hat, diese ganze Epoche für sich zu entscheiden.

Unsere Orientierung auf die möglichst schnelle und scharfe Wirkung unserer Initiativen hatte in vielerlei Hinsicht katastrophale Auswirkungen. Dieses Denken führt fast automatisch zur militärischen Eskalation und verstellt den Blick für politische Prozesse und Möglichkeiten. Wir haben in der Unterschiedlichkeit der Kämpfe und ihrer Vielfalt nicht Möglichkeiten und Ideenreichtum gesehen, sondern immer nur das Trennende, anstatt in vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende zu suchen, um zusammen rauszufinden, was geht. In dieser politischen Enge und Begrenzung konnte aus dem Front-Gedanken keine starke politische Kraft entstehen. Unsere Wirkung kam in erster Linie aus der politischen Brisanz der Angriffsziele und der Koordinierung und Schärfe der Aktionen.

So haben wir es nicht einmal als Möglichkeit gesehen, zu den Kämpfen Anfang der 80er, aus denen wir ja selbst kamen, die Verbindung herzustellen und weiterzuentwickeln. Das, was für uns selbst die Konsequenz aus diesem Nicht-Durchkommen unserer Kämpfe war, nämlich gemeinsame Organisierung und Bestimmung von Angriffslinien, hätte auch für andere eine Antwort auf ihre Erfahrungen sein können. Viele hatten sich im Laufe der Zeit zurückgezogen und resigniert, aber das hätte nicht so bleiben müssen. Sie waren dadurch nicht zu Leuten geworden, die mit diesem System und seinen Zerstörungen einverstanden sind, sondern sie hatten resigniert, weil sie keine Antworten gefunden hatten, wie hier die Durchsetzung von Veränderungen möglich ist. Und wir hatten die Antwort, zumindest einen Anfang davon, aber wir haben damals überhaupt nicht überlegt, wie wir die Verbindung zu den Bewegungen und Menschen herstellen können, die gegen die Raketenstationierung und imperialistische Zerstörung aufgestanden waren oder in Kämpfen gegen Projekte wie z.B. WAA Wackersdorf gesteckt haben, um mit ihnen zusammen eine Kraft gegen die ganze Zerstörung aufzubauen. Unsere Bestimmung davon, was ›Front‹ sein sollte, war dafür viel zu eng, sie hat nur diejenigen umfaßt, die ihren Kampf als internationalistischen gegen die strategischen imperialistischen Entwicklungen bestimmt haben. Für andere Vorstellungen und Ideen gab es da keinen Platz.

Es gab in der Organisierung der Front auch GenossInnen, die ihre Geschichte und Erfahrungen in Zusammenhängen wie z.B. Anti-Nato-Bewegung mit und in dem Front-Prozeß so weiterentwickeln wollten, daß wir zusammen die Verbindungen zu diesen Kämpfen suchen. Für die Gedanken und Vorstellungen dieser GenossInnen gab es bei dem engen Blick von uns und auch anderen auf die unmittelbare Wirkung unserer Initiativen gegen das System keinen Raum. Für sie stand immer auch die Frage im Mittelpunkt, wie unsere Initiativen *für* den Aufbau einer breiteren und stärkeren Kraft bestimmt sind und wirken. Aber genau diese Fragen kamen in unseren Diskussionen viel zu kurz. Für uns ging es vielmehr um die Einschätzung der imperialistischen Entwicklung und Schritte und um die Bestimmung unserer Angriffslinien dagegen. Wenn die GenossInnen, die mit der ›Front‹ eine andere, revolutionäre Kraft aufbauende Entwicklung einschlagen wollten, wenn sie in Diskussionen das Eskalationsprinzip – »den Krieg hier auf dem Niveau der internationalen Konterrevolution führen« – in Frage stellten, haben wir das oft als persönliche Schwäche und Unentschlossenheit abgetan. Das politische Problem, die unterschiedliche politische Sichtweise, wurde einfach negiert und ins Subjektivistische gedreht.

Einer unserer Grundgedanken dieser Jahre, nämlich daß das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet, aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abgeleitet wird bzw. sich daran bestimmt, liegt quer zum Aufbau einer breiten revolutionären Kraft hier. Wir haben oft gesagt, daß solche Aktionen polarisieren, das stimmt auch, aber sie produzieren falsche Trennungen, anstatt zusammenzubringen.

Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus, daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air Base-Aktion – und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso – aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/die US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler.

»Der Kopf ist rund, damit unsere Gedanken die Richtung wechseln können.«

89 standen wir vor dem schmerzhaften Ergebnis dessen, was aus dem Frontprozeß herausgekommen war. Die Verhaftungen und hohen Verurteilungen gegen legale GenossInnen aus dem Widerstand und die vielen Ermittlungsverfahren wegen ›Mitgliedschaft in der RAF‹ gegen Legale in der ganzen BRD hatten zu einem defensiven Zurückweichen vieler GenossInnen aus dem anti-imperialistischen Widerstand geführt. Gleichzeitig waren viele Zusammenhänge in die Brüche gegangen. Viele, die den Frontprozeß als ihre Sache gesehen hatten, waren resigniert oder zumindest frustriert. Die Grundgedanken des Mai-Papiers von 82 – zu einer gemeinsamen Front von Guerilla und Widerstand zu kommen – waren ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir haben es nicht geschafft, eine produktive Verbindung zwischen dem Kampf der Guerilla und den Kämpfen der GenossInnen, die aus anderen Lebenszusammenhängen eine andere Praxis entwickeln, herzustellen und den revolutionären Prozeß zusammen zu stärken und weiterzubringen.

Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftsstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst. Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus, haben wir diese reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den GenossInnen und dann wieder zwischen ihnen und anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, die Illegalität aufzubauen, war nicht begriffen als ein Teil im Gesamten, sondern für viele war es das, was den höchsten Wert hatte. Viele haben sich daran gemessen und sind daran zerbrochen. Heute sehen wir diese Entwicklung als eine, die ihre Logik in der Konzentration auf Angriff gegen die Macht hatte und dadurch möglich wurde. In dieser Konzentration wurden die bewaffneten Mittel schnell als die besten oder die wichtigsten begriffen. Diese Art der wertenden Einordnung an sich steht der revolutionären Entwicklung entgegen.

Wir hatten in dieser Zeit eine falsche Orientierung und haben sie auch an andere weitergegeben. Sicher ist der Angriff auf die strategischen Projekte der Herrschenden ein wichtiger Bestandteil der Guerillapolitik. Aber es ist ein verengter Blick, ausschließlich darauf zu orientieren. Denn so beantwortet es nicht die Frage nach der Entwicklung eines politischen Prozesses. Die Verständigung darüber, warum, ob und welche Schritte der Herrschenden angegriffen werden müssen, ersetzt nicht die Diskussion über eigene Ziele, welche Kräfte und Kämpfe uns nah sind, wo wir Verbindungen suchen usw. – Verbindungen, die sich nicht allein darüber herstellen, daß andere anfangen, sich an uns zu orientieren.

Wir sehen es heute als einen Fehler von uns, daß wir die Bestimmungen unserer GenossInnen bis 84 einfach in groben Zügen übernommen und nicht hinterfragt haben, was an den alten Bestimmungen des ›Front-Papiers‹ noch richtig ist bzw. was wir verändern oder neu entwickeln müssen. Das haben wir allein in bezug auf die Angriffsrichtung getan: Es wurde damals immer deutlicher, daß Westeuropa mit der BRD an der Spitze zur Weltmacht aufsteigen wird.

Aus Nicaragua und El Salvador kam beispielsweise einiges Neues aus ihren Erfahrungen über die mögliche Funktion des bewaffneten Kampfes in die Diskussion. Die Sandinisten hatten festgestellt, daß die Wirklichkeit eine andere war, als sie das vorher immer gedacht hatten. Ihr Befreiungskampf ist

nicht so verlaufen, wie es in ihrer Theorie ausgesehen hatte: Nicht das Volk hatte die Guerilla unterstützt, sondern die bewaffneten Kräfte das Volk. Gerade in der letzten Phase kamen die Orientierungen zunehmend aus den Kämpfen des Volkes. Aus El Salvador kam die Erfahrung der Doppelmacht in die Diskussion: Die FMLN hatte als einen wichtigen Bestandteil des Kampfes erkannt, daß in den verschiedensten Bereichen auch die Organisation des Alltags damals schon schrittweise von unten in die Hand genommen werden mußte.

Wir haben diese Erfahrungen zwar aufgenommen, aber nicht daran überlegt, was das für hier bedeuten könnte, sondern es dabei belassen, daß in diesen Ländern die Situation eine vollkommen andere ist. Diese Entwicklungen – wie dann auch 87 die Intifada in Palästina – waren der Beginn eines neuen Prozesses, in dem in vielen Ländern auf der ganzen Welt zu den bewaffneten Befreiungskämpfen eine Organisierung von unten dazugekommen ist. »Das Problem lautet, ob die Guerilla in der Lage sein wird, eine reale Machtalternative zu formen, ob sie sich in eine Option für die Volksbewegung verwandeln wird; nicht als ein Fremdkörper, dem die Volksbewegung zu folgen hat, sondern als ein Projekt, wo die Basis, das Rückgrat, das eigentliche Zentrum der Macht ist.« (ein Zitat von GenossInnen von der UCELN, Kolumbien)

Diese Neubestimmungen waren auch eine Konsequenz aus dem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis, wodurch absehbar wurde, daß die Befreiung nur in einem viel länger andauernden Kampf erreicht werden kann. Das haben wir damals nicht klar genug realisiert und nur auf die Eskalation gegen das imperialistische Rollback gesetzt.

Eine Folge, die unsere gesamte damalige Rangehensweise hatte, war für uns die Austrocknung der politischen Auseinandersetzung mit vielen GenossInnen. Viele, mit denen wir damals zu tun hatten, haben sich aus der Hierarchie, die aus diesen politischen Vorstellungen logisch war, uns gegenüber nie kritisch verhalten oder ihre Widersprüche, Vorstellungen und Gedanken nicht durchgesetzt. Für viele waren wir *die* Autorität, deren Bestimmung sie hinterherkommen müssen, so daß sie keine eigenen Gedanken mehr entwickelt haben. Wir selbst waren nicht offen

»89/90 war für uns die Zeit, in der wir anfingen, die letzten Jahre unserer Geschichte zu hinterfragen und alle Rangehensweisen daraufhin zu überprüfen, ob wir sie noch richtig finden«

für Kritik, und wir hatten keine positive Vorstellung von der Vielfalt der Gedanken für die Entwicklung auf unserer Seite. So war für uns die Chance verbaut, aus einem lebendigen Prozeß und Austausch mit anderen für unsere weitere Bestimmung zu lernen.

Bei allem, was wir heute zu Selbstkritik sagen, darf niemand den äußeren Rahmen vergessen, in dem wir diese Fehler gemacht haben. Die weltweiten Counter-Kriege, die Contras in Nicaragua, Angola, Moçambique; die Hochrüstung der Nato; die militärischen Schläge gegen Lybien, Grenada; die sich rasant verschärfende Verelendung im Trikont – das war die Realität, aus der raus wir gehandelt haben. Im Innern war es die maßlos hochgepuschte Repression des Staates, die jeden Gedanken an eine starke handlungsfähige revolutionäre Entwicklung im Innern auslöschen sollte – sie haben damals die Hürde, also die Angst davor, mit uns zu diskutieren und gemeinsam etwas zu entwickeln, für die Leute total hochgeschraubt. 85/86 – das war auch ein Höhepunkt der völlig aufgepuschten Kill-Fahndung gegen einzelne von uns, eine Zeit, in der die Fernsehfahndung Alltag war. Die Repression nach der Offensive 86 war ihre Antwort auf die Anfänge einer gemeinsam handelnden Front, die aus ihrer engen Bestimmung heraus dann nicht mehr in der Lage war, den Prozeß für unsere Seite weiterzuentwickeln.

Wir sind damals in diese Falle gegangen: uns den politischen Prozeß aus den Händen gleiten zu lassen. Wir haben uns die Frage nach Verankerung nicht gestellt. Unsere Reaktion war der Versuch einer weiteren Zuspitzung der Auseinandersetzung von unserer Seite aus. Daraus haben wir die falschen Impulse in die Diskussion im revolutionären Widerstand gebracht. Nach der Offensive 86 haben wir darauf orientiert, daß die einzig angemessene Antwort auf die Repression die Organisierung der Illegalität sein kann. Die Frage, wie dem Staat eine politische Grenze gesetzt werden kann, stand in unseren Auseinandersetzungen nicht im Zentrum. So haben wir zu dem Prozeß beigetragen, in dem sich immer mehr GenossInnen defensiv aus den offenen Zusammenhängen und Auseinandersetzungen herausgezogen haben, auch wenn sie dabei keine Perspektive für sich gesehen haben und sich die Illegalität gar nicht vorstellen konnten. In manchen Städten ging das so weit, daß nicht einmal mehr die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen offen vertreten wurde. Es wurde lange Zeit nicht mehr darum gekämpft, den Raum für die offene Auseinandersetzung durchzusetzen. Es gab dann in dieser Zeit aus unseren politischen Zusammenhängen allenfalls illegale Flugblätter oder Zeitungen, die dann natürlich wiederum nur Eingeweihte erreichen konnten.

Das alles war der Hintergrund, auf dem der Staatsschutz die Chance gesehen hat, die Schraube noch enger zu drehen und es z.B. zu Urteilen mit mehrjährigen Knaststrafen gegen GenossInnen gekommen ist, die eine Veranstaltung zur Zusammenlegung der Gefangenen gemacht hatten.

Neben dieser Entwicklung bei uns und denen, die im politischen Zusammenhang mit uns waren, gab es auch in anderen Kämpfen Zuspitzungen, wie z. B. an der Startbahn West in Frankfurt, die dann mit den Schüssen auf die Bullen im November 87 ihren Höhepunkt hatten. Gleichzeitig gab es mit dem Kampf für die Durchsetzung der Hafenstraße eine völlig neue Erfahrung. Es war ein anderer Prozeß als unserer.

Es war eine Erfahrung, die uns immer mehr ins Bewußtsein gedrungen ist. Es hat bei uns viele Diskussionen ausgelöst und uns ins Nachdenken gebracht, wie die Leute es dort geschafft hatten, einen entschlossenen Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu führen und mit der gleichen Entschlossenheit, mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstanden, auch um die Verbindung mit Tausenden unterschiedlichen Menschen in der Stadt und darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht diese alte Art von Bündnispolitik, in der alles nach dem Prinzip funktioniert, welche Position kann sich durchsetzen, sondern im Zentrum der Diskussionen über das gemeinsame Vorgehen stand, sich gegenseitig zu vermitteln und zu verstehen, ausgehend von den unterschiedlichen Geschichten und Vorstellungen der Leute. Sie haben diesen Prozeß bis zu ihrer Durchsetzung mit großer Offenheit anderen gegenüber gemacht. Mit dieser Stärke haben sie sich gegen die Politik der »harten Haltung« des Staates durchgesetzt. Das war nach 77, wo der Staat mit der Ermordung von Gudrun, Andreas und Jan eine absolute Grenze dagegen, daß Widerstand hier durchkommen kann, setzen wollte, das erste Mal, daß es wieder die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich gegen den Staat durchsetzen konnte.

Es wurde am Hafen auch für andere Menschen wieder erfahrbar, daß es möglich ist, ein anderes Leben zu entwickeln. Ein Leben, das sich nicht den Prinzipien des kapitalistischen Alltags unterwirft. Weil die Leute dort in ihren Zielen identifizierbar waren, hat ihr Kampf eine große Anziehungskraft für sehr viele Menschen entwickeln können. Aus der Hafenstraße sind damals auch viele internationalistische Initiativen gekommen, die weit über sie selbst raus Diskussionen ausgelöst haben, wie z. B. die Palästinaparole an der Hauswand oder die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma in den Häusern. Diese Initiativen zeigen, wie eng internationale Solidarität mit dem eigenen Aufbruch von Menschen hier verknüpft ist und von da aus Stärke entwickeln kann. (Wir sagen das hier auch gegen Aussagen wie die von Georg Fülberth in der August-»Konkret«, der behauptet, daß Kämpfe aus den Lebensbedingungen und für soziale Veränderungen hier keine Verbindung zur globalen Situation hätten und von den Herrschenden oftmals erwünscht seien.)

Tatsache war damals jedenfalls, daß durch den Kampf der Hafenstraße die defensive Haltung nach den Schlägen des Staatsschutzes gegen den Front-Prozeß und andere revolutionäre Zusammenhänge wieder aufgebrochen ist. Es war ein starker Impuls, der von dort in unsere Diskussion reingekommen ist. Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir uns in den letzten Jahren mehrmals auf die Hafenstraße bezogen haben.

Natürlich haben wir mitbekommen, daß heute viele dort ratlos sind – wie viele andere auch. Aber wir finden wichtig in den Diskussionen darum, wie die nächsten Phasen des Kampfes aussehen sollen, auch das, was an ihren Erfahrungen wichtig war, festzuhalten. Und ihr in der Hafenstraße, was ist eigentlich los bei euch? Wir haben gehört, daß ihr euch kaum noch in Auseinandersetzungen einbringt. Wir können uns schwer vorstellen, daß ihr aus euren Erfahrungen nichts ziehen

könnt gegen die Resignation und Ohnmacht, die sich überall breitgemacht hat. Wieso könnt ihr da scheinbar an nichts anknüpfen und euch auf den Weg und die Suche machen?

Der ›Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße‹ hat mit seinem Aufruf zur Zusammenlegung unserer gefangenen GenossInnen einen großen Schritt dazu getan, daß die

»Mit dem Angriff auf Neusel haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen«

Kriminalisierung der Forderung zurückgedrängt worden ist und es wieder Raum für die Diskussion darüber gab. Der Aufruf hat die große Mobilisierung zum Hungerstreik 89 ermöglicht. Es war wichtig, daß es Menschen gab, die in ihren Gedanken nicht die Reaktion des Staatsschutzes vorweggenommen haben, sondern von sich, ihrer Erfahrung und ihren Zielen ausgegangen sind.

Ein weiterer Impuls, der für unsere Diskussion hier wichtig war, kam von unseren gefangenen GenossInnen. Sie haben in und um den Streik 89, in ihrer Hungerstreikerklärung, aber auch in Briefen aus dieser Zeit, sehr deutlich gemacht, daß es ihnen darum geht, eine Diskussion über neue Orientierungen für den revolutionären Kampf anzufangen. Sie wollten neue Verbindungen herstellen und die Diskussionen mit all den Menschen suchen, die aus den Widerstandsprozessen der Jahre davor gekommen waren oder überhaupt in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen für Veränderungen kämpften. Die Gefangenen haben eine große Offenheit vermittelt, auch über vergangene Fehler zu diskutieren. Damit haben sie ein altes Verhältnis aufgebrochen, in dem wir lange gefangen waren, nämlich Kritik an uns schnell als gegen uns gerichtet zu begreifen und deshalb abzulehnen. Dieses alte Verhältnis war auch aus der jahrelangen Erfahrung entstanden, mit einem auf allen Ebenen agierenden Counter-Apparat konfrontiert zu sein, der es geschafft hat, die Hetze und psychologische Kriegsführung gegen uns und andere revolutionäre Zusammenhänge bis in sogenannte linke Medien wie z. B. die »taz« hineinzupflanzen.

Bei uns hat sich daraus über lange Zeit ein völlig verengter Blick auf Kritik festgefressen. Ein Blick, von dem aus wir gar nicht darauf gesehen haben, von wem Kritik kommt und wofür, und was daran richtig sein könnte. Dadurch, daß die Gefangenen mit einem viel weiteren Blick und einem Bezug auf neue Entwicklungen im Widerstand und in der Gesellschaft insgesamt ihren Kampf bestimmt haben, haben sie auch uns darin bestärkt, auf die Suche zu gehen und etwas zu entwickeln.

Für uns war die Situation 89 so, daß viele Fragen auf dem Tisch lagen. Wir waren mit der Frontentwicklung an eine Grenze gekommen. Gleichzeitig hatten sich um uns herum neue Kampfprozesse entwickelt, und außerdem hatte sich ja auch die gesamte internationale Situation völlig verändert. Anfangs waren unsere Gedanken in Bezug auf neue Entwicklungen und Bestimmungen noch eher zaghaft. Es war damals der Anfang eines Prozesses, in dem wir uns immer mehr von alten Vorstellungen getrennt – oder wir können auch sagen: befreit – haben. Das bezieht sich z. B. auf die Vorstellung, die sich in den Jahren vorher immer stärker durch unsere Diskussionen gezogen hatte, nämlich daß sich die Stärke einer revolutionären Bewegung in erster Linie an der Eskalationsfähigkeit ihrer Angriffe gegen das imperialistische System zeigt.

89/90 war für uns die Zeit, in der wir anfingen, die letzten Jahre unserer Geschichte zu hinterfragen und alte Rangehensweisen und Begriffe aus den Diskussionen des Frontprozesses daraufhin zu überprüfen, ob wir sie noch richtig finden. Während wir vorher davon ausgegangen waren, daß Guerillapolitik die gesamten Widersprüche zusammenfassen und zum Angriff bringen muß, setzten wir uns damals damit auseinander, wie wir direkter mit der Verschärfung der Lebensbedingungen umgehen, wie wir unsere Kraft dafür einsetzen können, daß Veränderungen in den Kämpfen schon heute durchgesetzt werden können, denn weder die Menschen im Trikont noch die hier können darauf bis zur Weltrevolution warten.

Im Mai-Papier 82 hatten die GenossInnen gesagt: »... unsere Strategie ist einfach die Strategie gegen ihre Strategie...« Unsere Umsetzung davon waren Aktionen, die gegen die imperialistischen Pläne und ihre Vernichtungsqualität gegen die Menschen bestimmt waren und orientiert haben.

89/90 haben wir nach und nach eine andere Vorstellung davon, was die Strategie der Guerilla sein muß, entwickelt. In der Erklärung zur Aktion gegen Herrhausen im November 89 hatten wir gesagt: »Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa, stehen vor einem neuen Abschnitt. Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß ... Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung.«

Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung hieß für uns, neue Verbindungen zu den verschiedensten Menschen zu suchen, die an den tausend unterschiedlichen Bereichen und Forderungen für Veränderungen kämpfen. Es ging uns dabei um einen Prozeß, in dem sich die Guerilla eine Funktion für die gesellschaftliche Veränderung von unten aneignet. Wir haben es mal auf den Begriff ›Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung‹ gebracht.

Dieser Gedanke ist nach wie vor richtig, denn ohne gesellschaftlichen Sinn hat der bewaffnete Kampf keine Entwicklungsmöglichkeit mehr. Das war für uns keine taktische Frage, sondern die Gewißheit, daß revolutionäre Politik überhaupt nur auf einer neu geschaffenen Grundlage weiterentwickelt werden kann.

Spätestens ab 88 wurde die bis dahin entwickelte Politik von einem immer kleiner werdenden Kreis von entschlossenen GenossInnen getragen und hat keinen weiteren Politisierungs- und Organisierungsprozeß mehr in Gang gesetzt. Wir konnten den Herrschenden zwar immer wieder Schläge versetzen, aber so kamen wir unseren Zielen nicht näher. Es ging uns darum, aus dieser Stagnation herauszubrechen. 89 war klar: Wir müssen das Neue suchen. Damals war es deutlich, welche Kraft Kämpfe dann entwickeln können, wenn es um konkrete und greifbare Ziele geht, in denen sich viele Menschen wiedererkennen können. Das waren in verschiedenen Städten die Kämpfe um selbstbestimmte Räume (nicht nur als Gebäude gemeint), und es war der Kampf der Gefangenen für ihr Leben gegen die Vernichtung.

Wir haben schon damals gesagt, daß es nicht die Schwäche der Mobilisierung im Hungerstreik 89 war, daß die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte. Die rasanten Umbrüche 89, mit dem Zusammenbruch der DDR und dem bevorstehenden Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems, hatten die Macht des BRD-Staates auf eine neue Stufe gebracht. Vor diesem Hintergrund haben sich die Herrschenden entschieden, auf die harte Haltung zu setzen. Gerade der deutsche Staat und das deutsche Kapital witterten uneingeschränkte Macht. Gegen diesen Machtrausch konnte sich die stärkste Mobilisierung, die es je im gemeinsamen Kampf mit unseren gefangenen GenossInnen gegeben hatte, nicht durchsetzen.

Hätten die Gefangenen den Streik 89 nicht abgebrochen, als der Staat auf die harte Haltung und tote Gefangene gesetzt hatte, dann wäre es hier draußen zu einer weiteren Eskalation gekommen. Das war damals die Stimmung bei vielen GenossInnen, und auch wir hätten das beantwortet. Aber die Gefangenen haben es damals anders bestimmt: weg von der Eskalation, weil sie sinnlos gewesen wäre. Sie haben trotzdem an ihrem Ziel festgehalten, aber auch darauf beharrt, daß es um ihr Leben geht und das im Zentrum steht. Mit dem Abbruch des Streiks haben sie großes Vertrauen den Menschen gegenüber vermittelt, die Teil in der Mobilisierung gewesen sind und darein, daß viele dieses Ziel, daß die Gefangenen Teil in den Diskussionen draußen werden können, aber auch für das Leben der Gefangenen und gegen die Vernichtung zu kämpfen, nicht mehr loslassen werden. Als die eigentliche Schwäche sehen wir es an, daß viele in der Resignation vor der Macht den Kampf um die Forderung losgelassen haben.

»Uns ist in den letzten Wochen immer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben«

»Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziele Gegenmacht aufbauen. Eine Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschen erkämpft.« (Aus der Rohwedder-Erklärung)

Worum es uns ging, war, nicht eine Angriffslinie festzulegen, die sich aus ihrer strategischen Bedeutung für die Herrschenden ergibt, und auf dieser Linie dann zu intervenieren. Unsere Orientierung war es, diesen Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten mit anderen zusammen zu entwickeln.

Wir sind natürlich nach 89 und nach dem Hungerstreik davon ausgegangen, daß die geballte Macht des BRD-Staates damit fortfahren wird, mit allen Mitteln jede eigenständige Entwicklung von unten austreten zu wollen. Deshalb haben wir es als die Aufgabe der Guerilla gesehen, unser Gewicht dort in die Waagschale zu werfen, wo es um die Durchsetzung von menschlich sinnvollen Entwicklungen geht, die den Herrschenden immer abgerungen werden müssen. Eine Wirkung, auf die wir mit unseren Angriffen ab 89 aus waren, war, dieses uneingeschränkte Machtbewußtsein der Herrschenden und das Ohnmachtsbewußtsein vieler auf unserer Seite zu durchbrechen und so politischen Raum für die Kämpfe aufzumachen.

Ein in unseren Diskussionen weiterentwickelter Gedanke in diese Richtung war unsere Drohung nach der Räumung der Mainzer Straße in Berlin. Nach dieser Räumung haben wir überlegt, daß es richtig wäre, auf so eine Räumung direkt zu antworten. Das hätte zwar den Leuten dort nichts mehr genutzt, aber eine Aktion von uns als Antwort hätte Konsequenzen für andere Kämpfe gehabt. Daß wir genau mit einer solchen Antwort bei der Rohwedder-Erklärung gedroht haben, hatte die Funktion, daß der Staat uns bei seiner Kosten/Nutzen-Abwägung für z.B. die Räumung der Hafenstraße (denn die stand damals auch mal wieder auf der Tagesordnung) mit auf die Rechnung setzen sollte. ›Uns auf die Rechnung setzen‹ hieß, daß der Staat wissen sollte, daß er mit dieser Räumung den Prozeß vom Zusammenwirken und Zusammenkommen von Kämpfen für selbstbestimmte Lebensräume und der Guerilla direkt in Gang setzen würde. Darin steckt für sie wie für uns große politische Brisanz, und es war klar, daß das bei ihrer Entscheidung Gewicht hat. Ob und welche Dynamik das auslösen würde, ob wir zusammen daran was weiterentwickeln oder nicht, das kann weder der Staat noch wir vorhersagen, aber die Gefahr oder die Möglichkeit (je nach Sichtweise) besteht. Wir hatten uns natürlich mit dieser Drohung erhofft, daß daran die Diskussion mit vielen Leuten losgehen würde — aber da hatten wir uns wieder mal getäuscht.

Wir haben uns den Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten nicht als kurzfristigen vorgestellt und wollten eine Diskussion anfangen, die viel mehr Menschen umfassen sollte als die, mit denen wir bisher zu tun hatten. Es sollte eine neue Diskussionsstruktur entstehen, die in verschiedensten politischen Zusammenhängen ihre Basis hat. Wir wollten alle Verbindungen, die wir aus der alten Phase noch zu GenossInnen hatten, auf eine neue Grundlage stellen, und uns ging es darum, dieses alles abtötende Verhältnis von Hierarchie und alten Starrheiten abzuschaffen.

Die neuen Verbindungen sollten so sein, daß die, mit denen wir zu tun haben, ihre eigenen Initiativen entwickeln und das der Ausgangspunkt für gemeinsame Diskussion und Praxis wird. Für uns selbst war vieles Neuland, was wir uns da vorgenommen hatten und herausfinden wollten. Es war die ganzen Jahre hindurch ein ständiger Diskussionsprozeß unter uns, in dem wir immer wieder auf Neues gekommen sind, das zum Teil wieder umgeworfen werden mußte, um es weiterzuentwickeln. Das alles bezog sich auf die Einschätzung unserer Praxis in der Zeit vorher, auf die Situation hier und international, und darauf, welche Funktion die Guerilla im Umwälzungsprozeß haben kann.

Wir wollen jetzt deutlich machen, warum wir sagen, daß wir heute an eine Grenze gestoßen sind. Dazu sagen wir noch mal was zu unseren letzten Aktionen, wobei uns bewußt ist, daß es nicht das Problem war, daß wir mit ihnen emotional von vielen Menschen entfernt gewesen wären. Typen wie Herrhausen und Rohwedder sind von vielen Menschen als Verantwortliche für das Elend hier und Millionen Tote weltweit identifiziert. Viele haben sich über diese Aktionen gefreut.

Wir sind 89 davon ausgegangen, daß sich Großdeutschland zur Weltmacht aufschwingen wird. Und natürlich davon, daß die Umbrüche im internationalen Kräfteverhältnis die Ausgangsbedingungen für die revolutionären Bewegungen weltweit verändern und verschärfen. Vor diesem Hintergrund war es für uns um so dringender, hier zu einer neuen Einheit der Kämpfe zu kommen, um zusammen neue Orientierungen herauszufinden.

Aber das war nur die eine Seite. Gleichzeitig sind wir von neuen Entwicklungen im Widerstand ausgegangen, die wir positiv fanden. Auch wenn wir mit dem Frontprozeß an eine Grenze gestoßen waren, hatte es neue Erfahrungen und große Mobilisierungen gegeben. Um nur mal einige zu nennen: 86 Wackersdorf, 87 die Durchsetzung der Hafenstraße und 88 die von vielen Menschen getragene Mobilisierung gegen die Politik des IWF und 89 zum Hungerstreik. Aus unseren Erfahrungen und aus diesen Kämpfen gab es reichlich Stoff, Neues zu entwickeln.

Wir sind davon ausgegangen, daß es möglich wäre, daß wir — also alle, die auf eine revolutionäre Entwicklung aus sind — uns die wichtigen Anstöße, die aus diesen Kämpfen gekommen sind, aneignen und so die gemachten Erfahrungen weiterentwickeln können. In der Diskussion um die IWF-Tagung 88 in Berlin ging es schon darum, über die Parole ›IWF zerschlagen!‹ hinauszukommen. Hin zu einem Kampf um konkrete Forderungen wie Schuldenstreichung oder die gerechte Verteilung der Ressourcen, die gegen das Machtgefüge des internationalen Kapitals durchgesetzt werden müssen, um den ausgepreßten Völkern Luft für die eigene Entwicklung zu schaffen. Das sind nur Beispiele und eine Richtung, woran eine Diskussion hätte weitergehen können, um Ziele bestimmen zu können.

An den Erfahrungen aus dem Kampf um die Hafenstraße und aus dem Hungerstreik fanden wir zentral, daß es im ›Zusammen Kämpfen‹ um ein ganz anderes Rangehen gehen muß und kann, als es vorher lange gelaufen ist. Nämlich wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer benutzt die gleichen Begriffe. Wer redet auch von Revolution und Umwälzung. Wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik. Und dahin zu kommen, zu sehen, wo wir uns in konkreten Zielen mit Menschen verständigen können und dabei von der Vielfalt der Erfahrungen und der Unterschiedlichkeit der Menschen auszugehen.

Diese Kämpfe haben uns gezeigt, daß Begriffe wie ›revolutionär‹, ›reformistisch‹, ›Teilbereichsbewegungen‹ usw. überprüft werden müssen, die alle für eine bestimmte Einordnung von Initiativen und Gedanken standen, das Verhältnis untereinander bestimmten und Trennungen produzierten. Unterschiedlichkeit und Vielfalt können zu einer Stärke einer Bewegung werden, wenn niemand versucht, sie zu unterdrücken oder glattzuschleifen. In einem Prozeß, in dem alle von unterschiedlichen Erfahrungen ausgehen, sich aber alle für ein Ziel zusammenfinden, kann ein Reichtum an verschiedenen Initiativen und ein lebendiger Austausch entstehen — voneinander lernen. Wir denken, daß es ein wichtiges Kriterium für einen neuen Aufbruch hier sein wird, sich diese Erfahrungen anzueignen und in neuen Kämpfen umzusetzen.

Trotz der weltweit verschärften Ausgangsbedingungen, und obwohl wir vor einem Berg dessen standen, was wir aus der Vergangenheit an uns selbst verändern bzw. für uns neu herausfinden wollten, sind wir reichlich zuversichtlich in die kommende Phase reingegangen. Wir haben sie als eine Übergangsphase gesehen, aus der sich eine revolutionäre Bewegung bzw., wie wir später gesagt haben, eine Gegenmacht von unten entwickeln würde.

Für uns haben wir als entscheidend angesehen, in der Zukunft vollkommen klar rüberzubringen, daß wir auf einen gemeinsamen Kampf und eine Diskussion aus sind, in denen alle unterschiedlichen und verschiedensten Initiativen ihre Wichtigkeit haben. Wir wollten, daß wir als Guerilla darin von Anfang an als ein Teil begriffen werden, unsere Praxis als eine Möglichkeit, die zur Entwicklung einer Gegenmacht beiträgt und darin ihren Sinn hat. Wir wollten von Anfang an nicht mehr diese Diskussion, was nun wichtiger sei, bewaffneter Kampf oder politische Organisierung, und wir wollten, daß sich eine gemeinsame Organisierung aus dem Bewußtsein darüber entwickelt, daß wir uns gegenseitig brauchen; eine Organisierung von gemeinsamer Diskussion und Kämpfen — von uns in der Illegalität organisierten bis hin zu Kämpfen in den Stadtteilen — und eine Entwicklung dahin, mehr und mehr zu einer gemeinsamen Bestimmung von Schritten zu kommen.

Wir haben die Resignation und die Ohnmachtsgefühle, die 89 große Teile derer erfaßt hatten, die an den Kampfprozessen vorher beteiligt waren, und die zu einem rasanten Zerfallsprozeß von Widerstandsstrukturen bzw. zu einer großen Ratlosigkeit bei vielen geführt haben, vollkommen unter-

schätzt. Natürlich hatten wir gesehen, daß viele von der geballten Macht, die ja absolut real war, aber auch von dem Getrommel über den ›Endsieg des kapitalistischen Systems‹ niedergedrückt waren. Deshalb war für uns die ganze Zeit hindurch ein Aspekt und eine Hoffnung, wir könnten mit unseren Angriffen die sich ausbreitende Ohnmacht durchbrechen. Wir wollten damit auch sagen: Es geht, ihre Macht ist angreifbar; und daß es an uns liegt, sie zurückzukämpfen und dahin zu kommen, unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Schon beim Angriff auf Neusel sind wir darauf gestoßen, daß unsere Initiativen allein diese Ohnmacht nicht durchbrechen können: Wir hatten es damals als eine sehr unmittelbare Sache begriffen, die harte Haltung und das weitere Zurückdrehen der Entwicklung zurückzuschlagen, die von den Staatsapparaten auf westeuropäischer Ebene durchgesetzt werden sollte. Es war für uns eine bewußte Entscheidung und ein neuer Schritt, in einen Kampf einzugreifen, in dem es um die Durchsetzung einer konkreten Forderung ging (wir haben mit dem Angriff auf Neusel die Gefangenen aus Grapo/PCE/R in Spanien in ihrem Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung unterstützt).

Wir sagen: ein neuer Schritt – denn in den Jahren nach 77 ging es in unseren Aktionen nie um die Durchsetzung von konkreten Forderungen, sondern sie sollten sowohl

»Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates durchzusetzen«

eine politische Grenze gegen die imperialistische Politik setzen, als auch auf Organisierung entlang der jeweiligen strategischen Linien orientieren. Wir hatten bei diesem Angriff natürlich nicht die Illusion, daß er alle Fragen, die auf dem Tisch lagen, beantworten könnte. Allerdings hatten wir die Einschätzung, daß wir in der zugespitzten Situation, nach dem Mord an Jose Sevilliano, noch mal Raum für neue Initiativen aufmachen könnten, nachdem alles, was hier im Land dazu gelaufen war, völlig unterdrückt worden ist.

Mit dem Angriff auf Neusel als einem Verantwortlichen für die Widerstandsbekämpfung haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von Widerstandsentwicklungen und revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen. Ihr Ziel war, im Zuge des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems nun auch in Westeuropa mit jeglichem Widerstand Schluß zu machen. Wir hatten deshalb in der Erklärung gesagt, der Kampf der spanischen Gefangenen für ihre Wiederzusammenlegung ist ein Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung. Tatsache war dann, daß daran nicht viel aufgegriffen wurde, und das vorherrschende Gefühl von vielen war: Wenn wir hier im Hungerstreik 89 nicht durchgekommen sind, wie sollen wir von hier aus mit den spanischen GenossInnen zum Durchbruch kommen.

Andere wiederum wollten uns erklären, warum der Kampf um die Wiederzusammenlegung nicht ihr Hauptpunkt gewesen ist. Nur hatten wir gar nicht die Vorstellung, daß jetzt alle ihre kontinuierlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe, wo sie jeweils dran waren, lassen sollten, um sich auf den Kampf der spanischen Gefangenen zu konzentrieren. Mit Brennpunkt hatten wir gemeint, daß es eine Bedeutung für alle hat – egal wo sie dran sind –, ob wir die Macht an diesem Punkt zurückdrängen können oder nicht. Deshalb wäre es darum gegangen, sich diesen Zusammenhang bewußt zu machen und daraus Initiativen zu entwickeln – aus der eigenen Praxis und speziellen Situation heraus.

Aus dieser Erfahrung haben wir den Schluß gezogen, daß der Prozeß, wie wir im Kampf für die Durchsetzung konkreter Ziele direkt mit anderen zusammenkommen können, eine viel genauere gemeinsame Einschätzung der Situation und überhaupt einen verbindlichen Zusammenhang mit mehr GenossInnen voraussetzt. Die, mit denen wir damals diskutiert hatten, waren alle selbst bei ihren Versuchen, eine gemeinsame Diskussion und Organisierung in ihrer Region und darüber hinaus zu führen, auf die Grenze gestoßen, daß immer mehr Leute sich einfach in die Ohnmacht reinfallen ließen und kaum etwas anfingen. Also haben wir diesen Prozeß mehr und mehr als langwierige Entwicklung gesehen. Trotzdem wollten wir auch weiterhin praktisch der großdeutschen Walze was entgegensetzen. Auch wenn wir uns dabei relativ allein gesehen haben und auf einen anderen Prozeß aus waren, hatten wir Vertrauen dahingehend, daß die verschiedensten Leute aus ihrer Depression bald wieder erwachen würden. Natürlich gab es an verschiedensten Ecken Initiativen. Aber eben vieles nebeneinander her und vieles, ohne nach einer Perspektive zu suchen; sondern aus der Lebenshaltung: daß Mann/Frau was machen muß.

Es ist dann 90 immer schärfer zu der reaktionären nationalistischen und rassistischen Mobilisierung gekommen, die mittlerweile schon zu vielen Toten und auf der Straße erschlagenen Flüchtlingen geführt hat. 90, das war das Jahr der großdeutschen Jubelfeiern (auch wenn wir absolut nichts gegen Fußball haben, hat da der Sieg der deutschen Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft wie die Faust aufs Auge gepaßt und ist dazu funktionalisiert worden, hier im Bildzeitungsstil »Deutschland einig Siegervolk« zu feiern).

Am 3. Oktober dann diese Einheitsfeier und ein neuer Feiertag. In der Erklärung zum Anschlag auf Rohwedder, Treuhandchef, haben wir gesagt: »Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von allein zu einer Mobilisierung für menschliche Ziele und gegen die Herrschenden führen.«

Wir hatten die Aktion bewußt gegen einen Verantwortlichen bestimmt, der nicht nur für die Entwicklung Großdeutschlands auf der politischen Ebene stand, sondern der direkt verantwortlich war für die Zurichtung der gesamten Lebensbedingungen auf kapitalistische Kriterien, für die Zerstörung der Lebens- und Existenzstrukturen der Menschen in der Ex-DDR. Wir hatten nie so ein Verhältnis zu den Menschen dort, wie es viele linke Intellektuelle aus der BRD haben, die sagen, »die wollten doch den Kapitalismus, jetzt sind sie selbst schuld, was beschweren sie sich«. Obwohl uns das damals auch schwer getroffen hat, wie wahrscheinlich alle, die hier seit Jahren gegen dieses System kämpfen oder darunter leiden, wie viele hier plötzlich fähnchenschwingend und dieses System bejubelnd angekommen sind. Aber das ist nicht der Punkt. Die meisten wußten doch gar nicht, was hier wirklich auf sie zukommt. Daß viele dem Konsum hinterhergerannt sind, kann nun wirklich keinen Intellektuellen, der wahrscheinlich mit Computer und CD-Player usw. lebt, tatsächlich so sehr empören oder von den Leuten trennen.

Wir hatten das als eine Aufgabe der revolutionären Linken in Westdeutschland begriffen, dieser Walze, die gegen die Leute dort losgerollt ist, etwas entgegenzusetzen. Denn wir hier wußten, was das bedeutet, und sie dort hatten gerade erst angefangen, ihre Erfahrungen mit diesem System zu machen.

Die Auseinandersetzung mit der neuen Situation war für uns nicht nur, daß das sozialistische Staatensystem zusammengebrochen war, sondern die BRD war ein anderes Land geworden. Es waren 18 Mio. Menschen dazugekommen, mit einer Geschichte und Erfahrungen, die uns selbst fremd waren. Wir hatten zwar die Vorstellung, die Menschen dort mit unserer Aktion zu erreichen, aber wir haben sie von hier aus bestimmt und nicht aus einem entwickelten Verhältnis zu den Kämpfen oder ihren Forderungen dort. Damals liefen seit einiger Zeit wieder die Montags-Demonstrationen, was wir natürlich gut fanden.

Die Aktion gegen Rohwedder war unsere vorläufig letzte Aktion. Gerade an ihr ist uns deutlich geworden, daß wir den Prozeß, der hier notwendig ist, heute mit Aktionen nicht voranbringen können, auch wenn sie Verantwortliche für das weltweite, millionenfache Elend treffen. Gerade in der Ex-DDR haben sich viele Menschen über diese Aktion gefreut. Aber es reicht uns nicht aus, und es ist nicht die Perspektive revolutionärer Politik, wenn sonst daraus kaum was folgt.

Tatsächlich haben wir die, die sich in der Ex-DDR für eine andere Entwicklung organisiert haben als die vom BRD-Staat/Kapital aufgedrückte, mit einer Ebene von Kampf konfrontiert, die nicht aus ihrer Erfahrung entwickelt war. Für sie sind wir also in ihre Entwicklung wie von außen eingedrungen.

Auf verschiedene Zusammenhänge in Westdeutschland hatte die Aktion die Wirkung, ein altes Verhältnis aufrechtzuerhalten, das wir so ausdrücklich nicht mehr wollten: Wir haben nach der Aktion mitbekommen, daß sich danach verschiedene Leute überlegt haben, etwas gegen die Treuhand zu machen; z. B. wollten Leute eine Blockade vor einer Treuhandstelle machen mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen. Die-

se GenossInnen sind dabei gar nicht auf die Idee gekommen, eine Diskussion mit Leuten anzufangen, die von der Treuhandpolitik konkret betroffen sind und dagegen eigene Forderungen entwickelt haben. Sie waren nicht darauf aus, herauszufinden, was es an Gemeinsamkeiten gibt, um eine Grundlage zu finden, von der aus etwas Gemeinsames entwickelt werden kann. Aber genau das hätten wir richtig gefunden. Wir hatten die Entwicklung einer politischen Diskussion, einer Verständigung auch mit Leuten aus der Ex-DDR als ein Ziel, wozu die Aktion beitragen sollte.

An diesem Widerspruch ist uns deutlich geworden, daß sehr viel fehlt, auch in dem Verstehen zwischen uns und Leuten, die sich scheinbar auf uns beziehen, weil sie unsere Aktion mit einem alten Verständnis – in erster Linie das gemeinsame Angriffsziel – aufgreifen wollten. Sie hatten ganz andere Kriterien als die, die wir in den letzten Jahren entwickelt hatten. Das ist nur ein Beispiel, an dem uns später klargeworden ist, daß wir einen Schnitt brauchen, eben eine tiefgreifende Diskussion und Verständigung.

Zur Aktion gegen die US-Botschaft während des Golfkriegs: Einige haben kritisiert, diese Aktion sei von uns symbolisch bestimmt gewesen. Das stimmt so nicht. Es war eine Aktion, zu der wir uns sehr schnell entschieden haben. Wir wollten die Verbindung herstellen zu all denen, die auf der ganzen Welt gegen diesen Vernichtungskrieg gekämpft haben. Es war uns wichtig, auf die politische Verantwortung für diesen Völkermord zu zielen. Natürlich war uns klar, daß wir mit dieser Aktion auf keiner materiellen Ebene in diesen Krieg eingreifen. Mit dem Golfkrieg hat der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems in Osteuropa auf blutigste Weise gezeigt, was die »One World« des Kapitals für die Völker heißt: die Entschlossenheit, jede Regierung und jedes Volk, das sich nicht den Regeln ihrer ›neuen Weltordnung‹ unterwirft, militärisch niederzumachen.

Wir mußten uns aus unserer speziellen Situation entscheiden: Entweder nichts zu machen – was wir uns nicht vorstellen konnten – oder eine relativ schnell zu organisierende Aktion zu machen. Uns ging es darum, mit dieser Aktion das politische Kräfteverhältnis gegen den imperialistischen Krieg zu stärken. Natürlich war eine Aktion, wie auch die gesamte Mobilisierung, weit davon entfernt, diesen Völkermord zu stoppen. Aber jede/r kann sich klarmachen, daß Rühe und Kinkel heute schon wesentlich weiter damit wären, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen in die ganze Welt zu schicken, wenn es diese Mobilisierung nicht gegeben hätte.

Auch wenn der deutsche Staat große Schritte dahin gemacht hat und die Entwicklung rast – es ist das Problem dieser Linken, vieler Intellektueller und vieler, die sich revolutionär nennen, daß kaum etwas aus so einer Mobilisierung bleibt, wenig fortgesetzt wird, nichts daran angeknüpft und neue Stärke daraus entwickelt wird. Statt dessen sind sich Linksintellektuelle nicht zu blöde, große Diskussionen darüber zu führen, ob es nicht verwerflich sei, wenn eine Bewegung gegen den Krieg auch dadurch entsteht, daß die Leute hier tatsächlich Angst davor haben, daß von hier aus Kriege geführt werden und sie selbst direkt davon betroffen werden. Wir finden daran jedenfalls nichts verwerflich, und aus so einer Angst vor Krieg wird eher eigenes Handeln und eine tiefe Solidarität mit Völkern, gegen die Krieg geführt wird, entstehen als aus einem intellektuellen Blick, der vorher schon immer alles weiß, über jedes menschliche Gefühl erhaben ist und aus dem nichts folgt.

Für uns hat die breite Mobilisierung gegen den Golfkrieg etwas ganz anderes vermittelt. Wir waren selbst erstaunt und überrascht darüber, daß es nach zwei Jahren deutscher Jubelfeiern und Mobilisierung für Großdeutschland eine so breite Bewegung gegen diesen imperialistischen Krieg gab. Sie war auch das Signal an die Herrschenden, daß Hunderttausende hier nicht bereit sein werden, eine zukünftige militärische Interventionspolitik Großdeutschlands zu tragen. Wir finden wichtig, auch diesen Teil der Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren – es gibt auf der einen Seite die reaktionäre Entwicklung, das Stärkerwerden der Faschisten, aber es gibt auch diese andere Seite in der Gesellschaft.

Uns ist an den Reaktionen auf die Botschaftsaktion verschiedenes deutlich geworden. Es gab natürlich Reaktionen von Leuten, an denen wir gesehen haben, daß sie uns verstanden haben; das waren oft Leute, die selbst in dieser Zeit so viel wie möglich gegen diesen Krieg gemacht haben. Aber es gab auch solche: Wir hätten gegen die Rolle der BRD in diesem Krieg zielen müssen. Gegen die USA sei eine falsche Orientierung – also war es eine Counter-Aktion. Die Aktion sei nicht effektiv gewesen, und deshalb kann sie nicht von uns kommen – sondern sie kam vom Staatsschutz. Es sei unmöglich, daß die RAF sich auf Leute, die Blockaden gegen den Krieg gemacht haben, oder Kriegsdienstverweigerer bezieht, anstatt ausschließlich auf Revolutionäre und Antiimperialisten. Die Aktion sei eine Gefährdung der BlockiererInnen vor der US-Botschaft gewesen (obwohl wir in unserer Erklärung ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, daß es Bestandteil der Aktion war, ihre Gefährdung auszuschließen).

Bei allem ist uns am meisten aufgefallen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu ›verschwenden‹, das, was sie von uns fordern, selbst zu machen. Z.B. die, die aufgetrumpft sind, wir hätten die Rolle der BRD angreifen können – von ihren Initiativen in diese Richtung ist uns jedenfalls nichts zu Ohren gekommen.

Aber was wir sagen wollen betrifft nicht nur diejenigen, die selbst sowieso nichts machen und sich an Initiativen von anderen selbstdarstellen und klugreden. Auch viele, die uns nah sind, waren enttäuscht über diese Aktion, weil sie sich gewünscht hatten, daß wir etwas Effektiveres machen würden. Es hat kaum einen Punkt gegeben, an dem uns deutlicher geworden ist, daß uns viele wie eine Institution begreifen. Wir denken, daß genau trifft, was Lutz Taufer im Brief in der »Konkret« vom August gemeint hat: Die RAF ist zur Projektionsfläche geworden. Mit der Aktion gegen die Botschaft hatten wir die Sehnsucht vieler, daß endlich jemand was Effektives macht, enttäuscht.

Als wir Ende 89 in die neue Phase gegangen sind, war der Ausgangspunkt, daß alle, die die Entscheidung treffen würden, bei uns zu kämpfen, auch bereit sein müßten, sich auf eine Situation, in der viele Fragen offen sind, einzulassen. Kontinuität der RAF konnte nicht mehr heißen, an den Orientierungen der vergangenen Jahre entlang die Politik zu entwickeln, sondern, entsprechend der veränderten weltweiten Situation, den Veränderungen in der Gesellschaft und den Grenzen unserer Politik der vergangenen Jahre, etwas Neues zu entwickeln. Auch wenn wir heute an eine Grenze gestoßen sind, haben wir in den drei Jahren, in denen wir einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und Intervention versucht haben, für uns und die, mit denen wir zusammen waren, wichtige Erfahrungen gemacht, die für uns jetzt Grundlage sind.

Uns quält auch nicht der Gedanke, wie uns ein Genosse, der uns in der »Interim«

»Wir haben kein Interesse an einer Eskalation, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen«

geschrieben hat, verstanden hat: Unsere Aktionen hätten nichts bewirkt. Natürlich haben sie z. B. der staatlichen Walze Grenzen gesetzt, und sie haben mit zu der Situation beigetragen, in der es möglich ist, den Staat in der Auseinandersetzung um die Freiheit der politischen Gefangenen zu zwingen, sich zu bewegen. Aber die Aktionen haben nicht alles bewirkt, worauf wir aus sind und was wir für die gesamte Situation notwendig finden. Sie standen weiterhin neben den Prozessen, die in der Gesellschaft gelaufen sind. Aktionen von uns blockieren in der jetzigen Situation durch das Konfrontationsniveau, das sie in die gesamte Auseinandersetzung hineinbringen, eine grundlegende gemeinsame Suche nach Neubestimmung mit vielen, anstatt voranzubringen.

Wesentlich ist auch, daß wir dieses Verhältnis, das wir an der Botschafts-Aktion beschrieben haben, aber auch an x anderen Auseinandersetzungen beschreiben könnten, nicht durchbrechen konnten. Ein Verhältnis, in dem viele GenossInnen es an uns delegiert haben, auf einer bestimmten Konfrontationsstufe zu kämpfen, wie auch, daß wir dafür zuständig sind, die Klarheiten oder, wie wir letztens wieder gehört haben, ›die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft‹ zu entwickeln. Sie sind viel zu wenig von ihrer eigenen Verantwortung ausgegangen und davon, daß dies nur ein gemeinsamer Prozeß sein kann. Es ist genau das Verhältnis, worüber einige Gefangene in der letzten Zeit geschrieben haben: die falsche Arbeitsteilung, die sich über die letzten Jahre entwickelt hat, das fal-

sche Verständnis, das viele über uns haben und das wir auch selbst lange aufrechterhalten hatten, die Gewöhnung vieler daran, daß es die Guerilla eben immer gibt, sie selbst die Aktionen gut oder weniger gut finden.

Wir wissen, daß es in verschiedenen Bereichen Leute gibt, die aus ihrer eigenen Verantwortung etwas aufgebaut haben. Aber es gibt nur wenige, die sich mit uns zusammen den Fragen stellten, wie wir hier zum Aufbau einer Gegenmacht von unten kommen, und die mit uns zusammen diesen Prozeß anpacken wollten.

Für uns war es nicht einfach, zu dem Entschluß zu kommen, jetzt den Einschnitt zu machen, denn wir mußten auch etwas loslassen. Während wir in den letzten Jahren immer davon ausgegangen waren, daß wir mit jeder Aktion eine Antwort auf die Situation haben, uns also im großen und ganzen in erster Linie auf uns selbst verlassen haben, haben wir mit diesem Schritt jetzt ganz entschieden eine andere Richtung eingeschlagen. Einige gefangene GenossInnen haben das so gesagt: Die RAF hat auch Verantwortung an die Linke abgegeben. Für uns bedeutet das ein Vertrauen und Einlassen auf alle die, die wie wir jetzt darangehen, aus ihren Erfahrungen die Stärken und Schwächen herauszufinden, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen. Und auf all diejenigen, die aus den neuen Bedingungen in den letzten Jahren aufgestanden sind, und die, die schon was Neues angefangen haben. Ein Vertrauen darauf, daß unser Schritt jetzt so aufgegriffen wird, daß in dem jetzt notwendigen Prozeß neue Grundlagen für den weiteren Kampf entwickelt werden. Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß.

Der Schritt vom 10. 4. ist unser entschiedenster Schritt, den wir in den letzten drei Jahren hin zu dem Prozeß gemacht haben, den wir in dieser Zeit entwickeln wollten. Am 10. 4. haben wir gesagt: Wir machen jetzt den Raum auf für diesen Prozeß. Das hat eine Bedeutung in zwei Richtungen. Dadurch daß wir die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache. Sie ist Sache all derer, die auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann. Wir machen den Raum auch auf für frische Luft in den Gedanken für uns und für alle anderen auch, jetzt neue Orientierungen zu entwickeln, nichts Altes unreflektiert weiterzuziehen und sich auf alle Fragen und Diskussionen offen einzulassen.

»...Wir müssen das Soziale unter den Menschen neu herauskämpfen. Das ist keine Frage an die Macht. Von dort wird es keine gesellschaftliche Umkehr geben. An ihrem Verhältnis zu unseren Selbstorganisierungsversuchen wird sich nur zeigen, ob das Bestand haben kann, was die RAF derzeit versucht: Das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges zu stellen und neu Teil des sozialen Findungsprozesses zu werden. Wenn auf der anderen Seite alles beim Alten bleibt, wird dieser Linken auch nur bleiben, sich entweder mit der Ohnmacht abzufinden oder das Ausrottungsverhältnis gegen sich anzugreifen...« (Karl-Heinz Dellwo)

Als wir am 10. 4. gesagt haben, daß der Kinkel-Vorstoß im Januar »offen gemacht hat, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen«, ging es uns nicht darum, eine Binsenweisheit als neue Entwicklung zu behaupten. Viele haben uns da mißverstanden und gesagt: Das war doch schon immer so, daß der Staat neben der polizeilich-militärischen Antwort auch versucht hat, Widersprüche zu integrieren und sich auf diese Art vom Hals zu schaffen – womit sie recht haben.

Natürlich haben wir weder Kinkel noch der ›Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung‹ die Wandlung zu menschlichen Motiven unterstellt. Wir sehen es genau so, wie es die Gefangenen in Celle im »Konkret«-Gespräch gesagt haben: »....Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen ... ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: Der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputtkriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt ...« (den Versuch der militärischen Zerschlagung draußen und mit der weißen Folter drinnen).

Soweit das in unserem Text mißverständlich war, müssen wir das klarstellen. Allerdings denken wir, daß noch viel mehr Leuten als uns bewußt geworden sein muß, daß in der ganzen Situation eine politische Brisanz steckt, die wir für unsere Seite zur Wirkung bringen können. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig darüber zu verständigen, daß sich die Ziele des Staatsschutzes natürlich nie mit unseren decken. Es ist enorm wichtig, zu sehen, daß der Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung begriffen hat, daß er sich bewegen muß, an dem er jahrzehntelang ausschließlich auf Vernichtung gesetzt hat. In der Konfrontation zwischen Gefangenen aus der Guerilla/Widerstandskämpfen und dem Staat hat er nie auf Integration gesetzt, weil sowohl in dieser wie auch in der Konfrontation Guerilla – Staat der Antagonismus der Ausgangspunkt ist.

Heute können wirklich alle, deren Sache der Kampf gegen die Folter, für die Zusammenlegung und überhaupt für das Leben der politischen Gefangenen in den letzten Jahren gewesen ist, mit dem Selbstbewußtsein an die Situation rangehen, daß die Kinkel-Initiative eine Wirkung dieses jahrelangen Kampfes ist. Das war uns am wichtigsten dabei und von Anfang an die Frage, was wir von unserer Seite aus jetzt aus dieser Situation machen.

Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist in der momentanen Phase eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates aus seinem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen, die eigene Interessen gegen die Profitinteressen des Kapitals formulieren und umsetzen, durchzusetzen. Es hängt allein davon ab, ob die Möglichkeit, die für unsere Seite in der heutigen Situation liegt, von vielen aufgegriffen wird oder nicht. Natürlich gibt es keinen Automatismus, daß aus einem punktuellen Zurückweichen dieses Staates – aus seinem Vernichtungsinteresse gegen politische Gefangene – ein generelles Zurückweichen aus dem Ausmerzverhältnis gegen Fundamentalopposition wird.

Wie sich in den letzten Wochen immer deutlicher abzeichnet, ist der Staat darauf aus, diesen Prozeß zu verschleppen und ihn zu entpolitisieren, und es ist die Frage an alle, die die Freiheit der Gefangenen wollen und die hier in der BRD überhaupt eine von unten bestimmte Entwicklung erkämpfen wollen, das nicht zuzulassen.

Im Kampf für die Freiheit der Gefangenen muß im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen, daß der Staat mit dem Ausnahmezustand von 22 Jahren Folter brechen muß. Dabei muß auch die Tatsache ins Zentrum der Auseinandersetzungen, daß es Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand überhaupt nur aus dem Grund gibt: weil der BRD-Staat nach dem Faschismus nie mit dem Vernichtungsverhältnis gegen revolutionären Widerstand gebrochen hat. Bewaffneter Kampf war immer notwendig, um gegen dieses Ausmerzverhältnis durchzukommen – wenn nichts anderes leben soll außer der vom Kapital bestimmten und durchdrungenen Wirklichkeit, dann muß die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeit von revolutionärem Widerstand bewaffnet durchgesetzt werden. Das ist seit 22 Jahren ein wesentlicher Grund, warum immer wieder GenossInnen den Kampf in der Guerilla angefangen und ihn weiterentwickelt haben. Oder warum sich GenossInnen in ihren Kämpfen auf die Guerilla bezogen haben.

»Dadurch, daß wir die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache«

In diesen Tatsachen steckt die politische Brisanz, die die Situation seit dem 10. 4. für diesen Staat hat und die von unserer Seite aus zur Wirkung gebracht werden kann. Wir haben am 10. 4. eindeutige Aussagen gemacht:

1. daß wir es als Priorität sehen, den Raum aufzumachen für eine politische Diskussion und Organisierung einer Gegenmacht von unten und

2. daß wir kein Interesse an einer Es-

kalation in der Auseinandersetzung mit dem Staat haben, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen.

Für uns ist das ein offensiver Schritt, weil wir mit der Gewißheit in diese Phase reingegangen sind, daß die gesamte Situation jetzt an einem Scheidepunkt ist, von dem aus nichts mehr so bleiben wird, wie es vorher war – auch wir, die RAF, nicht: Entweder wir erkämpfen in diesem Prozeß hier in der BRD einen Entwicklungsraum für eine Gegenmacht von unten, für eine politische Organisierung von Fundamentaloppositon und für Basisbewegungen oder wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht, dann wäre die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird, aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weiter Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen. Wenn viele mit dem Bewußtsein darüber in die Auseinandersetzung gehen und diese Frage, was die Antworten sein müssen, wenn der Staat das Vernichtungsinteresse aufrechterhält, nicht nur an uns, sondern genauso an sich selbst stellen, dann wird *das* eine scharfe politische Waffe, die wir gegen diesen Staat in der Hand haben.

Es reicht überhaupt nicht aus, jetzt zu sagen: Seht doch in Mannheim, da knüppeln Bullen die AntifaschistInnen nieder, die zum Schutz der Flüchtlinge vor Faschisten demonstriert haben; oder in München, da wollten sie jeden Ansatz von Diskussionen zum Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel zerschlagen. Wir sehen das und vieles mehr. Auch daß sie jetzt mit der Ankündigung der neuen Prozeßwelle gegen Christian Klar, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann und Rolf-Clemens Wagner auf Grund von Kronzeugenaussagen signalisieren, weiterhin an ihrem Vernichtungswillen festzuhalten – genauso wie sie die Isolationsbedingungen bei einzelnen Gefangenen nach dem 10. 4. sogar noch verschärft haben. Sie verschleppen den Prozeß von Freiheit der Gefangenen, indem sie Bernd Rössner immer noch nicht rausgelassen haben. Und sie üben Druck auf die Gefangenen aus, sich selbst und die Geschichte zu verleugnen. Wenn der Staat bei diesem Vorgehen bleibt, muß er wissen, daß er die Verantwortung dafür hat, daß sich das Konfrontationsverhältnis wieder verschärfen wird.

Auf der anderen Seite ist die Frage, was bisher von unserer Seite her geschehen ist. Zu der Demo in Bonn für die Freiheit der Gefangenen sind 2000 Menschen hingegangen. Es gibt Diskussionspapiere, in denen die Aussage kritisiert wird, daß sich mit der Freiheit der politischen Gefangenen die gesamten Bedingungen für Fundamentalopposition verbessern werden. Tatsächlich können sowohl die Freiheit der Gefangenen als auch verbesserte Ausgangsbedingungen nur erreicht werden, wenn sich jetzt viele aus verschiedenen Kämpfen in diese Auseinandersetzung einschalten.

Nach dem Bulleneinsatz in München war von einem (oft ziemlich fürchterlichen) Kabarettisten im Fernsehen zu hören: Dieses Verhältnis vom Staat gegen Widerstand ist der Grund dafür, daß es Gruppen wie die RAF in der BRD gibt. Er bringt damit mehr politische Schärfe in die öffentliche Auseinandersetzung als viele GenossInnen, die sich und anderen immer wieder nur vor Augen halten, warum dieser Staat gerade auf dem Weg zur Großmacht so gegen Widerstand vorgeht. Wenn es dabei stehen bleibt, dann wird es unmöglich, sich die Frage zu stellen, wie wir den Staat zum Zurückweichen zwingen. Dann bleibt der Widerstand in der Logik der Herrschenden gefangen, denn wir haben kein einziges Ziel, das nicht gegen diese Logik erkämpft werden muß. Natürlich können wir diese Haltung vieler GenossInnen nachvollziehen, weil sie uns nicht fremd ist, aber wir kritisieren sie, weil sie zu nichts führen wird und die Frage danach, was wir erreichen können, gar nicht stellt.

Eine andere Haltung, die wir nur kritisieren können, kam in dem Gespräch mit den Gefangenen in Celle von Thomas Ebermann und Hermann Gremliza rüber: die Haltung, die den Gefangenen und uns jetzt rät, von Niederlage und Sinnlosigkeit zu reden, damit die Gefangenen überhaupt eine Chance hätten, aus dem Knast zu kommen. Und die somit die Frage, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, auf einen Deal zwischen dem Staat auf der einen und den Gefangenen und der RAF auf der anderen Seite reduzieren.

Im Gegenteil: Wir denken, daß es große Bedeutung hat, daß sowohl die Forderung nach der Freiheit der Gefangenen als auch die ganze politische Dimension, die mit dieser Frage verbunden ist, nämlich ob der Staat zurückweicht oder nicht, eben nicht nur im »Scene-Ghetto« bleibt (und auf der Gegenseite in den Staatsschutzgremien), sondern in der Mobilisierung für die Freiheit sehr breit in der Gesellschaft auf den Tisch gebracht wird. Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10. 4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.

Wir haben gesagt, daß wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen werden, wenn der Staat den Prozeß, den wir jetzt wollen, plattmachen will. Wir denken nicht, daß immer, wenn sie massiv gegen Leute vorgehen und versuchen, Prozesse zu verhindern, von uns die richtige Antwort wäre, auf unserer Seite mit bewaffneten Aktionen zu eskalieren.

»Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert«

Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert, die auch dieser repressiven Walze Grenzen setzt und sie zurückdrängt.

Wenn sich abzeichnen sollte, daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich so was organisieren kann bzw. wenn sie vorhaben, schon erkämpfte Räume plattzuwalzen, wird es notwendig sein, diesen Staat zurückzukämpfen. Unsere Entscheidung, an so einem Punkt zu intervenieren, werden wir aus der Diskussion derer, die sich in den Prozeß reinstellen, treffen. Sie wird sich daran orientieren, ob es für diesen Prozeß sinnvoll und notwendig ist. Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Sie können unsere Erfahrungen aus 22 Jahren bewaffnetem Kampf nicht mehr auslöschen.

Was die Herrschenden heute als den Sieg des Kapitalismus bezeichnen, hat in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert. Die Einbindung des Südens in das Weltmarktsystem hat den Völkern im Trikont bei explodierender Verschuldung und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen massenhafte Verelendung und millionenfachen Hungertod gebracht. Nachdem der Imperialismus jahrhundertelang jede eigenständige Entwicklung im Trikont verhindern und zerstören wollte, um die Menschen bis auf das Blut auszusaugen, sind heute ganze Völker für den Weltmarkt nutzlos geworden. Das sind die allein seit 91 über 50.000 Verhungerten in Somalia, und »weitere 1,5 Millionen Somalis sind praktisch zum Hungertod verurteilt« (Uno); das sind die von Todesschwadronen ermordeten Straßenkinder in Brasilien; das sind die Millionen vertriebener Menschen, die selbst aus Slums zwangsgeräumt werden; und heute breiten sich selbst Armutsseuchen wie die Cholera wieder aus. Vor diesem weltweiten Hintergrund ist es für Konzerne wie VW möglich, auf einen Streik mit der Entlassung von 15.000 Streikenden zu antworten, wie vor kurzem in Mexico.

In der Vorstellung der Imperialisten bleibt heute ganzen Völkern keine andere Möglichkeit, als sich hinzulegen und zu sterben. Diese »Perspektive« haben nun auch die Völker im Osten vor sich. Die Krise hat längst auch die Kernstaaten des Kapitalismus erfaßt. Die Zahl der Menschen in den Metropolen, die der Kapitalismus nicht mehr braucht, die Zahl der Ausgegrenzten explodiert, die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß. Heute gibt es die »3. Welt in der ersten Welt«.

Der scheinbare Sieg des kapitalistischen Marktsystems, die globale Herrschaft des Geldes, ist unumkehrbar mit seiner umfassenden Krise zuvor nie dagewesenen Ausmaßes verknüpft. Sie können den Widerspruch, der zwischen der Konkurrenz der Ökonomien, der Logik des Kapitalsystems und der Weltarmut und der weltweiten Vernichtung der Natur aufbricht, nicht lösen. Es ist ein Antagonismus. Die Vernichtung von

Lebensmitteln in der EG zur Preisstabilisierung (!) bei gleichzeitigem Verhungern von Mio. Menschen im Süden und der Verschärfung der Lebenssituation im Osten spricht für sich. Selbst wenn das Kapitalsystem wollte, könnte es die existentiellen Probleme der Weltbevölkerung nicht lösen – Lösungen sind nur außerhalb der Kapitallogik möglich.

Natürlich wird ihre Vorstellung, daß sich die Menschen im Süden und im Osten hinlegen und sterben, nicht aufgehen, denn die Hungernden und Entwürdigten halten sich nicht an die Gesetze der Weltmarktstrategen, die ihren Tod vorgesehen haben. Weltweit werden Kämpfe von Unterdrückten und Ausgegrenzten geführt, um sich die Bestimmung über ihr Leben zurückzuerobern. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, die das Kapital kaum noch kontrollieren kann, bewegen sich in zunehmendem Maße auf die Metropolen zu.

Auch wenn wir heute sagen können, daß in dieser gesamten Entwicklung für den Imperialismus die Gefahr des Kollaps' selbst seiner Kernstaaten liegt, bedeutet das keinesfalls aus sich heraus einen Fortschritt für die Menschen. Die Herrschenden sind heute schon nicht mehr in der Lage, die alte Funktionsweise des imperialistischen Systems aufrechtzuerhalten, in der die befriedeten Metropolen das relativ ruhige Hinterland für die Kriegsführung und Ausplünderung im Trikont sein sollten. Das drückt sich immer schärfer in ihrem Verlust der Integrationskraft ganzer Bevölkerungsteile aus, was in den USA, aber auch in der Ex-DDR, Frankreich oder Großbritannien am stärksten sichtbar ist. Die Aufstände in den Ghettos von Los Angeles, Paris und mehreren Städten in Großbritannien sind erst die Ankündigung dessen, was morgen in ganz anderer Dimension Realität in den Metropolen sein wird. Aber auch hier hat es lange nicht mehr so viele Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das ständige Zurückrollen von ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften der Menschen gegeben wie in den letzten zwei Jahren (Karenztage, rapide steigende Mieten vor allem in Ostdeutschland, Werksschließungen, Kürzungen im sozialen Bereich, ÖTV-Streik). Doch die Kämpfe sind nur die eine Seite. Die Explosion der Gewalt und Brutalität jeder gegen jeden und die Selbstzerstörung in der Gesellschaft die andere.

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. In Jugoslawien ist der Aufteilungskampf um Ressourcen, der Konkurrenzkampf um eine Chance für die Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt zum blutigen Nationalitätenkrieg eskaliert. Das Elend der Menschen ist maßlos. Eine Lösung ist in den Kategorien dieses Systems nicht möglich. Die Politik der EG wie auch der Nato gegenüber diesem Krieg hat selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung. Für die Herrschenden ist es die Hauptfrage, die Entwicklung im Zaum zu halten, um eine Dynamik zu verhindern, in der sie ihnen ganz aus der Hand gleitet. Das herausragende Interesse des deutschen Staates ist es, aus diesem Krieg die Rechtfertigung für militärische Einsätze der Bundeswehr zu ziehen und sowohl hier im Innern eine Legitimation dafür durchzusetzen als auch in der internationalen Arbeitsteilung in konkreten Vereinbarungen auf den Weg zu bringen. Sie machen sich das Elend der jugoslawischen Völker zunutze, um das, was sie mit dem Golf-Krieg begonnen haben, weiterzuentwickeln und festzuklopfen. Es geht ihnen um die Frage »des Weltgewaltmonopols der Uno« (Engholm), nachdem die Uno von den reichen kapitalistischen Staaten beherrscht ist.

In der BRD sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Hochtechnologisierung immer mehr Menschen arbeitslos macht und für die, die sie noch brauchen, die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher macht. Während die permanente Steigerung der Produktivität den Eliten weiterhin hohe Profitraten garantiert, hat sich der Druck auf die Arbeitenden gesteigert. Sie sind nicht nur SklavInnen der Maschinen und Computer. Es steigt der Zwang zu mehr Leistung, zur Flexibilität – das heißt die Bereitschaft dazu, alle Lebenszusammenhänge dem Funktionieren im Job unterzuordnen – in der ehemaligen DDR wurden Frauen sogar dazu gezwungen, sich sterilisieren zu lassen, um überhaupt Arbeit zu bekommen.

Der Druck, nicht krank zu werden, um nicht herausgekickt zu werden. So werden viele ausgelaugt und krank gemacht. Hier werden die Bereiche des Dienstleistungssektors, die am wenigsten mit der elementaren Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu tun haben, immer weiter aufgebläht. Dies und die sinnlose Steigerung der Warenproduktion dienen einzig den Profitinteressen und zerstören die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschen selbst.

Obwohl die BRD eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es hier heute wachsende Wohnungsnot, Mieten, die einen hohen Teil der Löhne fressen, und ca. eine Million Obdachlose. Immer mehr leben von Sozialhilfe, und selbst der Staat muß heute die Existenz von Altersarmut zugeben. Auch in der Metropole können immer weniger an dem »verrückten Wettlauf der Menschen untereinander« – wie Fidel Castro den Konkurrenzkampf und den Run auf Konsum nennt – teilnehmen. In immer mehr Lebensbereichen brechen die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der von der Verwertungs- und Profitlogik bestimmten Realität auf.

Besonders in der ehemaligen DDR haben sich die Lebensbedingungen drastisch verschärft. »Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb der Kriegs- oder Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist«, steht im Weißbuch »Unfrieden in Deutschland«; seine Verfasser in der ehemaligen DDR werteten 5000 Briefe aus. Drei davon waren positiv. Eine Umfrage dort hat ergeben, daß 60 Prozent der Bevölkerung in der Ex-DDR den Sozialismus grundsätzlich für die gerechtere Gesellschaftsordnung halten. Die große Mehrheit würde sich heute für eine andere gesellschaftliche Entwicklung entscheiden, die weder das alte DDR-System noch das Kapitalsystem ist. Eine Jugendliche in einem Fernsehinterview: »Die Menschen in der DDR waren weniger von der Ideologie der SED und Stasi besetzt als die Menschen im Westen vom Geld.«

Insgesamt ist die Zahl derer, die noch eine Lösung der existentiellen Probleme vom Staat erwarten, rapide gesunken. Aber die Verschärfung der Widersprüche führt nicht

»Wir können heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben«

automatisch zu Solidarisierung und Organisierung, denn Vereinzelung, Einsamkeit und Konkurrenz – die Zerstörung des Sozialen in den Beziehungen der Menschen untereinander – sind die gesellschaftliche Normalität, die das System durchgesetzt hat. Der Kapitalismus hat die sozialen Werte durch das Streben nach Profit, dem Geld als höchstem Wert ersetzt. Alles soll käuflich, jedes Problem mit Geld zu lösen und jedes Bedürfnis mit irgendwelchen Waren zu befriedigen sein. Das ist die Ideologie des Kapitals, eine Grundvoraussetzung für den Bestand dieses Systems. Ihr Verhältnis gegenüber denen, die da rausbrechen wollen und sich für eine andere Wirklichkeit organisieren, ist entsprechend: niederknüppeln, einsperren, ausmerzen.

Heute, wo viele Existenzängste haben, hat die Zerstörung des Sozialen in der Gesellschaft eine neue Dimension bekommen: die Explosion der Selbstzerstörung, der Gewalt der Menschen untereinander. Aus der mangelnden Hoffnung und der Vorstellungslosigkeit, wie es zu positiven Veränderungen kommen kann, flüchten sich mehr und mehr in Alkohol und Drogen, und die Selbstmordrate steigt. Der Frust, die Angst und die Aggression werden gegen sich selbst gerichtet oder gegen andere, die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch weiter unten sind. Das sind die Nazis gegen die Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität, Schwule und Lesben, die steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Medienhetze gegen Flüchtlinge und das Niederknüppeln von AntifaschistInnen auf den Straßen zeigen deutlich das Interesse von Staat und Kapital, die wachsende Unzufriedenheit in eine rassistische und reaktionäre Mobilisierung zu kanalisieren. Dagegen ist die Möglichkeit, im Aufbau solidarischer Beziehungen und selbstbestimmter Organisierung von unten – also aus der alltäglichen Lebensrealität der Menschen heraus – sinnvolle und gerechte Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen, noch schwach sichtbar.

Trotzdem können wir heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre, an denen sich immer wieder weit mehr Menschen beteiligt haben, als in linken Zusammenhängen organisiert waren, im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben. Das ist z. B. an der Nicht-Akzeptanz menschen- und naturverachtender Technologien wie Gen-Technologie und Atomenergie, an der Sympathie und Unterstützung für Hausbesetzungen in verschiedenen Städten, an Kriegsdienstverweigerungen, an der breiten Mobilisierung gegen den IWF 88, den Demonstrationen Hunderttausender gegen den Golf-Krieg oder den 25000 auf der Demo

gegen den WWG sichtbar. Diese Spur und die Tatsache, daß wir 22 Jahre gezeigt haben, der Angriff gegen dieses System ist möglich und steht ungebrochen gegen alle Versuche des Staates, alles, was für ein anderes Leben kämpft, auszulöschen, sind Grundlagen, von denen aus wir jetzt das Neue herausfinden können.

Es geht uns um einen Prozeß, in dem es gelingt, reale Gegenmacht aufzubauen. Die globale Situation, wie auch die Entwicklung des BRD-Staates und die in der Gesellschaft, drängen nach einer Kraft, die gegen die Zerstörungsprozesse sinnvolle Lösungen durchsetzt. Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen »das Neue« wächst – radikal für das Leben und an den konkreten Fragen gemeinsam nach Lösungen suchend –, die Alternative zum System lebt. Es kann also nur ein Prozeß von Organisierung in den verschiedensten Formen sein, der den heute vereinzelten und zersplitterten Kräften, die an den verschiedensten Punkten auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, das Zusammenwirken ermöglicht und zu einer Machtposition gegenüber den Herrschenden wächst. Denn Lösungen, die sich an Mensch und Natur statt am Profit orientieren, wird es von der Macht nicht geben. Es sind Prozesse, in denen die Herrschenden zurückgedrängt und dazu gezwungen werden, Lösungen von unten zuzulassen.

Heute ist es hier an vielen Punkten so, daß Menschen, die ihre Lebenssituation an einem Punkt nicht mehr ertragen wollen und können, sofort darauf prallen, daß es die gesamte Organisation des kapitalistischen Systems ist, aus der die eigene Situation unerträglich wird. Zum Beispiel wenn sich Leute gegen den ständig anwachsenden Verkehr zur Wehr setzen, wie in der Stresemannstraße in Hamburg, stoßen sie darauf, daß die kapitalistische Organisation mit der Ausrichtung auf Profit kaum einen Raum für sie läßt. Die Frage liegt auf der Hand, für wessen Interesse der Transportverkehr ins Unermeßliche steigt. Die Interessen des Kapitals stehen dem Bedürfnis der Leute nach einer lebenswerten Umgebung, in der Kinder nicht von LKWs überfahren werden, wenn sie vor die Haustür gehen, entgegen. Und der Wahnsinn der ständig steigenden Warenproduktion braucht den Wahnsinn des steigenden Transportverkehrs.

»Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen die Alternative zum System lebt«

Ein anderes Beispiel: In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung aus der Bevölkerung eines Stadtteils gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z. B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können; daran, daß die Ursache für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt. Dann hätte es die Auseinandersetzung daran geben können, wie sie sich zusammen den Raum für das Leben erkämpfen können.

Natürlich finden wir die Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und das Zurückdrängen der Faschisten absolut notwendig. Aber das Beispiel zeigt auch, daß das nicht reicht und der Prozeß, den wir jetzt brauchen, nicht in der Abgeschiedenheit von »Scene-Ghettos« stattfinden kann.

Die Zerstörung des Sozialen ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems. Eine Gegenmacht von unten wird es nur geben, wenn sie Alternativen zum herrschenden Normalzustand in dieser Gesellschaft und zum System überhaupt (bietet). D.h. wesentlich: Der Zerstörung des Sozialen, der Entfremdung und dem Jeder-gegen-Jeden eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen – das nennen wir soziale Aneignungsprozesse. Daraus wird Anziehungskraft entstehen, denn der Kampf um das Soziale unter den Menschen ist die spürbare Alternative zur Einsamkeit im System, zur verzweifelten Selbstzerstörung, zu den Faschisten. Er ist die Grundlage für internationalistisches Bewußtsein, der Boden, auf dem die internationale Solidarität wachsen kann.

In diesen Prozessen stellt sich die Frage nach internationalistischem Bewußtsein auch deswegen direkt und von Anfang an, weil sich die Bevölkerung hier aus Menschen der verschiedensten Nationalitäten zusammensetzt. Das eine ohne das andere, die Entwicklung sinnvoller Lösungen ohne die Entwicklung solidarischer Beziehungen der Unteren untereinander – ist nicht vorstellbar. Die Voraussetzung für die Gegenmacht von unten, für die revolutionäre Entwicklung überhaupt ist ein Bewußtsein, das immer mehr Menschen zu gemeinsamem Handeln befähigt.

In dem jetzt notwendigen Prozeß wird sich entscheiden, ob in Großdeutschland eine Gegenmacht von unten wächst und ihr Gewicht in einen neuen internationalen Umwälzungsprozeß einbringen wird oder ob es hier nichts weiter geben wird als die fortschreitende Zerstörung. So eskaliert ist die Situation: Es läuft in die eine oder in die andere Richtung, nichts wird so bleiben, wie es ist. Die Krise des Kapitals und die Krise des Proletariats brachten schon einmal den Faschismus hervor. Es ist wichtig, die Gefahr, die in der zugespitzten Situation liegt, zu sehen. Es ist aber genauso dringend, die Möglichkeiten, die in der Situation liegen, zu begreifen. Die Beschränkung der Gedanken auf die gesamte wie auf die eigene Krise vieler Linker hat in den letzten Jahren die Stagnation gefestigt und Verantwortung jeder/s einzelnen für die

»Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich«

Entwicklung unserer Seite in den Hintergrund gedrängt. In vielem, was in den letzten Jahren gesagt worden ist, kam hauptsächlich rüber, andere, die mit den verschiedensten Initiativen nach Veränderungen gesucht haben, zu beurteilen und festzustellen, »daß das jetzt auch nichts bringt«, eine – trotz des Schlechtgehens der meisten dabei – bequeme Position, die außenstehend in der Beobachterposition verharrt.

Wenn wir von der Verantwortung der Linken reden, meinen wir die Verantwortung und Initiative von jeder/m für den Prozeß. Die Gedanken und die Praxis aller sind gefragt. Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich. Es ist ein Prozeß des Sich-Findens auf neuer Grundlage und in allen Auseinandersetzungen. Der Diskussion, die wir jetzt wollen, geht es um ein Herausfinden neuer Gedanken für den Umwälzungsprozeß.

Die gesellschaftliche Alternative wollen wir finden und zusammen erkämpfen, sonst wird die reaktionäre Seite in der Gesellschaft weiter erstarken. Reaktionäre und rassistische Mobilisierung im Inneren, in der das Soziale unter den Menschen abgetötet ist, ist für den deutschen Staat – der im Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals die Führung in der Welt anstrebt – Voraussetzung, die Vernichtungspolitik gegen die Völker weiter zu eskalieren. Es ist die Voraussetzung für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, auf den sie jetzt zusteuern. Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung der Linken in diesem Land, die Gegenmacht aufzubauen, die in der Lage ist, auch das zu verhindern.

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Rote Armee Fraktion
August 1992

SAMSTAG 12.9.:
15.00 Treffen der Rostock-Gefangenen
Mehringhof, blauer Salon

21.00 Film: Aufenthalt im Widerstand
im Anschlag

SONNTAG 13.9.:
21.00 Film: Aufenthalt im Widerstand
im Anschlag

DIENSTAG 15.9.:
20.00 Demo-Treff für Hoyerswerda
(u.a. Busorganisation)
Mehringhof, blauer Salon

21.00/
23.00 Film: Komplizinnen
(politisch motivierte Bankräuberin solidarisiert sich in Haft mit "normalen" Gefangenen)
Clash, Uferstr. 13, 1/65

21.00 Film: Vorübergehend in Sicherheit
im Anschlag

MITTWOCH 16.9.:
20 Jahre selbsverwaltetes Jugendzentrum
Drugstore, Potsdamer Str. 180:
18.30 Film: Projekt Arthur. Anfänge des
bewaffneten Kampfes in der BRD.
Medienwerkstatt Freiburg
21.30 Konzert mit mit Soul Liberators,
2nd Cover u. a.. Eintritt frei!!

Christoph G. ist Lederallergiker

erwacht er früh in seinen Schuhen, so bedeutet das: ein Tag voll Kopfweh und Übelkeit!

Meister Eder trifft Sadisten-Joe

Mein rechter, rechter Platz ist leer! Ich wünsche mir Hoss Cartwright her!

oh mei, dös Pumuckel

BLACK REVOLUTION IN THE US – FROM THE WATTS RIOT TO THE L.A. RIOT
Discussion class for the advanced learners of English beginning now
Ort: Babylonia, Cuvrystr. 23, 1-36,
Tel.: 611 6089

ZEUGE GESUCHT
Gesucht wird Matthias. Er wurde am 18.9.91 bei der NOLYMPIC-Fahrraddemo um 19 Uhr Unter den Linden / Leipziger Straße festgenommen. Melde Dich beim EA

Kalendergruppe
c/o Schwarze Katze
Eberhardshofstr. 20
8500 Nürnberg 80

Mitte September erscheint ein Plakatkalender unter dem Titel "Große Ereignisse hinterlassen Spuren". Der Kalender ist eine Zusammenstellung von Plakaten der revolutionären Linken aus verschiedenen Jahren und somit auch ein Stück linker Geschichte. Einzelbestellungen gegen Vorkasse von 17.- plus 3.50 Versandkosten ab 10 Stück 10% plus 5.- Versandkosten, ab 20 Stück 20% und versandkostenfrei.

1938:
nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung
1965:
BRD-Ausländergesetz
1990:
Verschärfung des Ausländergesetzes

Gesetzlich verordneter Rassismus in ungebrochener deutscher Tradition.

Weg mit den Sondergesetzen gegen AusländerInnen

Wenn Deutsche ihre Einheit feiern und jubeln "Wir sind das Volk", ist nur ein Teil der hier lebenden Bevölkerung gemeint.
Denn das ist die Fanfare zur Eröffnung der Hatz auf alle "Nichtdeutschen", auf alle Andersdenkenden. Dann kennen sie wieder, wie vorm 1. Weltkrieg, "keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche" — eine "Volksgemeinschaft" vom Spiegel-Herausgeber Augstein bis zu REP-SSchönhuber.

Faschismus kommt nicht über Nacht von kleinen braunen Männchen aus dem All. Faschismus ist das Ergebnis von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus im Dienst des Kapitals.

Nie wieder Deutschland!

BLEIBERECHT FÜR ALLE

Antifa-Westberlin